Klimaschutz-Teilprojekt klimafreundliche Mobilität für die Gemeinde Böhl-Iggelheim - Endbericht



Dipl.-Geogr. Hannah Eberhardt Dipl.-Ing. Katalin Saary Dipl.-Geogr. Annette Woithon

Konzept für die

Gemeinde Böhl-Iggelheim Am Schwarzweiher 7 67459 Böhl-Iggelheim

V 1.2, 13. November 2015

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Inhalt

1	Anlass			
2	Vor	gehensweise	1	
3	Ene	gie- und CO₂-Bilanz	3	
	3.1	Hintergrund und Vorgehensweise	3	
	3.2	Ergebnisse der Bilanzierung	3	
4	Stru	kturelle Rahmenbedingungen	5	
	4.1	Raumordnung und Siedlungsstruktur	5	
	4.2	Bevölkerungsstruktur und -entwicklung	7	
	4.3	Pendlerbeziehungen	10	
	4.4	Fahrzeugbestand	11	
	4.5	Modal Split	13	
	4.6	Zusammenfassende Beurteilung	14	
5	Verl	kehrsinfrastruktur und Mobilitätsangebot	15	
	5.1	Motorisierter Individualverkehr (MIV)	15	
	5.2	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	22	
	5.3	Radverkehr	27	
	5.4	Fußverkehr	29	
	5.5	Inter- und multimodale Angebote	31	
	5.6	Zusammenfassende Beurteilung	32	
6	Min	derungsziel und Potentialanalyse	34	
	6.1	Überblick Handlungsansätze	34	
	6.2	Abschätzung theoretischer Minderungspotenziale	37	
	6.3	Zusammenfassende Beurteilung	40	
7	Leitl	inien der Verkehrsentwicklung	41	
8	Han	dlungsempfehlungen	43	
9	Maß	Snahmensteckbriefe	47	
	9.1	Infrastruktur & Verkehrsangebot	48	
	9.2	Informieren & motivieren	63	
	9.3	Prozesse steuern	75	
1() Con	trolling	79	
1:	l Öffe	ntlichkeitsarbeit	84	

Klimaschutz-Teilprojekt klimafreundliche Mobilität für die Gemeinde Böhl-Iggelheim - Endbericht 0 -Inhalt

12 Qu	ellen	86
13 Anl	nang	89
13.1	Interviewpartnerinnen und Interviewpartner	89
13.2	Interviewleitfaden	90
13.3	Fragebogen (veröffentlicht im örtlichen Amtsblatt 02 und 03/2015)	91
13.4	Öffentlichkeitsbeteiligung durch Ortsbegehung	92
13.5	Dokumentation der Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	94
13.6	Dokumentation des Workshops am 13. Juli 2015	100
13.7	Dokumentation des Workshops am 03. November 2015	105
13.8	Überblick über die Handlungsempfehlungen und ihre Beurteilung	111

Abbildungen

Abbildung 2-1: Arbeitspakete des Klimaschutzteilkonzepts	2
Abbildung 3-1: CO ₂ -Emissionen pro Kopf und Jahr in Böhl-Iggelheim und Absenkpfad	
entsprechend Covenant of Mayors	4
Abbildung 3-2: CO ₂ -Emissionen pro Kopf: dt. Durchschnitt 2015 und Ziel 2050 (eigene	
Darstellung nach KlimAktiv 2015)	4
Abbildung 4-1: Lage im Raum (Kartengrundlage: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar 20)14)
Abbildung 4-2: Zentrale Orte und Entwicklungsachsen um Böhl-Iggelheim (Quelle:	
Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar 2014)	
Abbildung 4-3: Ortsübersicht (Kartengrundlage: ©OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	6
Abbildung 4-4: Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen (Quelle: FNP II 2005/2014,	
Kartengrundlage: ©OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	7
Abbildung 4-5: Bevölkerungsentwicklung in Böhl-Iggelheim und in den angrenzenden	
verbandsfreien Gemeinden 2011 - 2013 (Indexwerte: Jahr 2011 = 100; nur Erstwohnsitze)	_
(Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz)	
Abbildung 4-6: Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamter	
Rheinland-Pfalz für 2030 (Kartengrundlage: Kirschey 2012)	
Abbildung 4-7: Vergleich der Altersstruktur in den Verwaltungsbezirken des Rhein-Pfalz Krei	
(Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2015)	9
Abbildung 4-8: Berufs-Ein- und Auspendler von/nach Böhl-Iggelheim (Datenquelle:	
Bundesagentur für Arbeit 2013 (Stand 2012); Kartengrundlage: © OpenStreetMap- Mitwirkende 2015)	10
	10
Abbildung 4-9: Anteil der Auspendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am	11
Wohnort 2012 (in %)(Datenquelle/Karte: © BBSR Bonn 2015)	11
Bundesamt 2008-2014)	12
Abbildung 4-11: Pkw-Bestand je 1.000 Einwohner im Jahr 2014 nach Bundesländern (Lehnei	
2014)	
Abbildung 4-12: Hauptverkehrsmittel (nach Anteil an den zurückgelegten Wegen) und	12
Hauptwegzweck in der deutschen Durchschnittsgemeinde mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern	1
(BMVBS 2010)	
Abbildung 5-1: Ausschnitt des Straßennetzes um Böhl-Iggelheim (Kartengrundlage: ©	
OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	15
Abbildung 5-2: Lage der Zählstellen (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 201	
	16
Abbildung 5-3: Durchschnittlicher täglicher Verkehr (Kfz/24h) im Jahr 2005 und 2011 (PV:	
Personenverkehr, GV: Güterverkehr) (Eigene Darstellung, Datenquelle: LBM 2005 + 2011)	17
Abbildung 5-4: Anteile des Verkehrsaufkommens im Ortsteil Iggelheim nach Gebietsbezug	
(Datenquelle: V-KON 2007)	19
Abbildung 5-5: Innerörtliche Straßeninfrastruktur und Nutzung (Eigene Darstellung,	
Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	
Abbildung 5-6: Enge Fahrbahn in Langgasse führt zu Gefahrensituationen und Verengung de	
Gehwege	21

Abbildung 5-7: Steigerung der Attraktivität für Fuß- und Radverkehr durch die niveaugleiche Straßengestaltung in der Hauptstraße in Böhl. Parken ist im Gegensatz zu früher auf der Fahrbahn nicht mehr erlaubt. Fahrbahneinfärbungen sorgen für erhöhte Aufmerksamkeit de Verkehrsteilnehmenden an Knotenpunkten	er
Abbildung 5-8: In den neu gestalteten Bereichen kommt es häufig zu folgender	
Problemsituation: Pkw weichen in den umgebauten Bereichen an Engstellen (Gegenverkehr	
parkende Fahrzeuge) auf den niveaugleichen Bürgersteig aus. Durch die Installation von	•
Pollern soll die Gefährdung der Fußgänger entgegengewirkt werden	. 21
Abbildung 5-9: Liniennetz der S-Bahn Rhein Neckar (Quelle: Wikipedia 07/2015)	
Abbildung 5-10: Zahlreiche Pendler nutzen die S-Bahn von bzw. nach Ludwigshafen und	
Mannheim	. 22
Abbildung 5-11: Buslinien und Haltestellen in Böhl-Iggelheim (VRN 2015)	
Abbildung 5-12: Fahrplanbeispiel des Ruftaxis, Fahrtrichtung von Iggelheim nach Böhl	
Abbildung 5-13 (links): Positivbeispiel Bushaltestelle "Lessingstraße": mit Hochbord,	
barierrefrei mit taktilen -Blindenleitstreifen (umgestaltet im Rahmen der	
Straßenumbaumaßnahmen).	. 25
Abbildung 5-14 (rechts): Unklare Fahrgastinformation an der Bushaltestelle "Eisenbahnstraß	
uneinheitliche Platzierung der Aushangfahrpläne und unvollständige Linienangabe	
Abbildung 5-15: Bushaltestelle "Luitpoldstraße" nach Straßenumbaumaßnahme: mit	
vorgezogenem Halterand und Hochbord, jedoch ohne überdachte Wartemöglichkeit (trotz	
ausreichendem Platzangebot)	. 26
Abbildung 5-16: Vorder- und Rückansicht der Abfahrtstafel an der Bushaltestelle	0
"Kreissparkasse" (links: regulärer Bus; rechts: Bürgerbus)	.26
Abbildung 5-17: Ruftaxi und Bürgerbus: Unzureichende Haltestellenausstattung, aber wichti	
Ergänzung zu den Busverbindungen	_
Abbildung 5-18: Am Radweg entlang der Iggelheimer Straße (L 528) ist die Vorrang-Regel au	
Kraft gesetzt: an zwei Einmündungen muss der Radfahrer auf dem Radweg den abbiegender	
Pkw abwarten	
Abbildung 5-19: Umlaufsperren ("Drängelgitter") sind auf Radverbindungen ein Hindernis,	. 20
insbesondere für Fahrräder mit Anhänger und Kinderwägen.	28
Abbildung 5-20: Gut ausgelastete Fahrradabstellanlagen zeigen, dass in Böhl-Iggelheim das	. 20
Fahrrad häufig genutzt wird (Aufnahme entstand Anfang Februar am Ortsmittelpunkt in	
Iggelheim)	29
Abbildung 5-21: Unterführung am Bahnhof: Radfahrende müssen an der wichtigen	. 23
Radverkehrsverbindung zwischen den Ortsteilen absteigen und schieben.	29
Abbildung 5-22: Blindenleitsystem, eingerichtet im Rahmen der Straßenumgestaltung	
Abbildung 5-23: "Rotes Band" in der Kirchenstraße in Böhl als gelungenes Beispiel einer	. 50
fußgängerfreundlichen Gestaltung des Straßenraums mit Symbolcharakter: es verbindet bei	ide
Kirchen	
Abbildung 5-24: Neugestalteter Straßenzug (Luitpoldstraße)	
Abbildung 5-25: Multimodalität und Intermodalität (TU Dresden 2010)	
Abbildung 5-27: Großflächige und gut genutzte Park+Ride-Anlage am Bahnhof	
Abbildung 5-26: Moderne Bike+Ride-Anlage am Bahnhof	
Abbildung 6-1: CO ₂ -Emissionen im Verkehr und ihre Einflussgrößen	
Transaction of the Col Fillippione in Active in and the Fillings \$1000 in Fillings	. Ј4

Abbildung 6-2: Verteilung der CO ₂ -Einsparungen auf die verschiedenen Instrumente bezoge	n
auf das Jahr 2025	. 38
Abbildung 6-3: Vergleich der angestrebten und potential möglichen CO ₂ -Emissionen im	
Verkehr	. 39
Abbildung 6-4: Umweltwirkungen des Verkehrs im Drei Säulen Modell der Nachhaltigkeit	. 39
Abbildung 8-1: Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern	. 43
Abbildung 9-1: Piktogramme der verschiedenen Typen von Handlungsempfehlungen	. 47
Abbildung 11-1: Verankerung der Idee von nachhaltiger Mobilität in Köpfen, Institutionen,	
Plänen und Programmen	. 84
Abbildung 13-1: Karte mit Hinweisen aus der Öffentlichkeit auf Problemsituationen im Ortst	eil
Böhl (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	. 94
Abbildung 13-2: Karte mit Hinweisen aus der Öffentlichkeit auf Problemsituationen im Ortst	eil
(Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	. 95
Abbildung 13-3: Karte der positiven Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge für den	
Ortsteil Böhl (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	. 96
Abbildung 13-4: Karte der positiven Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge für den	
Ortsteil Iggelheim (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	. 97
Abbildung 13-5: Kartographische Zusammenfassung der Hinweise auf Problemsituationen a	us
den Fragebogenrückläufen (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)	. 98
Tabellen	
Tabelle 5-1: Zeitreihe des durchschnittlichen täglichen Verkehrs (Kfz/24h) L 532	. 18
Tabelle 8-1: Handlungsfeld Infrastruktur und Verkehrsangebot	
Tabelle 8-2: Handlungsfeld: Infomieren & Motivieren	
Tabelle 8-3: Handlungsfeld: Prozesse steuern	. 46
Tabelle 10-1: Hinweise zum Maßnahmen-Controlling	
Tabelle 11-1: Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit	
Tabelle 13-1: Übersicht Maßnahmen mit Priorität, Umsetzbarkeit, Aufwand und Wirkansatz:	

1 Anlass

Eine rasche Senkung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen ist angesichts der fortschreitenden Klimaerwärmung unverzichtbar. Ein Aktivitätenschwerpunkt muss im Sektor Verkehr liegen, der zu etwa einem Viertel an den gesamten Klimagas-Emissionen in Deutschland beteiligt ist und in den letzten Jahren unter allen Sektoren die geringsten Rückgänge zu verzeichnen hatte. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht vor, den Energieverbrauch im Verkehrssektor um 10% bis 2020 und um 40% bis 2050 zu senken (jeweils im Vergleich zu 2005) (BMWi/BMU 2012). Zur Zielerreichung plant die Bundesregierung ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die Festsetzung von Emissionsnormen, technische Weiterentwicklungen in der Antriebsstruktur und bezüglich des Kraftstoffmixes sowie eine Verlagerung des Verkehrs auf klimafreundliche Verkehrsmittel. Hier sind jedoch zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, die nicht auf Bundesebene umgesetzt werden können. Neben Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen sind alle staatlichen Ebenen einschließlich Landkreisen und Kommunen gefordert, nachhaltige Aktivitäten vor allem zur Minderung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern zu ergreifen.

Die Gemeinde Böhl-Iggelheim beteiligt sich seit 2010 am Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors). Mit der Unterzeichnung des Konvents hat sie sich verpflichtet, die energiepolitischen Vorgaben der Europäischen Union zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um 20 % bis zum Jahr 2020 (im Vergleich zu 1990) noch zu übertreffen.

Im August 2013 hat der Gemeinderat der Gemeinde Böhl-Iggelheim die Erstellung von Klimaschutzteilkonzepten an den Hauptausschuss verwiesen, der im September 2013 einstimmig die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts – Teilkonzept Mobilität beschlossen hat. Im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundes war eine Förderung als Klimaschutzkonzept, Teilkonzept Verkehr, möglich. Die Bearbeitung des Konzepts konnte nach der Förderzusage Anfang 2015 begonnen werden.

2 Vorgehensweise

Die Vorgehensweise zur Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzepts orientiert sich an den gängigen fachlichen Standards und berücksichtigt insbesondere die Anforderungen, die an eine Förderung des Projekts im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gestellt werden und die in den "Richtlinien zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen" formuliert sind. Der vorliegende Endbericht dokumentiert die durchgeführten Analyseschritte. Diese sind in Abbildung 2-1 als Arbeitspakete (AP) 1 bis 6 dargestellt1.

Grundlage des Klimaschutzteilkonzepts ist die Energie- und CO₂-Bilanz (AP 1), die neben der eigentlichen Bilanzierung die Ermittlung von Verkehrsdaten, eine Analyse der örtlichen Infrastruktur und die Einbeziehung von weiteren lokalen Kenngrößen umfasst. Darauf aufbauend

Verkehrslösungen Seite 1

_

¹ Redaktioneller Hinweis: Soweit keine andere Quelle angegeben ist, stammen alle Abbildungen von Verkehrslösungen.

folgt mit AP 2 eine Potenzialanalyse, die das Klimaschutzszenario einem Referenzszenario Verkehr gegenüberstellt, so dass die zusätzlich möglichen CO₂-Einsparungen ersichtlich werden. Daraus wiederum werden ein Maßnahmenkatalog mit praxisorientierten Handlungsvorschlägen (AP 4), ein Controllingkonzept (AP 5) und ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit (AP 6) erarbeitet.

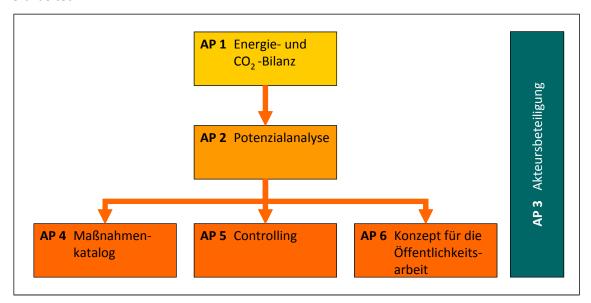


Abbildung 2-1: Arbeitspakete des Klimaschutzteilkonzepts

Um die Öffentlichkeit und relevante Personen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Gesellschaft einzubinden (AP 3), fanden persönliche Interviews mit Vertretern von insgesamt acht Institutionen, eine Befragung der Bürgerschaft über das örtliche Amtsblatt, eine öffentliche Ortsbegehung am 21.03.2015 sowie zwei Bürger-Workshops statt. Der erste Workshop fand nach der Potentialanalyse am 13. Juli 2015 statt und diente dazu, die Analyseergebnisse aus den AP 1 und 2 zu kommunizieren und zu diskutieren sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zu erarbeiten. Im Rahmen des zweiten Workshops am 03. November 2015 wurde der Maßnahmenkatalog vorgestellt und gemeinsam mit den interessierten und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und den relevanten Akteurinnen und Akteuren das weitere Vorgehen entwickelt.

Ziel war es, bisherige Tätigkeiten, Planungen und Wünsche zum Thema Verkehr und Mobilität aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu erfahren und diese in das Klimaschutzteilkonzept einfließen zu lassen. Gleichzeitig zielt die Beteiligung unterschiedlicher Akteure darauf ab, Netzwerke und Synergien bei Aktivitäten zu Klimaschutz im Verkehr zu bilden.

Eine Liste der Interviewpartner, der Interviewleitfaden sowie der im Amtsblatt erschienene Fragebogen befinden sich im Anhang. Die Ergebnisse der beiden Workshops wie auch aus der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Punkte sind ebenfalls im Anhang stichpunktartig dokumentiert und kartografisch dargestellt.

3 Energie- und CO₂-Bilanz

3.1 Hintergrund und Vorgehensweise

Mit dem Beitritt zum "Konvent der Bürgermeister" hat sich die Gemeinde verpflichtet, bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20% zu reduzieren (im Vergleich zu 1990), 20% der Energie aus Erneuerbaren Energien herzustellen sowie die Energieeffizienz um 20% zu steigern. Zur Überprüfung der Fortschritte ist eine regelmäßige CO₂-Bilanzierung vorgesehen.

Es liegt bereits eine erste CO₂-Bilanz für Böhl-Iggelheim aus dem Jahr 2011 vor. Sie behandelt die drei Sektoren Haushalte, kommunale Verwaltung sowie Verkehr und wurde von der Universität Koblenz-Landau erstellt. Im Rahmen dieses Klimaschutzkonzepts wurde die vorliegende CO₂-Bilanz für den Sektor Verkehr für die Jahre 2011, 2012 und 2013 fortgeschrieben. Das Jahr 2014 wurde nicht berücksichtigt, da hierfür noch nicht alle notwendigen Daten vorlagen.

Die Bilanzierung wurde mit dem Programm ECOSPEED Region (ehemals: EcoRegion) erstellt. Dieses internetbasierte Tool zur CO₂-Bilanzierung berechnet nach der Eingabe von Rohdaten, wie z.B. Pkw-Bestand oder Fahrleistungen, den Energieverbrauch bzw. den CO₂-Ausstoß.

Hinsichtlich der Datenqualität und Vergleichbarkeit zur vorherigen Bilanz müssen Abstriche gemacht werden: So mussten wie auch bei der ersten CO₂-Bilanzierung mehrfach deutschlandweite Daten herunter gebrochen werden, da keine gemeindespezifischen Daten vorlagen. Besonders im Verkehrssektor sind nur wenige gemeindescharfe Daten vorhanden. Seit der letzten Bilanzierung im Jahr 2013 liegen hingegen präzisere Datenerfassungen bzw. verbesserte Berechnungsmethoden vor: So werden seitdem deutschlandweit die Jahresfahrleistungen über jährliche Hauptuntersuchungen erfasst; die Jahresfahrleistungen sind daher im Gegensatz zu früheren Schätzungen genau bestimmbar. Weiterhin hat ECOSPEED Region die Emissionsfaktoren für Energieträger aktualisiert und zwar auch für bereits vorangegangene Jahre. Diese Neuerung zieht eine Veränderung der bestehenden Bilanz mit sich. Die Abweichungen liegen jedoch überwiegend im niedrigen einstelligen Prozentbereich.

3.2 Ergebnisse der Bilanzierung

Insgesamt liegen die Emissionen durch den Verkehr in Böhl-Iggelheim bei rund 17.400 Tonnen CO_2 pro Jahr (ohne Flugverkehr – dieser wird vom Bilanzierungsprogramm nicht berücksichtigt). Dies entspricht 1,52 Tonnen CO_2 pro Person und Jahr allein durch Verkehr (siehe Abbildung 3-1). Im Vergleich zu 1990 mit rund 1,15 Tonnen pro Kopf sind die Emissionen sogar leicht gestiegen. Dies steht ganz im Gegensatz zu den Zielen des Konvent der Bürgermeister: Demnach müssten die Emissionen inzwischen bei unter einer Tonne CO_2 pro Kopf liegen.

Dabei ist deutschlandweit je nach Bilanzierungsmethode eine Stagnation oder ein Anstieg der Emissionen für den Verkehrsbereich festzustellen. Diese Entwicklung steht in einem Gegensatz zu den anderen Sektoren, die zwar die gesteckten Klimaziele auch nicht alle erreichen, aber dem Ziel näherkommen (vgl. UBA 2015). Gründe für das schlechte Abschneiden des Verkehrssektors sind u.a. mit großzügigen CO₂-Grenzwerten für Kraftfahrzeuge, nur minimal sinkenden bzw. stagnierenden Fahrleistungen des Motorisierten Verkehrs, dem Bau von immer schwereren Pkw (SUV) und dem Einsatz von energieverbrauchenden Zusatzfunktionen in Fahrzeugen (z.B. Klimaanlage) zu erklären.

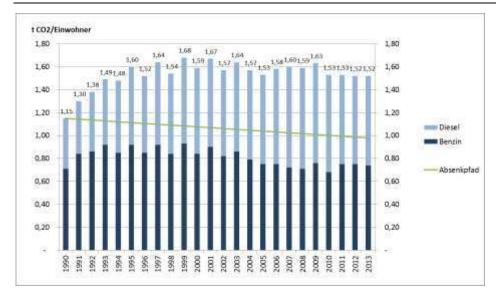


Abbildung 3-1: CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr in Böhl-Iggelheim und Absenkpfad entsprechend Covenant of Mayors

Zur Veranschaulichung der CO₂-Emissionen pro Kopf sind in der folgenden Abbildung 3-2 die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen in Deutschland dargestellt. Die Emissionen liegen insgesamt bei knapp elf Tonnen, davon entfallen 2,4 Tonnen auf den Verkehr. (Hierbei ist der Flugverkehr, im Gegensatz zur Bilanz für Böhl-Iggelheim, mit eingerechnet.) Der größte Anteil der verkehrlichen Emissionen wird durch Privatfahrzeuge verursacht (KlimAktiv 2015).2 Der Zielwert der Bundesrepublik für 2050 liegt bei nur 2,5 Tonnen und damit in der Größenordnung der Emissionen, die aktuell nur auf den Verkehr entfallen. Es sind also noch größere Fortschritte nötig, um das Ziel zu erreichen.

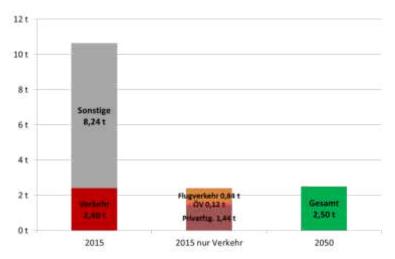


Abbildung 3-2: CO₂-Emissionen pro Kopf: dt. Durchschnitt 2015 und Ziel 2050 (eigene Darstellung nach KlimAktiv 2015)

Verkehrslösungen Seite 4

.

² Abhängig vom Mobilitätsverhalten können sich die CO_2 -Emissionen individuell stark unterscheiden. Eine Berechnung der persönlichen CO_2 -Bilanz ist online unter uba.klimaktiv-co2-rechner.de möglich.

4 Strukturelle Rahmenbedingungen

4.1 Raumordnung und Siedlungsstruktur

Der Rhein-Pfalz-Kreis weist die größte Siedlungsdichte aller rheinland-pfälzischen Landkreise auf (489 Einwohner/km²; Durchschnitt Rheinland-Pfalz 201 EW/km², Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2015). Die verbandsfreie Gemeinde Böhl-Iggelheim liegt im Rhein-Pfalz-Kreis am Rande des hochverdichteten Kernraums der Metropolregion Rhein-Neckar. Es liegt als Grundzentrum direkt an der regionalen und großräumigen Entwicklungsachse, die die Oberzentren Ludwigshafen und Mannheim mit den westlich gelegenen Mittelzentren Haßloch und Neustadt an der Weinstraße verbindet.

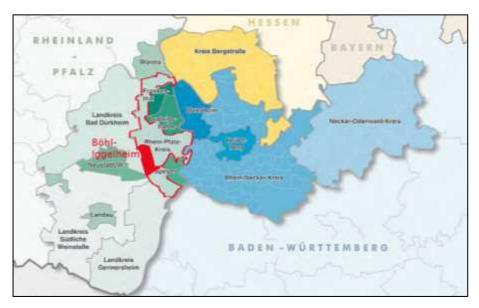


Abbildung 4-1: Lage im Raum (Kartengrundlage: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar 2014)

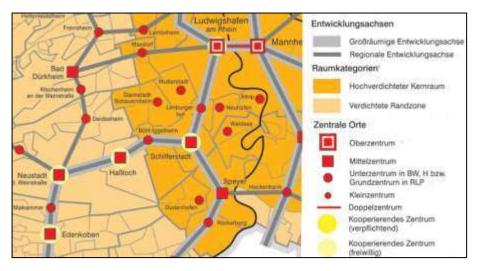


Abbildung 4-2: Zentrale Orte und Entwicklungsachsen um Böhl-Iggelheim (Quelle: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar 2014)

Das Doppelzentrum Mannheim-Ludwigshafen ist als Arbeits-, Ausbildungs- und Dienstleistungszentrum für die gesamte Region von großer Bedeutung. Auch zu Schifferstadt und Speyer

bestehen für Böhl-Iggelheim wichtige Verflechtungen im Bereich Versorgung und Schulbildung. (siehe Abbildung 4-2).

Die Gemeinde ist in die zwei Ortsteile Böhl und Iggelheim gegliedert, die jeweils einen eigenen Ortskern aufweisen.

Die Verwaltungseinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten befinden sich größtenteils im Ortsteil Iggelheim, im Ortsteil Böhl gibt es dagegen keine fußläufig erreichbare ausreichende Nahversorgung. Südlich des Ortsteils Iggelheim liegt ein Wochenendhausgebiet ("Waldsiedlung"), das allerdings von 90% der Bewohnerinnen und Bewohner als Dauerwohnsitz genutzt wird.

Das Siedlungsgebiet erstreckt sich in Nord-Süd-Ausdehnung auf ca. 6 km und ist durch den Gleiskörper der DB getrennt, der trotz einer Gleisunterführung für den Fuß- und Radverkehr eine starke Barriere darstellt.

Mit dem im Einzelhandelskonzept festgelegten Ziel der Sicherung und Entwicklung einer Nahversorgung an fußläufig und barrierefrei gut erreichbaren Standorten



Abbildung 4-3: Ortsübersicht (Kartengrundlage: ©OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

orientiert sich die Gemeinde an dem im Einheitlichen Regionalplan festgeschrieben Leitbild der "Stadt der kurzen Wege", das eine verkehrsvermeidende Siedlungsentwicklung vorschreibt. Die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen geplanten Wohn-, Gewerbe- und Mischgebietsflächen liegen zentral zwischen den beiden Ortsteilen und können die "neue Mitte" der Gemeinde stärken (Planungsbüro Piske 2014).

Die Erschließung der geplanten Siedlungs- und Gewerbeflächen an den ÖPNV stellt sich wie folgt dar:

- Gewerbefläche südlich der Bahnlinie (ca. 10,8 ha.): Die maximale Entfernung zur nächsten Bushaltestelle beträgt 1,1 km, zum Bahnhof maximal 1 km.
- Sondergebiet "An der oberen Lehmgrube" (ca. 0,8 ha): Die Entfernung zur nächsten Bushaltestelle beträgt 500 m; der Bahnhof ist ca. 1 km entfernt.
- Baugebiet "Oberfeld" (ca. 4,6 ha): Das Baugebiet liegt maximal 850 m von der nächsten Bushaltestelle bzw. vom Haltepunkt des Ruftaxis entfernt; der Bahnhof ist max. 1,6 km entfernt.
- Die geplanten neuen Wohn und Mischgebiete liegen damit überwiegend außerhalb der nach dem Nahverkehrsplan angestrebten Entfernungen (Erschließungsstandard) von max. 600 m zur nächsten Regionalbushaltestelle. Dagegen ist die Lage zum Bahnhof für alle Erweiterungsflächen als gut anzusehen.
- Im Erläuterungsbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans (2014) wird angenommen, dass das Einzugsgebiet des geplanten Sondergebietes "An der oberen Lehm-

grube" auf das Gemeindegebiet von Böhl-Iggelheim begrenzt sein wird und somit keine negativen Auswirkungen auf die innerörtliche Kfz-Belastung haben wird.

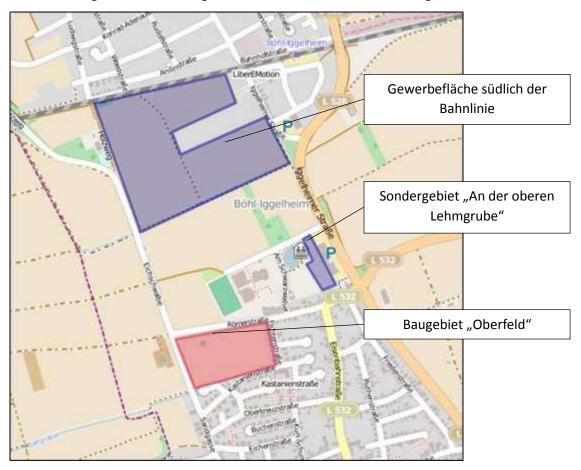


Abbildung 4-4: Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen

(Quelle: FNP II 2005/2014, Kartengrundlage: ©OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

4.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Von 2001 bis 2013 verzeichnet Böhl-Iggelheim einen Bevölkerungsrückgang von rund 5% (knapp 600 Personen). Da bis einschließlich 2010 die Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung durchgeführt wurde und erst in den Folgejahren auf den Zensus von 2011 zurückgegriffen wurde, kann man für diesen Zeitraum nur bedingt einen Vergleich durchführen.

Die Bevölkerungszahlen der Gemeinde Böhl-Iggelheim sind danach seit 2011 relativ konstant geblieben. Benachbarte Gemeinden, die näher an Ludwigshafen liegen, konnten einen höheren Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Gleichzeitig ist die Bevölkerungszahl im Bundesland Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 im zweiten Jahr in Folge leicht gestiegen ist. Als Grund hierfür werden vom Statistischen Landesamt Wanderungsgewinne angegeben.

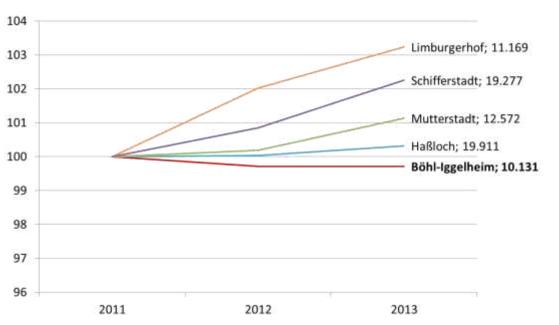


Abbildung 4-5: Bevölkerungsentwicklung in Böhl-Iggelheim und in den angrenzenden verbandsfreien Gemeinden 2011 - 2013 (Indexwerte: Jahr 2011 = 100; nur Erstwohnsitze) (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz)

Auf Grund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung geht das Statistische Landesamt in seiner Bevölkerungsvorausberechnung im Rhein-Pfalz-Kreis dennoch in vielen Gemeinden und auch in einigen Städten wie z.B. Ludwigshafen und Speyer von einem stetigen Bevölkerungsrückgang aus. Ein Zuwachs um bis zu 5,9 % ist z.B. für Mutterstadt und die Verbandsgemeinde Rö-

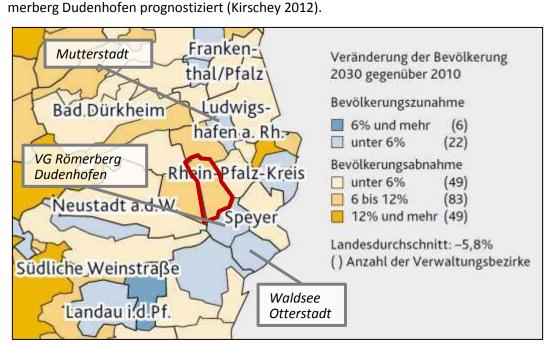


Abbildung 4-6: Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für 2030 (Kartengrundlage: Kirschey 2012)

Auch **der demographische Wandel** ist ein Thema in Böhl-Iggelheim: der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter ist seit 2005 von 21,5 % auf 23,2 % im Jahr 2013 gestiegen (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2015). Für das Jahr 2030 ist ein weiterer Anstieg um 10,1 Prozentpunkte auf 31,3% prognostiziert, so dass bis dahin fast 1/3 der Bevölkerung von Böhl-Iggelheim über 65 Jahre wäre. Dieser Anteil wird für Rheinland-Pfalz auf 28,7% und für den Rhein-Pfalz-Kreis auf 30,1% für das Jahr 2030 prognostiziert (Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz: Kommunaldatenprofil 05/2015).

Abbildung 4-7 zeigt die bisherige Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den vergangen 10 Jahren. Beim Vergleich der Entwicklung der Altersstruktur (2003-2013) fällt auf, dass die Bevölkerungsgruppe der 20- bis 65-jährigen in Böhl-Iggelheim um 8,7% abgenommen hat, während Limburgerhof und Schifferstadt in diesem Zeitraum einen Zuwachs von 2,7 bzw. 2,8% aufweisen kann. Allerdings ist die Alterung (Zunahme der Zahl an Personen ab 65 Jahren) im Vergleich zum Kreis zwar deutlich unterdurchschnittlich (9,9% zu 19,2%), aber trotzdem nennenswert. Der Rückgang an Personen unter 20 Jahren entspricht etwa dem Kreisdurchschnitt (12,6% zu 11,6%).



Abbildung 4-7: Vergleich der Altersstruktur in den Verwaltungsbezirken des Rhein-Pfalz Kreises (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2015)

Für die Verkehrs- und insbesondere die ÖPNV-Planung ist die Altersstruktur von Bedeutung, da je nach Alter unterschiedlich Nutzungsansprüche gestellt werden. Dies gilt insbesondere für Schüler und für ältere Menschen. Auch der Einheitliche Regionalplan Rhein-Neckar verweist auf die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Verkehrsnachfragestrukturen: "Insbesondere werden die älteren Personen in Zukunft ein größeres Mobilitätbedürfnis haben und ihre PKW-Verfügbarkeit wird höher als heute sein. Für den öffentlichen Verkehr entsteht die Notwendigkeit, konkurrenzfähige Angebote für diese Personengruppen zu entwickeln. Gleichzeitig gibt es heute schon Anzeichen, dass die jüngeren Personen (20-30-Jährigen) weniger automobil sind. Bei ihnen geht der Trend zur multimodalen Verkehrsmittelnutzung. So werden die Personen in der Zukunft nicht nur ein Verkehrsmittel nutzen, sondern mehrere – sei es nur auf einem Weg (Intermodalität) oder über mehrere Tage (Multimodalität)." (VRRN 2014).

4.3 Pendlerbeziehungen

In Böhl-Iggelheim waren im Jahr 2012 insgesamt 3.789 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Erstwohnsitz gemeldet. Von diesen pendelten 89% zu ihrem Arbeitsplatz, 412 Beschäftigte arbeiteten in Böhl-Iggelheim.

Fast die Hälfte der Auspendler arbeitete in den Oberzentren Ludwigshafen und Mannheim, wobei die BASF auch für Böhl-Iggelheim eine zentrale Rolle als größte Arbeitgeberin in der Region spielt (nach Ludwigshafen pendeln ca. 35%, nach Mannheim 12% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/innen). Als Arbeitsorte sind mit über 100 Auspendlern aus Böhl-Iggelheim auch Speyer, Haßloch, Schifferstadt und Neustadt von Bedeutung.

Der Auspendleranteil ist für Gemeinden dieser Größe und Struktur nicht ungewöhnlich. Ähnlich hohe Auspendleranteile verzeichnen auch die Verbandsgemeinde Römerberg-Dudenhofen und Waldsee. Der Auspendleranteil ist bspw. niedriger in Haßloch und Schifferstadt mit Einwohnerzahlen von je rund 20.000 und größeren Gewerbe-/ Industriestandorten (siehe Abbildung 4-9).

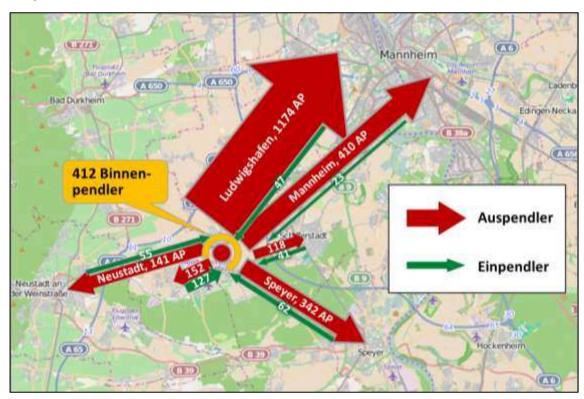


Abbildung 4-8: Berufs-Ein- und Auspendler von/nach Böhl-Iggelheim (Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit 2013 (Stand 2012); Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

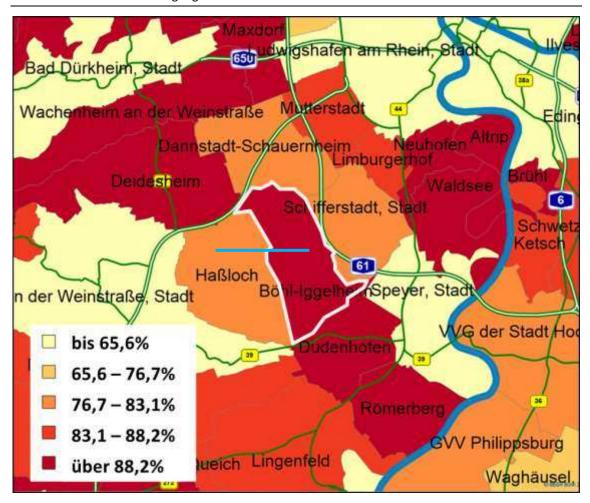


Abbildung 4-9: Anteil der Auspendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort 2012 (in %)(Datenquelle/Karte: © BBSR Bonn 2015)

4.4 Fahrzeugbestand

Das Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger wird wesentlich davon bestimmt, welche Verkehrsmittel ihnen zur Verfügung stehen. Eine hohe Verfügbarkeit von Pkw ermöglicht es erfahrungsgemäß nicht nur, überhaupt einen Pkw zu nutzen, sondern führt auch dazu, dass der Pkw zum dominierenden Verkehrsmittel wird.

Im Zeitraum von 2008 bis 2014 stieg der Kraftfahrzeugbestand in Böhl-Iggelheim um rund 7% an. Dies entspricht in etwa dem deutschlandweiten Trend in diesem Zeitraum. Der Kraftfahrzeugbestand lag im vergangenen Jahr bei 7.751 Fahrzeugen, davon 6.471 Pkw. Der Anteil an Pkw liegt bei ca. 84% und macht den weit überwiegenden Teil des Kfz-Bestandes aus. Im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung, die um ca. 4% gesunken ist, ist der Fahrzeugbestand im genannten Zeitraum gegenläufig gestiegen.

Die Pkw-Dichte liegt in Böhl-Iggelheim mit 626 Pkw pro 1.000 Einwohner deutlich über der durchschnittlichen Pkw-Dichte in Rheinland-Pfalz von 587. Dabei hat das Land im deutschlandweiten Vergleich bereits die zweithöchste Pkw-Dichte. In Böhl-Iggelheim stehen somit 10 Einwohnern – Greise und Kinder eingerechnet – ca. 6 Fahrzeuge zur Verfügung

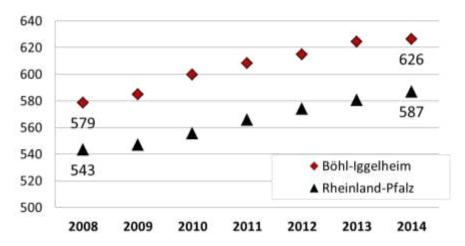


Abbildung 4-10: Entwicklung des Pkw-Bestandes je 1.000 Einwohner (Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt 2008-2014)

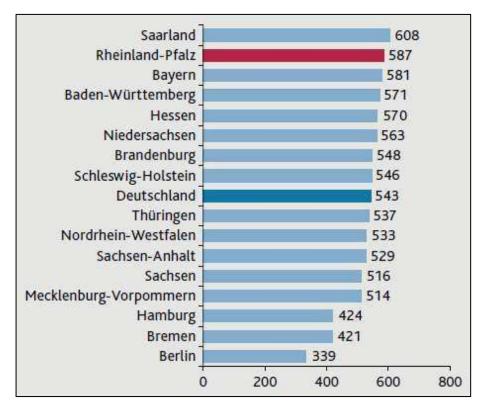


Abbildung 4-11: Pkw-Bestand je 1.000 Einwohner im Jahr 2014 nach Bundesländern (Lehnert 2014)

4.5 Modal Split

Der Modal Split gibt an, welchen Anteil die verschiedenen Verkehrsmittel an der Gesamtheit der zurückgelegten Wege in einem bestimmten Gebiet haben. Die Daten wurden in der Studie "Mobilität in Deutschland (MiD)" aus dem Jahr 2008 erhoben. In diesem Rahmen wurden bundesweit 25.000 Haushalte und in regionalen Schwerpunkten zusätzliche Haushalte befragt. Erhoben wurde bspw. Fahrrad- und Autobesitz, Wege, Wegezwecke, Verkehrsmittelwahl u.v.m. Für die Aktualisierung der Studie sind 2016 neue Erhebungen geplant.

Gemeindegenaue Daten wurden nicht erhoben; für die Gemeinde Böhl-Iggelheim ist eine Angabe des Modal Split allerdings hilfsweise anhand der Ergebniswerte einer Durchschnittsgemeinde der Größenklasse 5.000 – 20.000 Einwohner möglich.

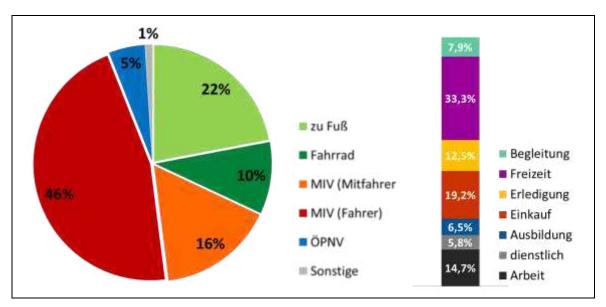


Abbildung 4-12: Hauptverkehrsmittel (nach Anteil an den zurückgelegten Wegen) und Hauptwegzweck in der deutschen Durchschnittsgemeinde mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern (BMVBS 2010)

In der Durchschnittsgemeinde werden rund 60% der Wege mit dem Pkw zurückgelegt und liegen damit über dem Bundesdurchschnitt. Dagegen ist der Anteil der zu Fuß und mit dem ÖPNV zurückgelegten Wege in der Durchschnittsgemeinde niedriger als im Bundesdurchschnitt. Für Böhl-Iggelheim kann angenommen werden, dass der Anteil der mit dem ÖPNV zurückgelegten Wege aufgrund des S-Bahn-Anschlusses vermutlich höher als die in der Studie ermittelten 5% ist.

Unabhängig von der Verkehrsmittelwahl haben in der fiktiven Durchschnittsgemeinde Freizeitwege mit 33% den höchsten Anteil an den Wegezwecken. Diese Werte werden bestätigt durch die Ergebnisse der Befragung am Kordon in Böhl-Iggelheim, die befragten Pkw-Fahrer/innen nutzen mit einen Anteil von 39% den Pkw für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeit sowie zu 35% im Freizeitverkehr (V-KON 2007).

4.6 Zusammenfassende Beurteilung

Mobilität und Verkehr werden generell bestimmt von den gegebenen räumlichen Strukturen, das heißt von der Verteilung von Wohnen, Arbeiten und sonstigen Nutzungen im Raum. Die Lage der Gemeinde Böhl-Iggelheim am Rande des hochverdichteten Kernraums der Metropolregion Rhein-Neckar mit dem Doppelzentrums Mannheim/Ludwigshafen führt zu vielfältigen und intensiven überlokalen Verkehrsverflechtungen. Kennzeichnend ist ein hohes Pendleraufkommen im Berufsverkehr, wobei Böhl-Iggelheim einen starken Auspendlerüberschuss aufweist.

Eine überdurchschnittlich hohe Pkw-Dichte von 604 Pkw/1.000 EW), die im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung, in den vergangenen Jahren stetig angestiegen ist, ist ein Indikator dafür, dass das Auto das primäre Verkehrsmittel ist, das für die meisten Wege genutzt wird. Auch die geteilte Siedlungsstruktur der Gemeinde mit zwei Ortszentren und weiten Entfernungen zu den Einrichtungen von Versorgung und Verwaltung hat diese Tendenz gefördert.

Eine nachhaltige Entwicklung von Mobilität und Verkehr erfordert eine allmähliche Veränderung der Mobilitätkultur. Dabei sind auch die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Verkehrsnachfrage zu berücksichtigen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde deutlich, dass es in Böhl-Iggelheim bisher kaum Anzeichen für einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung bezüglich der künftigen Mobilitätsformen gibt, was sich beispielsweise in den häufig zu beobachtenden "Eltern-Taxis" manifestiert, wenn Kinder mit dem Pkw in die Schule oder Kindertagesstätte gebracht werden.

Auch Art und Lage neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen können das Mobilitätsverhalten der künftigen Bewohner und Bewohnerinnen sowie Nutzer und Nutzerinnen dieser Flächen beeinflussen. Dieser Sachverhalt muss von Beginn konkreter Planungen an ebenfalls im Sinne nachhaltiger Mobilitätspolitik berücksichtigt werden. Damit z.B. die Ansiedlung eines Sondergebietes auf dem Areal "An der oberen Lehmgrube" keine negativen Auswirkungen auf die innerörtliche Kfz-Belastung haben wird, sind u.a. die infrastrukturellen Bedingungen für den Radverkehr (u.a. ausreichendes Angebot an Fahrradabstellanlagen) wie auch eine gute Anbindung für den Fußverkehr von Anfang an mitzudenken.

5 Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangebot

5.1 Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Überörtliches Straßennetz

Das Gemeindegebiet von Böhl-Iggelheim wird durch die Landesstraße L 528 (von Südost nach Nordwest) und von der Landesstraße 532 (von West nach Ost) gequert. Die L 528 führt als Verbindung zwischen Speyer und Bad Dürkheim östlich an den Ortsteilen Böhl und Iggelheim vorbei und ist die Verbindungsstraße zwischen diesen. Die L 532 verläuft durch die Ortslage in Iggelheim als Haßlocher Straße, Langgasse und Eisenbahnstraße. Folgende Kreisstraßen liegen auf dem Gemeindegebiet: K 12/K 16 Haßloch – Böhl, K 18 Hochdorf – Böhl, K 22 Dannstadt - Böhl und K 30 Iggelheim – Schifferstadt.

Die Gemeinde Böhl-Iggelheim wird von den Autobahnen A 65 und von der A 61 tangiert. Folgende Anbindung bestehen an das Autobahn- und Bundesstraßennetz:

- über L 532 zur A 61 Speyer Koblenz (Anschlussstelle Schifferstadt)
- Über L 532 auf B 9 Richtung Ludwigshafen
- Über K 22 zur A 65 Ludwigshafen Landau Karlsruhe (Anschlussstelle Haßloch)
- Über L 528 in südlicher Richtung nach Speyer zur B 9 Richtung Karlsruhe



Abbildung 5-1: Ausschnitt des Straßennetzes um Böhl-Iggelheim

(Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

Im Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar ist der funktionsgerechte Neubau der L 532 als Ortsumgehung Iggelheim vorgesehen (VRRN 2014). Die Entwurfsplanung für diese nordwestlich am Siedlungsgebiet von Iggelheim vorbeiführende Umgehungsstraße wurde 2014 abgeschlossen.

Verkehrsmengen

Einen Überblick über die Verkehrsmengen im Motorisierten Individualverkehr (MIV) gibt die Bundesverkehrszählung. Diese wird alle 5 Jahre – zuletzt 2010 – an festgelegten Zählquerschnitten auf Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen durchgeführt. Sie liefert im Ergebnis für alle Erhebungsstellen den sogenannten DTV (durchschnittlicher täglicher Verkehr) als 24-stündige Verkehrsmenge im Jahresmittel, d.h. einschließlich der Wochenenden, Feiertage sowie der Schulferien. Die Zählungen erfolgen an Stichtagen über das gesamte Jahr verteilt. Die Werte der Jahresmittel werden anschließend auf Basis von Hochrechnungen bzw. Schätzungen ermittelt und können von den Realwerten abweichen. Im Zeitreihenvergleich und im Vergleich mit anderen Orten vermitteln sie jedoch einen guten Eindruck der Entwicklungen über die Jahre bzw. der unterschiedlichen Verkehrsbelastungen im Land.

Auf Böhl-Iggelheimer Gemarkung liegen vier Zähstellen, jeweils zwei an der L 532 und der L 528 (vgl. Abbildung 5-2: Lage der Zählstellen

(Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)Abbildung 5-2), in die Auswertung für die Jahre 2005 und 2010 wurde außerdem eine Zählstelle auf dem Gemeindegebiet Haßloch einbezogen (Zählstelle 2). Für die Kreisstraßen im Gemeindegebiet liegen keine Messwerte vor. Alle Ergebnisse der Bundesverkehrszählung von 2010 sind als Fortschreibung bzw. Schätzung für das Jahr 2011 angegeben.

Die Auswertung erfolgte für die Kategorien Personenverkehr **PV** und Güterverkehr **GV**. Kraftfahrzeuge, die den Personenverkehr betreffen, sind Pkw, Kraftrad und Bus, während Güterverkehr von Lieferwagen, Lkw sowie Lastzug und Traktor verursacht wird.

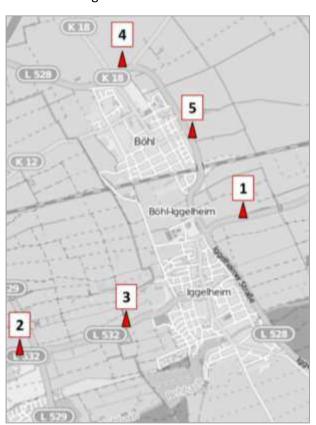


Abbildung 5-2: Lage der Zählstellen (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

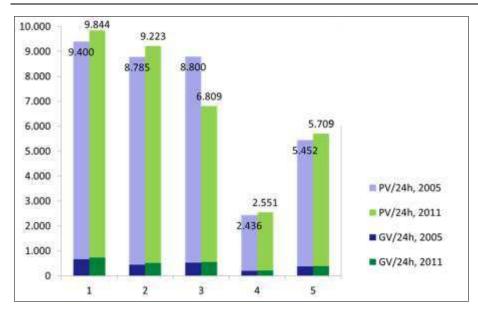


Abbildung 5-3: Durchschnittlicher täglicher Verkehr (Kfz/24h) im Jahr 2005 und 2011 (PV: Personenverkehr, GV: Güterverkehr) (Eigene Darstellung, Datenquelle: LBM 2005 + 2011)

Beim Vergleich der Verkehrsentwicklung zeigen sich an den einzelnen Zählstellen unterschiedliche Trends:

Das Güterverkehrsaufkommen hat sich an den Zählstellen unterschiedlich entwickelt, die Veränderungen variieren zwischen 1 und 18%). ist an allen Zählstellen zwischen 1% und ca. 18% gestiegen.

Auch im Personenverkehr ist an den Zählstellen 1, 2, 4 und 5 eine leichte Zunahme des Verkehrsaufkommens um ca. +5% zu verzeichnen. An Zählstelle 3 (L 532 zwischen Haßloch und Böhl-Iggelheim) wurde allerdings nach den Ergebnissen der Bundesverkehrszählung für 2011 ein deutlicher Rückgang des Personenverkehrsaufkommens um 24 % verzeichnet. Dieser Vergleichswert ist als relativ unsicher anzusehen, da der Ausgangswert für 2005 als Schätzung angegeben ist. Zur Validierung dieser Werte konnte auf weitere Quellen zurückgegriffen werden. So wurde u.a. von der Gemeinde am Ortseingang der L 532 (Haßlocher Straße, Kreisverkehr) im Zeitraum von 13.07.2015 bis 20.07.2015 eine elektronische Zählung mit einem automatischen Messgerät durchgeführt. Eine Übersicht über die für die Zählstelle 3 vorliegenden Verkehrsaufkommen gibt Tabelle 5-1.

Aufgrund der unterschiedlichen Methodik sind die Zahlen nicht eins zu eins vergleichbar, trotzdem wird in dieser Zeitreihe die Tendenz der Abnahme der Verkehrsmengen innerhalb der letzten zehn bis fünfzehn Jahre bestätigt. Der Rückgang der Verkehrsmengen ist jedoch nicht so drastisch wie der Vergleich der Werte von 2005 und 2011 nahelegt: Statt eines Rückgangs von 2.000 Fahrzeugen liegt der Rückgang am Ortseingang bei rund 1.000 Fahrzeugen. Der Schätzwert von 8.800 Kfz/24h für das Jahr 2005 war vermutlich zu hoch angesetzt. Vergleicht man hingegen die Angaben zu den Fahrzeugzahlen, die den Güterverkehr betreffen, wird die gegenläufige Tendenz in diesem Bereich bestätigt. Das Verkehrsaufkommen durch Güterverkehr hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, so ist zwischen 2006 und 2015 eine Zunahme um rund 200 Fahrzeuge verzeichnet, was einen Anstieg um 30% bedeutet.

Jahr	1995	2000	2005	2006	2011	2015
Gesamt Kfz/24h	8.201	8.396	8.800	7.390	6.809	7.449
Anteil PV/24h	keine Angabe	keine Angabe	8.272	6.912	6.250	6.733
Anteil GV/24h	keine Angabe	keine Angabe	528	478	559	676
Verkehrs- stärke	im Jahres- mittel	im Jahres- mittel	im Jahres- mittel	am Normal- werktag ³	im Jahres- mittel	im Wochen- mittel
Quelle	V-KON 2007	V-KON 2007	LBM 2005	V-KON 2007	LBM 2011	Gem. Böhl- Iggelhm. 2015
Daten- grundlage	Bundesver- kehrszählung	Bundesver- kehrszählung	Bundesver- kehrszählung (Schätzung)	VU zur Orts- umgehung	Bundesver- kehrszählung (Schätzung)	Zählung der Gemeinde

Tabelle 5-1: Zeitreihe des durchschnittlichen täglichen Verkehrs (Kfz/24h) am Ortseingang L 532 (Haßlocher Straße, Kreisverkehr)

Verkehrssituation im Ortsteil Iggelheim

Die Verkehrssituation in der Haßlocher Straße und Langgasse, die als Landesstraße (L 532) durch den Ortsteil Iggelheim führt, wird von vielen Ein- und Anwohner/innen als unbefriedigend wahrgenommen. Eine vergleichsweise hohe Verkehrsbelastung, die Zulassung von 50 km/h und ein relativ hoher Schwerverkehrsanteil treffen hier auf sensible Bereiche wie die Grundschule und das Heimatmuseum. Insbesondere unter der Woche ist vor dem Schulbeginn ein starker Schülerverkehr zu beobachten, der nicht nur durch Bus- und Fußverkehr, sondern zu einem großen Teil durch Hol- und Bringdienste der Eltern mit Kfz ("Elterntaxi") verursacht wird. Der Straßenzug ist darüber hinaus durch mehrere Geschäfte und Gaststätten sowie durch die dort ansässige Kirchengemeinde mit Friedhof von vielfältigen Nutzungen geprägt. Die Aufenthaltsqualität ist zusätzlich durch enge Bürgersteige und am Straßenrand parkende Kfz stark eingeschränkt.

Die Gemeinde führte in der Vergangenheit bereits mehrere Gespräche mit Landesbetrieb Mobilität (LBM) als Baulastträger, um Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Situation zu entwickeln. Als Maßnahmen wurden beispielsweise eine Mittelinsel in Höhe der Kirche und des Friedhofs zur Fahrbahnverengung eingerichtet sowie eine Fußgängerampel und Gehwegbegrenzungen zur Sicherung des Schulweges installiert. Zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Iggelheim ist eine Umgehungsstraße in Planung.

Im Vorfeld der Planungen wurde eine Verkehrsuntersuchung durchgeführt, in der zusätzlich zur Verkehrsmenge der Gebietsbezug analysiert wurde (vgl. Abbildung 5-4, V-KON 2007).

Verkehrslösungen Seite 18

-

³ Normalwerktag = Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

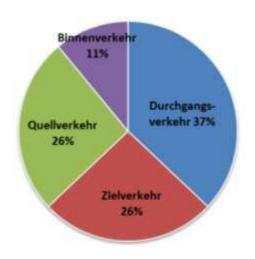


Abbildung 5-4: Anteile des Verkehrsaufkommens im Ortsteil Iggelheim nach Gebietsbezug (Datenquelle: V-KON 2007)

11% des Verkehrsaufkommens werden durch Binnenverkehr, d.h. durch Fahrten innerhalb des Ortsteils verursacht (z.B. Fahrt von der Realschule in die Langgasse). Über die Hälfte aller analysierten Fahrten sind zu gleichen Anteilen (je 26%) dem Quell- und Zielverkehr zuzuordnen. Als Quellverkehr wird der Verkehr definiert, der im Ortsteil Iggelheim beginnt und an einem Ziel außerhalb endet (z.B. Fahrt von Iggelheim nach Speyer). Zielverkehr bezeichnet den Verkehr, der von außerhalb kommend im Ortsteil Iggelheim endet (z.B. von Haßloch nach Iggelheim). %.

Neben dem Gebietsbezug wurde über Befragungen zudem auch der Wegezweck ermittelt. Die Verkehrsuntersuchung ergab, dass mit 39% auf den klassischen Berufsverkehr der größte Anteil des motorisierten Individualverkehrs im Ortsteil Iggelheim entfällt. Durch Fahrten mit Freizeitzwecken mit dem Pkw werden 35% des Verkehrsaufkommens verursacht. 7% der Fahrten stehen mit dem Wegezweck "Einkaufen" und 19% mit sonstigen Wegzwecken in Zusammenhang (V-KON 2007). Der im Rahmen der Untersuchung ebenfalls ermittelte durchschnittliche Besetzungsgrad von 1,3 Personen pro Kfz entspricht etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Innerörtliche Infrastruktur

Die innerörtliche Infrastruktur ist für den motorisierten Individualverkehr in den beiden Ortsteilen unterschiedlich: Während der Ortsteil Böhl durch die L 528 als Ortsumfahrung entlastet ist, besteht im Ortsteil Iggelheim über die Landesstraße 532, die als Haßlocher Straße, Langgasse und Eisenbahnstraße durch das Siedlungsgebiet führt, ein hohes Aufkommen an Durchfahrtsverkehr. Die Signalisierung des Knotenpunktes an der Kreuzung Langgasse/Eisenbahnstraße führt zu Schleichverkehr über die enge Sandgasse (Wohnstraße) in Richtung Böhl bzw. Schifferstadt (vgl. 5-5). Zudem sind insbesondere im Ortsteil Iggelheim die Fahrbahnen aufgrund der vorhandenen Baustruktur teilweise sehr eng (z.B. Buschgasse).

Auf nahezu allen gemeindeeigenen Straßen besteht eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h, wobei häufig Geschwindigkeitsüberschreitungen festzustellen sind. Eine weitere Maßnahme der Verkehrsberuhigung ist die Neugestaltung des Straßenraums, die im Zuge der Kanalsanierung bereits in zahlreichen Straßenzügen durchgeführt wurde (Haupt- und Hochdorfer Straße, Bahnhofstraße, Kirchenstraße im Bereich der Schule, Speyerer Straße, Luitpoldstraße, Friedrich-Ebert-Straße und Buschgasse) und auch bei zukünftig Baumaßnahmen geplant ist. Durch die Umbaumaßnahmen werden die Aufenthaltsqualität und die Attraktivität für den Fuß- und Radverkehr erhöht.

Allerdings wird die Umgestaltung und Aufwertung von Kfz-Fahrer/innen nicht immer im gewünschten Sinn geachtet, durch Überfahren der niveaugleichen Gehwegflächen / Seitenräume kommt es häufig zu Gefährdungen des Fußverkehrs. Die Gemeinde hat daher bereits in beson-

ders sensiblen Bereichen Poller installiert, um die Verkehrssicherheit für den Fußverkehr zu gewährleisten (Abbildung 5-8).

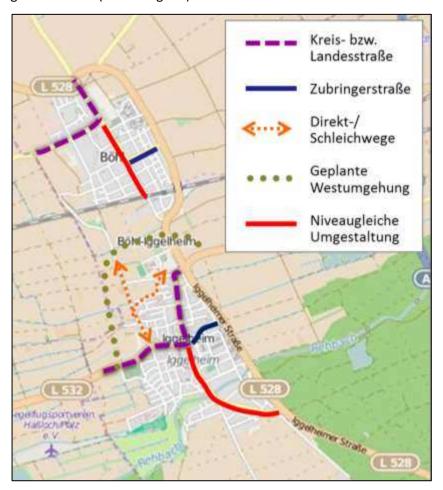


Abbildung 5-5: Innerörtliche Straßeninfrastruktur und Nutzung (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

Stellplatzsatzung

Auf dem Gemeindegebiet von Böhl-Iggelheim regelt die Stellplatzsatzung aus dem Jahr 2012 die Zahl der notwendigen Stellplätze beim Neubau von Wohnungen: je Wohneinheit sind zwei Stellplätze vorgesehen. Für andere Nutzungen wird auf übergeordnete Vorschriften (Landesbauordnung und entsprechende Verwaltungsvorschrift) verwiesen.

Die geforderte Anzahl von zwei Stellplätzen überschreitet die Richtwerte der Verwaltungsvorschrift, die in Mehrfamilienhäusern 1 bis 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit und in Einfamilienhäusern 1 bis 2 Stellplätze pro Wohneinheit vorsieht. Die in der Stellplatzsatzung festgesetzte Anzahl von zwei Stellplätzen unabhängig von der Wohnungsgröße stellt v.a. bei kleineren Wohnungen hohe Anforderungen bei der Planung der Gesamtzahl der Stellplätze.

Zu Anzahl und Qualität von Fahrradstellplätzen werden in der aktuellen Satzung keine Vorgaben gemacht.

Impressionen Straßenraum



Abbildung 5-6: Enge Fahrbahn in Langgasse führt zu Gefahrensituationen und Verengung der Gehwege



Abbildung 5-7: Steigerung der Attraktivität für Fuß- und Radverkehr durch die niveaugleiche Straßengestaltung in der Hauptstraße in Böhl. Parken ist im Gegensatz zu früher auf der Fahrbahn nicht mehr erlaubt. Fahrbahneinfärbungen sorgen für erhöhte Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmenden an Knotenpunkten



Abbildung 5-8: In den neu gestalteten Bereichen kommt es häufig zu folgender Problemsituation: Pkw weichen in den umgebauten Bereichen an Engstellen (Gegenverkehr, parkende Fahrzeuge) auf den niveaugleichen Bürgersteig aus. Durch die Installation von Pollern soll die Gefährdung der Fußgänger entgegengewirkt werden.

5.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Schienengebundener Nahverkehr (SPNV)

Die Gemeinde ist über die S-Bahn Rhein-Neckar gut an das Schienennetz angebunden. Durch einen Stundentakt der Linien S 1 (Homburg-Osterburken) und S 2 (Kaiserslautern-Mosbach) fahren von Böhl-Iggelheim die S-Bahnen halbstündlich Züge in Richtung Neustadt und Ludwigshafen. In Schwach- bzw. Nachtverkehrszeiten bestehen auch Direktverbindungen mit der S-Bahn nach Karlsruhe und Eppingen. Zusätzlich verkehren für Berufspendler Regionalbahnen von und nach Ludwigshafen mit dem Ziel BASF Nord (Mo – Fr, 5:56/6:38 Richtung LU, 15:31/17:05 Richtung Neustadt/Kaiserslautern; Stand 07/2015). Die wichtigsten Arbeitsplatzziele der Auspendler sind durch das bestehende Angebot sehr gut erreichbar. Die Fahrzeiten betragen von Böhl-Iggelheim nach Ludwigshafen 15 Minuten, nach Mannheim 20 Minuten und nach Speyer 16 Minuten (inklusive Umsteigezeit in Schifferstadt).

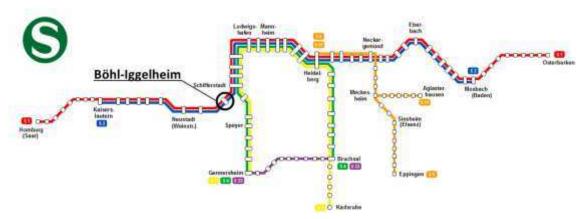


Abbildung 5-9: Liniennetz der S-Bahn Rhein Neckar (Quelle: Wikipedia 07/2015)

Der Bahnhof Böhl-Iggelheim liegt zwischen den beiden Ortsteilen und ist nur für die südlichen Bereiche des Ortsteils Böhl fußläufig erreichbar (die Entfernung zu Rathaus und örtlicher Realschule im Ortsteil Iggelheim beträgt ca. 1 Kilometer). Er verfügt über Ruftaxihalte, zwei Park+Ride Anlagen und moderne Bike+Ride Anlagen an beiden Bahnsteigausgängen.



Abbildung 5-10: Zahlreiche Pendler nutzen die S-Bahn von bzw. nach Ludwigshafen und Mannheim

Die Bahnsteige sind barrierefrei zugänglich, auch in die S-Bahn-Züge ist ein barrierefreies Einund Aussteigen möglich. Allerdings ist ein Queren der Gleisanlage ist für Mobilitätseingeschränkte selbstständig nur über die Bahnhofsunterführung möglich, die vom Bahnsteig ca. 130 Meter entfernt liegt. Am Bahnhof selbst steht nur eine Treppen-Unterführung zur Verfügung. Es ist geplant, diese Unterführung in den kommenden Jahren durch eine Überführung mit Aufzugsanlage zu ersetzen.

Die S-Bahn Züge sind im Schüler- und Pendlerverkehr stark ausgelastet, so dass für zusteigende Fahrgäste in Böhl-Iggelheim insbesondere in Richtung Ludwigshafen zu den Stoßzeiten keine Sitzplätze mehr zur Verfügung stehen. So wurden im Nahverkehrsplan 2004 Mo-Fr durchschnittlich 698 aus- und 563 Einsteiger gezählt).

Straßengebundener ÖPNV - Busverkehr

Die 13 im Ortsgebiet liegenden Bushaltestellen verfügen alle über die gesetzlich erforderliche Mindestausstattung mit Haltestellenschild, Papierkorb und Fahrplanaushang und z.T. auch über überdachte Wartemöglichkeiten. Im Rahmen der in der Vergangenheit durchgeführten Straßenumbaumaßnahmen wurden zudem Haltestellen mit Buskap⁴ (z.B. "Luitpoldstraße", "Mühle") und teilweise auch mit Blindenleitsystem (taktiler Leitstreifen) ("Kirchenstraße", "Lessingstraße", "Iggelheim Süd") hergestellt.



Abbildung 5-11: Buslinien und Haltestellen in Böhl-Iggelheim (VRN 2015)

⁴ Buskap ist ein Spezialbordstein, der den Niveauunterschied zwischen Haltestelle und Buseinstieg verringert und ein Ein- und Aussteigen ohne Höhenunterschied ermöglicht.

In Böhl-Iggelheim verkehren insgesamt vier Buslinien und ein Ruftaxi:

- Linie 508 Speyerdorf Haßloch Iggelheim Ludwigshafen BASF
 Die Linie ist auf Arbeitspendelnde/Schichtarbeitende der BASF ausgerichtet und verkehrt täglich auch am Wochenende morgens und abends mit zwei Fahrtenpaaren.
- Linie 573 Speyer Iggelheim Böhl Haßloch Die Linie verkehrt nur an Schultagen mit 4-6 Fahrtenpaare pro Schultag. Sie dient als Verbindungen von Böhl-Iggelheim zu den Schulen in Speyer und Haßloch.
- Linie 585 Oggersheim Schifferstadt Iggelheim
 Die Linie ist ebenfalls auf den Schülerverkehr ausgerichtet und verkehrt nur an Schultagen mit jeweils zwei Fahrten pro Richtung (nur einzelne Busse fahren als Linie 586 bis Iggelheim).
- Linie 586 Schifferstadt Iggelheim Böhl Meckenheim
 Die Linie verkehrt nur an Schultagen mit fünf bis sieben Fahrtenpaare pro Tag.
- Ruftaxi 5915 Böhl Iggelheim Speyer Die Linienführung des Ruftaxis erschließt beide Ortsteile flächendeckend und weicht von den vorgegebenen Bushaltestellen ab. Das Ruftaxi verkehrt täglich zwischen 6.00 und 1.00 Uhr in unregelmäßigen Abständen. Die Verbindung nach Speyer wird laut Fahrplan nur einmal nachts bedient. Das Ruftaxi muss bis spätestens 60 Minuten vor gewünschter Abfahrt vorbestellt werden. Montag bis Freitag werden pro Tag 17 Fahrten und am Wochenende 12 Fahrten angeboten.
- Kritisch anzumerken sind die Fahrplanaushänge im Format DIN A 4, die klein gedruckt sind, Liniennetzpläne oder sonstige weitergehende Informationen zum ÖPNV-Angebot (Tarife, Anschlussverbindungen usw.) fehlen.



Die Aushänge an Ruftaxi-Haltestellen haben kaum Informationsgehalt, da meist nur eine Telefonnummer, jedoch keine Abfahrtspläne angegeben sind. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde darauf hingewiesen, dass unter der angegebenen Telefonnummer nicht direkt der Beförderungsauftrag bestellt werden kann, stattdessen wird eine zusätzliche Telefonnummer des Taxiunternehmens angesagt.

Die Beförderungskosten des Ruftaxis sind abhängig von der Strecke und betragen zwischen 1 € und 2,50 €. Abonnenten von VRN Jahres- und Halbjahreskarten sowie Semestertickets bezahlen keine Gebühr für die Ruftaxi-Nutzung.

Abbildung 5-12: Fahrplanbeispiel des Ruftaxis, Fahrtrichtung von Iggelheim nach Böhl

Die für den Betrieb anfallenden Kosten werden zu 50% vom Kreis, zu 45% vom VRN und zu 5% von der Gemeinde getragen. Das Taxi unternehmen erhält abhängig von der Strecke einen Fixbetrag

Das Angebot wird von der Bevölkerung gut angenommen. Im Jahr 2014 nutzten knapp 6.000 Fahrgäste mit insgesamt ca. 4.000 Fahrten das Ruftaxi, wovon der größte Teil (92%) auf die Verbindung zwischen Bahnhof und Iggelheim Süd fielen. Nur 7% der Fahrten fanden zwischen Böhl und Iggelheim Süd statt und weniger als 1% zwischen Böhl-Iggelheim und Speyer.

Auch der kommunale Bürgerbus, der seit April 2014 auf dem Gemeindegebiet an zwei Tagen pro Woche (dienstags und freitags außer feiertags) Ziele des alltäglichen Bedarfs anfährt, ist eine wichtige Ergänzung zum regulären ÖPNV-Angebot. An den beiden Fahrtagen werden zwischen 9.30 Uhr und 12.10 Uhr insgesamt 17 Haltepunkte, ÖPNV-Haltestellen und zusätzlich relevante Ziele wie z.B. Lebensmittelmärkte, Banken, Rathaus, Seniorenzentrum und Friedhof angefahren. Für die Hauptzielgruppe der älteren Bürgerinnen und Bürger werden behindertengerechte Fahrzeuge eingesetzt. Für den Betrieb des Bürgerbusses werden – anders als in anderen Gemeinden in Rheinland-Pfalz – nicht ehrenamtliche, sondern hauptamtliche Fahrer eingesetzt. Die Nutzung ist für alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos, die Finanzierung trägt zu 100% die Gemeinde.

Impressionen straßengebundener ÖPNV





Abbildung 5-13 (links): Positivbeispiel Bushaltestelle "Lessingstraße": mit Hochbord, barrierefrei mit taktilen -Blindenleitstreifen (umgestaltet im Rahmen der Straßenumbaumaßnahmen).

Abbildung 5-14 (rechts): Unklare Fahrgastinformation an der Bushaltestelle "Eisenbahnstraße": uneinheitliche Platzierung der Aushangfahrpläne und unvollständige Linienangabe.



Abbildung 5-15: Bushaltestelle "Luitpoldstraße" nach Straßenumbaumaßnahme: mit vorgezogenem Halterand und Hochbord, jedoch ohne überdachte Wartemöglichkeit (trotz ausreichendem Platzangebot)





Abbildung 5-16: Vorder- und Rückansicht der Abfahrtstafel an der Bushaltestelle "Kreissparkasse" (links: regulärer Bus; rechts: Bürgerbus)



Abbildung 5-17: Ruftaxi und Bürgerbus: Unzureichende Haltestellenausstattung, aber wichtige Ergänzung zu den Busverbindungen

5.3 Radverkehr

Das Radwegekonzept der Gemeinde beschreibt die überörtlichen Radverkehrsverbindungen, sowie die touristischen Radrouten, die durch das Gemeindegebiet führen. Dies sind der Salier-Radweg (Rundkurs Speyer - Bad Dürkheim – Frankenthal - Worms, 120 km) und der Kaiser-Konrad-Weg (Teilstrecke des Salier-Radwegs, Bad Dürkheim – Speyer, 33 km). Die wichtigsten überörtlichen Radverkehrsverbindungen führen auf asphaltierten Radwegen Richtung Haßloch (an der L 532), Schifferstadt (parallel zur L 532 und K 30), Meckenheim (an der L 528) und nach Speyer (an der L 528). Weitere Radverbindungen bestehen auf befestigten Wirtschaftswegen nach Hochdorf und Dannstadt, die wegen Verschmutzung teilweise schlecht befahrbar sind. Auch der Radweg vom Ortsteil Böhl nach Haßloch ist ein Wirtschaftsweg und durch Traktoren häufig verschmutzt. Die überörtlichen Radverbindungen sind beschildert und auf der Strecke der touristischen Radrouten zusätzlich mit Piktogrammen versehen.

Innerorts besteht ein kombinierter Rad-Fußweg vom Bahnhof zur Einmündung "Am Schwarzweiher", der gleichzeitig eine wichtige Fußwegverbindung von der S-Bahn u.a. zur Realschule darstellt und zu Schülerverkehrszeiten häufig überlastet ist. Der Radweg an der Hanhofer Straße verbindet das Wochenendhausgebiet mit dem Ortsteil Iggelheim. Abseits der Hauptverkehrsstraßen bestehen verschiedene innerörtliche Radverkehrsverbindungen, die jedoch nicht beschildert oder gekennzeichnet sind.

Barrieren für den Radverkehr finden sich in der Ortslage an verschiedenen Stellen. So wird die Durchgängigkeit der innerörtlichen Radverbindungen im Ortsteil Iggelheim an mehreren Stellen durch Umlaufsperren⁵ behindert, insbesondere Radfahrenden mit Kinder- oder Lastenanhänger können diese nicht durchfahren. Hiervon betroffen sind die Verbindungswege Buschgasse - Kornblumenstraße, Langgasse - Kurt-Schumacher-Straße sowie Oberkreuzstraße – Fichtenstraße. Auch die "Absteige-Regel" für Radfahrende an der Bahnunterführung stellt eine zusätzliche Barriere für den Radverkehr zwischen den Ortsteilen dar.

Fahrradabstellanlagen sind ein wesentliches Infrastrukturangebot. Am Bahnhof stehen moderne überdachte Fahrradabstellanlagen und verschließbare Fahrradboxen zur Verfügung. Vor Geschäften und Banken sind jedoch häufig nur unzureichende Abstellanlagen installiert (z.B. kein Sichern gegen Umfallen, kein sicheres Abschließen des Rahmens möglich, Beschädigungen der Vorderrads durch Felgenklemmer,...). Auch die Abstellanlage an der Peter-Gärtner Realschule entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen bezüglich Diebstahlsicherheit, Ebenerdigkeit und Überdachung, wird jedoch mangels praktikabler Alternativen von vielen Schülern genutzt.

Nicht nur die Infrastruktur, auch Service- und Informationsangebote für Radverkehr spielen eine Rolle in der Akzeptanz des Fahrrads als gleichberechtigtes Verkehrsmittel. Diese sind in Böhl-Iggelheim jedoch kaum vorhanden. Auf der Homepage der Gemeinde fehlen Verlinkungen für die Planung von Alltags- oder Radwanderrouten mit Hilfe interaktiver Karten z.B. über

⁵ Als Umlaufsperren oder "Drängelgitter" werden Absperrungen bezeichnet, die an Kreuzungsstellen von Fuß- und Fahrradwegen eine bremsende Funktion haben und zudem verhindern sollen, dass unberechtigte Fahrzeuge einen Weg benutzen.

den Radroutenplaner Rheinland Pfalz "Radwanderland"6. Aktionen und Kampagnen zur Radverkehrsförderung fanden in den letzten Jahren nicht statt. Über den örtlicher Radfahrer-Club "Vorwärts" (RCV Böhl-Iggelheim), der im sportlichen Kunstradfahren für Kinder und Jugendliche aktiv und erfolgreich ist, werden regelmäßig Radtouren für verschiedene Zielgruppen angeboten. In Böhl-Iggelheim gibt es einen privaten Anbieter für Fahrradservice, die nächsten Standorte für Fahrradeinzelhandel sind ca. 6 km (Haßloch) bzw. 11 km (Neustadt) entfernt.

Impressionen



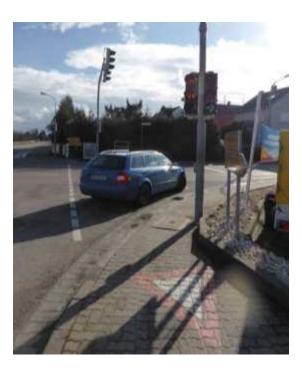


Abbildung 5-18: Am Radweg entlang der Iggelheimer Straße (L 528) ist die Vorrang-Regel außer Kraft gesetzt: an zwei Einmündungen muss der Radfahrer auf dem Radweg den abbiegenden Pkw abwarten.





Abbildung 5-19: Umlaufsperren ("Drängelgitter") sind auf Radverbindungen ein Hindernis, insbesondere für Fahrräder mit Anhänger und Kinderwägen.

6 im Internet unter http://www.radwanderland.de



Abbildung 5-20: Gut ausgelastete Fahrradabstellanlagen zeigen, dass in Böhl-Iggelheim das Fahrrad häufig genutzt wird (Aufnahme entstand Anfang Februar am Ortsmittelpunkt in Iggelheim)



Abbildung 5-21: Unterführung am Bahnhof: Radfahrende müssen an der wichtigen Radverkehrsverbindung zwischen den Ortsteilen absteigen und schieben.

5.4 Fußverkehr

Das Fußwegenetz in Böhl-Iggelheim ist überwiegend in einem guten Zustand. Die Gehwege in den seit den 80er Jahren entstandenen Siedlungsgebieten sind meist hinreichend dimensioniert. In den älteren Siedlungsbereichen stehen durch die Bebauungsstruktur meist nur sehr enge Gehwege zur Verfügung. Die Aufenthaltsqualität ist zusätzlich durch am Straßenrand parkende Kfz stark eingeschränkt.

Durch Umbaumaßnahmen, die im Rahmen der Kanalsanierung in den letzten Jahren durchgeführt wurden, konnte die Aufenthaltsqualität und damit die Attraktivität des Straßenraums für den Fußverkehr deutlich verbessert werden (siehe Abschnitt 5.1). Die neugestalteten Bereiche sind durch die Niveauangleichung der Bürgerersteige barrierefrei gestaltet und teilweise durch den Einbau eines Blindenleitsystems an Kreuzungspunkten gekennzeichnet. Um die Gehwege für den Fußverkehr ausreichen zu dimensionieren und freizuhalten, wurde auch der Parkraum optimiert gestaltet. Trotzdem sind -auch in den umgestalteten Straßenzügen - häufig parkende Pkw ein Hindernis. Die Verkehrssicherheit der Fußgänger und Fußgängerinnen ist insbesondere dann gefährdet, wenn Pkw an Engstellen (verursacht durch parkende Fahrzeuge) bei Gegenverkehr auf den niveaugleichen Bürgersteig ausweichen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen mussten an gefährdeten Bereichen nachträglich Poller installiert werden. Die Begrünung des Straßenraums durch Baumpflanzungen war im Rahmen aller Umgestaltungsmaßnahmen

eingeplant, konnte wegen Einwendungen der Anwohner und Anwohnerinnen jedoch nur bedingt umgesetzt werden.

Die Kreuzung am Alten Rathaus (Langgasse, Eisenbahnstraße, Lützelstraße, Buschgasse) ist ein besonders sensibler Knotenpunkt für den Fußverkehr. Hier bilden enge Gehwegbereiche, ein relativ hohes Verkehrsaufkommen auf der Landesstraße und insbesondere der Schülerverkehr durch die anliegende Grundschule ein Problemfeld, dem die Gemeinde nur sehr eingeschränkt entgegenwirken kann. In Abstimmung mit dem LBM als Baulastträger wurden zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eine Ampelanlage mit Anforderungstaster und verschiedene Sicherungsmaßnahmen für Schulkinder (Hinweisschilder, Poller mit Kette) installiert.

Impressionen



Abbildung 5-22: Blindenleitsystem, eingerichtet im Rahmen der Straßenumgestaltung



Abbildung 5-23: "Rotes Band" in der Kirchenstraße in Böhl als gelungenes Beispiel einer fußgängerfreundlichen Gestaltung des Straßenraums mit Symbolcharakter: es verbindet beide Kirchen



Abbildung 5-24: Neugestalteter Straßenzug (Luitpoldstraße)

5.5 Inter- und multimodale Angebote

Inter- und multimodale Angebote nehmen bei der Gestaltung der Mobilität der Zukunft einen hohen Stellenwert ein. Multimodalität meint die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel im Laufe eines überschaubaren Zeitraums, z.B. einer Woche. Angebote wie Fahrradverleihsysteme und Car-Sharing können zur Förderung multimodalen Verhaltens beitragen. Unter Intermodalität bzw. intermodalem Verkehrsverhalten ist zu verstehen, dass eine Person auf einem Weg unterschiedliche Verkehrsmittel nutzt. Bekannte Beispiele sind Park-and-Ride oder Bikeand-Ride, bei denen die erste Etappe eines Weges mit dem Auto oder Fahrrad zurückgelegt wird und die anschließende Etappe zum Ziel mit dem ÖPNV.

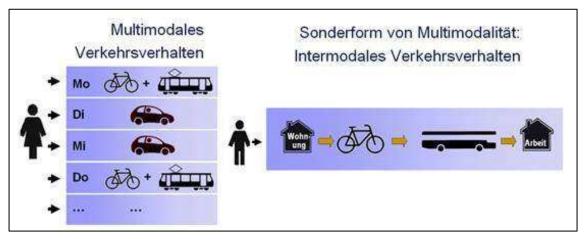


Abbildung 5-25: Multimodalität und Intermodalität (TU Dresden 2010)

Unterstützende Verkehrsangebote finden sich in Böhl-Iggelheim am Bahnhof, der mit Parkand-Ride (P+R) sowie Bike-and-Ride (B+R) als Verknüpfungspunkt (Mobilitätsstation) ausgebaut ist. Moderne und komfortable B+R-Anlagen befinden sich an beiden Bahnsteigausgängen: Fahrräder können mit dem Rahmen an die Fahrradbügel angeschlossen werden und stehen somit umfall- und diebstahlsicher, ein Dach bietet Schutz vor Witterungseinflüssen. Zusätzlich stehen abschließbare Fahrradboxen zur Verfügung, die erhöhte Sicherheit und Komfort bieten. Kostenlose P+R-Anlagen sind ebenfalls beidseitig der Haltestelle eingerichtet und bieten Abstellmöglichkeit für ca. 200 Fahrzeuge.

Die P+R-Anlage ist auf der Bahnhofsüdseite (Ausrichtung zum Ortsteil Iggelheim) – obwohl dort bereits größer dimensioniert als auf der Nordseite - meist überlastet. Pkw parken im angrenzenden Straßenraum.



Abbildung 5-26: Großflächige und gut genutzte Park+Ride-Anlage am Bahnhof

Auch die Nachfrage für die Anmietung von Fahrradboxen ist größer als das verfügbare Angebot.



Abbildung 5-27: Moderne Bike+Ride-Anlage am Bahnhof

5.6 Zusammenfassende Beurteilung

Die Gemeinde verfügt über ein für den Kfz-Verkehr gut ausgebautes inner- und überörtliches Straßennetz. Für den Ortsteil Böhl gibt es eine Umgehungstraße, während durch den Ortsteil Iggelheim die Landesstraße L 532 führt. Zur Entlastung der Ortsdurchfahrt ist eine Umgehungsstraße geplant.

In der vergangenen Dekade sind die Verkehrsmengen im Personenverkehrssektor stagnierend bzw. leicht rückläufig, im Güterverkehrssektor jedoch steigend. Die Verkehrsuntersuchung 2007 ergab, dass 37 % des Personenverkehrsaufkommens im Ortsteil Iggelheim durch Durchgangsverkehr verursacht und fast zwei Drittel Fahrten mit Start bzw. Ziel im Ort (Ziel-, Quell-und Binnenverkehr) ist.

Belange der Nahmobilität (Zu Fuß gehen und Radfahren) wurden in der städtebaulichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte häufig nachrangig behandelt. Diesem Umstand begegnet die Gemeinde in jüngerer Zeit und auch zukünftig durch Straßenumbaumaßnahmen, die die Aufenthaltsqualität deutlich erhöhen. Im Rahmen der Neugestaltung wurden bereits in der Hauptund Hochdorfer Straße, Bahnhofstraße, Buschgasse, Luitpoldstraße, Friedrich-Ebert-Straße und Speyerer Straße durch Pflasterung und den Neu- und Umbau von Gehwegen incl. Bushaltestellen Barrierefreiheit erreicht und die Attraktivität für den Fußverkehr erhöht. Positiv zu bewerten ist auch, dass im Gemeindegebiet nahezu flächendeckend Tempo 30 (Zone und Strecke) gilt.

Konflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmenden bestehen in Langgasse (L532) des Ortsteil Iggelheim dar: hier beeinträchtigt das relativ hohe Kfz-Verkehrsaufkommen bei gleichzeitig schmalen Gehwegen die Verkehrssicherheit des Fußverkehrs. Auf Fußwegen parkende Fahrzeuge nehmen Fußgängerinnen und Fußgängern den Platz und machen das Zu-Fuß-Gehen unattraktiver.

Mit dem Anschluss an die S-Bahn Rhein-Neckar besteht ein sehr gutes ÖPNV-Angebot in Richtung Ludwigshafen/Mannheim sowie Neustadt/Kaiserslautern. Einschränkend auf die Attraktivität von S-Bahn-Nutzung wirken die hohe Auslastung der Züge zu Stoßzeiten und die schlechte fußläufige Erreichbarkeit des Bahnhofs.

Im straßengebundenen ÖPNV wurden bereits viele Bushaltestellen erneuert und barrierefrei ausgebaut. Die bestehenden Buslinien sind dabei überwiegend auf den Schülerverkehr und den Berufsverkehr zur BASF ausgerichtet. Die überwiegend als Dauerwohngebiet genutzte Wochenendhaussiedlung ist dagegen nicht an das Busnetz angebunden. Das örtliche Ruftaxi übernimmt für unzureichend erschlossene Gebiete eine Zubringerfunktion zur S-Bahn.

Der kommunale Bürgerbus schließt an zwei Tagen pro Woche die Versorgungslücken des straßengebundenen ÖPNV und ermöglicht insbesondere der älteren mobilitätseingeschränkten Bevölkerung den Erhalt von Mobilität zur sozialen Teilhabe.

Informationen zum ÖPNV an den Haltestellen sind meist unzureichend, wodurch insbesondere für Seltennutzer des ÖPNV Fahrtrouten, Fahrtzeiten und Tarife nicht sofort zu erkennen sind.

Die Verknüpfung von Verkehrsmitteln ist am Bahnhof durch qualitativ gute Bike-and-Ride- und Park-and-Ride-Plätze möglich und wird auch praktiziert. Ein Fahrradverleihsystem oder Car-Sharing existieren nicht. Die Fahrradmitnahme ist in der S-Bahn erlaubt.

Eine wichtige Voraussetzung für die Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs sind direkte und durchgängige Wege. Das überörtliche Radverkehrsnetz verfügt überwiegend über eine gute Infrastruktur. In Böhl-Iggelheim besteht auf Grund guter topographischer Verhältnisse und relativ geringer Entfernungen ein hohes Nutzungspotential für Radverkehr. Eingeschränkt wird dies innerörtlich durch Barrieren (Drängelgitter, Bahnhofsunterführung) und unzureichende Abstellanlagen und fehlende Beschilderung. Fahrradabstellanlagen sind ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Radverkehrs und werden in ihrer Bedeutung häufig verkannt. Insbesondere bei bestehenden und geplanten Einrichtungen der Nahversorgung ist die Anbindung für den Fuß- und Radverkehr wie auch ausreichende und attraktive Abstellanlagen von Anfang an mitzudenken.

6 Minderungsziel und Potentialanalyse

Mit dem Beitritt zum "Konvent der Bürgermeister" hat sich die Gemeinde verpflichtet, die CO₂-Emissionen um mindestens 20 % bis zum Jahr 2020 (im Vergleich zu 1990) zu reduzieren. Die im Rahmen des Klimaschutzkonzepts durchgeführte CO₂-Bilanzierung ergab für den Verkehrssektor einen durchschnittlichen Emissionswert von 17.400 t CO₂ pro Jahr in Böhl-Iggelheim (1,52 t CO₂ pro Einwohner allein durch Verkehr). Aufgabe des Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde Böhl-Iggelheim ist es, Maßnahmen zu identifizieren und zu definieren, die eine deutliche Senkung dieser Treibhausgasemissionen und der Energieverbräuche im Verkehrssektor ermöglichen.

Nachfolgend wird zunächst ein Überblick über die grundlegenden Handlungsansätze zur Verringerung der verkehrlichen Treibhausgasemissionen gegeben und es wird beleuchtet, welche dieser Handlungsansätze auf der Ebene von Kommunen überhaupt Anwendung finden können (Abschnitt 6.1). Anschließend wird in zwei Szenarien betrachtet, ob das Minderungsziel der Reduktion um mehr als 20% überhaupt erreichbar ist und realistisch erscheint (Abschnitt 6.2).

6.1 Überblick Handlungsansätze

Wie in der vorangegangenen Analyse – und hier insbesondere in der CO₂-Bilanzierung in Kapitel 3 – deutlich geworden ist, sind wirksame Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen im Verkehr unerlässlich. Es stellt sich daher zunächst die Frage, welche generellen Handlungsansätze zur Emissionsminderung bestehen. Weiter ist die Frage zu beleuchten, welche potenziellen Handlungsansätze tatsächlich in der Handlungskompetenz der Gemeinde liegen.

Die grundlegenden Strategien zur Verringerung des Energieeinsatzes und des CO_2 -Ausstoßes im Verkehr lassen sich aus den Einflussgrößen auf die CO_2 -Emissionen ableiten.

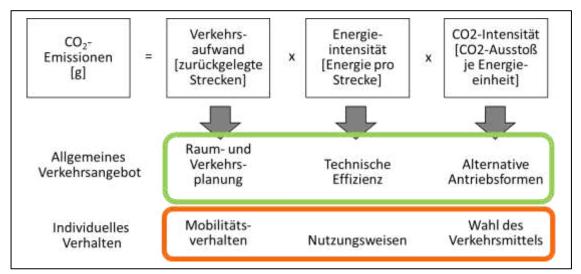


Abbildung 6-1: CO₂-Emissionen im Verkehr und ihre Einflussgrößen

Die CO₂-Emissionen ergeben sich demzufolge als Produkt aus Verkehrsaufwand, Energieintensität des Verkehrs und CO₂-Intensität des Energieeinsatzes. Daraus resultieren drei grundlegende Strategien zur Verringerung der CO₂-Emissionen, die jeweils auf der Ebene des allgemeinen Verkehrsangebotes und des individuellen Verhaltens verfolgt werden können:

Verringerung des Verkehrsaufwands für die Teilhabe am Gesellschafts- und Wirtschaftslehen

Dabei geht es nicht (allein) darum, Wege zu verkürzen oder gar ganz zu vermeiden, sondern durch entsprechende Raum-, Nutzungs- und Verkehrsinfrastrukturen auch die Voraussetzungen zur Nutzung energieeffizienter Verkehrsmittel (Fuß, Fahrrad) zu schaffen und deren Nutzung im Alltag zu fördern. Beispiele sind die Förderung des Einzelhandels in integrierten Lagen und die Bereitstellung attraktiver und sicherer Radverkehrsinfrastrukturen.

• Verringerung der Energieintensität des Verkehrs

Dabei ist sowohl die technische Effizienz der Verkehrsmittel als auch deren Nutzungseffizienz angesprochen; der Aspekt der Nutzungseffizienz erstreckt sich von der Verkehrsmittelwahl (Priorität für Umweltverbund aus Fuß, Fahrrad und ÖPNV) über die Auslastung von Fahrzeugen (z.B. Bildung von Fahrgemeinschaften) bis hin zu energiesparsamem Fahrverhalten (z.B. als Lernerfolg bei Spritspartrainings).

• Verringerung der CO₂-Intensität des Energieeinsatzes

Hier spielt in erster Linie der genutzte Energieträger eine Rolle. In diese Kategorie fällt insbesondere der Ersatz von Kfz mit konventionellem Antrieb durch alternative Antriebsformen wie z.B. elektrisch angetriebene Fahrzeuge.

Zur Umsetzung der vorgenannten Strategien und damit zur Minderung des CO₂-Ausstoßes im Verkehr stehen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Diese lassen sich nach den jeweils gefragten Handlungs- und Politikfeldern bzw. Wirkungsweisen in monetäre, technologische, planerische und ordnungsrechtliche Instrumente einteilen:

Monetäre Instrumente

- ... bieten ökonomische Anreize zu emissionsärmeren Angeboten und Verhaltensweisen. Beispiele sind
- Emissionshandel im Verkehr,
- Emissionsorientierte Kfz-Besteuerung,
- Kraftstoffbesteuerung,
- Straßenbenutzungsgebühren/Parkraumbewirtschaftung,
- Tarifgestaltung im ÖPNV (z.B. JobTicket) sowie für Mobilitätsdienstleistungen,
- Entfall von Wegevergünstigungen (z.B. Pendlerpauschale).

Technologische Instrumente

... zielen auf die Emissionsminderung an der Quelle der Emissionen ab. Beispiele sind

- Emissionsmindernde Fahrzeugausstattung (z.B. Start-Stopp-Automatik),
- Optimierung konventioneller Fahrzeugtechnik,
- Einsatz regenerativer Energien und alternativer Antriebe.

Planerische Instrumente

- ... gestalten das Verkehrssystem insgesamt so, dass emissionsärmerer Verkehr attraktiver wird. Beispiele sind
- Räumlich-städtebauliche Rahmenbedingungen von Mobilität,
- Nutzungsstrukturelle Rahmenbedingungen,
- Beeinflussung von Mobilitätsverhalten und 'Mobilitätskultur',
- Gestaltung der Verkehrsangebote des MIV,
- Gestaltung der Verkehrsangebote des "Umweltverbunds".

Ordnungsrechtliche Instrumente

- ... begrenzen normativ Emissionen bzw. emissionsintensives Verhalten. Beispiele sind
- Fahrzeugtechnische Reglementierungen,
- Maßnahmen im Beschaffungswesen,
- Verkehrsrechtliche Regelungen,
- Bauordnungsrechtliche Regelungen.

Alle Instrumentenbereiche können zur Umsetzung der drei oben genannten Strategien genutzt werden. Die potenziellen Beiträge der Instrumente zu den einzelnen Strategien fallen dabei unterschiedlich aus; so tragen etwa technologische Entwicklungen vorrangig zur Verringerung von Energie- und CO₂-Intensität bei, aber nur wenig zur Verringerung des Verkehrsaufwandes. Es liegt auf der Hand, dass nicht alle diese Instrumente und die dazugehörigen Maßnahmen auf kommunaler Ebene angewendet werden können. Die Eignung der einzelnen Instrumentenbereiche lässt sich wie folgt beurteilen:

Monetäre Instrumente sind ein klassisches Aufgabenfeld des Bundesgesetzgebers; der Einsatz ökonomischer Maßnahmen durch Kommunen ist in der Praxis in der Regel sehr eng auf die Erhebung von Parkgebühren begrenzt; der Kreis kann zusätzlich auf die Tarife des ÖPNV Einfluss nehmen.

Technologische Instrumente werden vorrangig von der Fahrzeugindustrie (z.B. Forschung, Entwicklung und Vermarktung neuer Antriebe) sowie von den Fahrzeugbetreibern (Kauf und Nutzung von effizienten Fahrzeugen) angewendet. Das Handlungsfeld von Kommunen wird hier allenfalls in ihrer Rolle als Betreiber eigener Flotten berührt, im Einzelfall auch bei der Bereitstellung von Infrastrukturen (z.B. Strom-Ladesäulen für Pedelecs und E-Fahrzeuge). Planerische Instrumente wie die Siedlungs- und Verkehrsplanung oder die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger sind das Handlungsfeld, in dem Kommunen üblicherweise die meisten eigenen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten haben. Sie teilen sich hier die Gestaltungshoheit mit Bund, Ländern und Kreisen und deren Fachinstitutionen (z.B. Landesbetrieb Mobilität, VRN) sowie mit Verkehrsdienstleistern.

Ordnungsrechtliche Instrumente finden sowohl auf kommunaler Ebene (Geschwindigkeitsbeschränkungen, Parkraumbewirtschaftung, verkehrsrelevante Regelungen des Bauordnungsrechts) als auch auf übergeordneten gesetzgeberischen Ebenen (z.B. Verbrauchs- und Emissionsnormen) Anwendung.

6.2 Abschätzung theoretischer Minderungspotenziale

Die theoretische Betrachtung vermittelt einen Eindruck von der Größenordnung der Minderungspotenziale. Sie stützt sich auf verschiedene Untersuchungen aktuellen Stands zur CO₂-Reduzierung und unterliegt naturgemäß erheblichen Unsicherheiten (UBA 2010 und 2013). Die für Gesamtdeutschland vorliegenden Szenarien wurden daher auf die Gemeinde Böhllggelheim herunter gebrochen.

Zur Abschätzung der Minderungspotenziale werden zwei Szenarien entwickelt und miteinander verglichen:

ein "Trend-Szenario", in dem unterstellt wird, dass sich ohne besondere Klimaschutzbemühungen die Emissionsentwicklungen der jüngeren Vergangenheit im Verkehr fortsetzen. ein "Aktiv-Szenario", in dem von allen Akteuren in sehr weitgehendem Umfang Maßnahmen zur Verringerung der verkehrlichen CO₂-Emissionen unternommen werden. In diesem Szenario wird ferner versucht zu differenzieren zwischen den Minderungspotenzialen der kommunalen Maßnahmen und jenen Potenzialen, die durch Maßnahmen anderer Akteure generiert werden.

Der Referenzzeitraum erstreckt sich in beiden Szenarien von 2013 (Status quo) bis 2025. Beide Szenarien beschränken sich auf den Landverkehr auf Schiene und Straße. Die Szenarien und die Berechnungen sind angelehnt an Studien des Öko-Instituts und des Umweltbundesamts (UBA 2010, UBA 2013 und Öko-Institut 2012).

"Trend-Szenario"

Das "Trend-Szenario" gibt als Referenzszenario die Entwicklung des Verkehrs und der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen wieder, wenn gegenüber der Praxis der zurückliegenden Dekade keine verstärkten Klimaschutzanstrengungen erfolgen. Dabei wird eine Reihe von Entwicklungen der sozio-ökonomischen Strukturdaten, des Verkehrsangebots, der Verkehrsmittelnutzerkosten und der Pkw-Bestände unterstellt, nicht aber eine spezifisch auf Klimaschutz abgestellte Verkehrspolitik.

"Aktiv-Szenario"

Im "Aktiv-Szenario" wird angenommen, dass sehr weitgehende Maßnahmen im Klimaschutz getroffen würden und der Kern der Verkehrspolitik auf nachhaltigere Mobilität ausgerichtet würde. Dieses Szenario zeigt auf, welche CO₂-Einsparungen mit umfassenden Klimaschutzanstrengungen theoretisch möglich wären (UBA 2010), dazu zählen:

- Verkehrsvermeidende Siedlungs- und Verkehrsplanung,
 z.B. "Stadt der kurzen Wege", die Integration von Siedlungs- und Verkehrsplanung oder eine auf den Umweltverbund orientierte Entwicklung des Verkehrsnetzes.
 Dieser Potenzialbereich zählt zu den klassischen Handlungsfeldern von Kommunen.
- Förderung umweltgerechter Verkehrsträger z.B. Schienengüterverkehr, Attraktiveren und Angebotsausweitung des ÖPNV, Förderung des Fuß- und Radverkehrs, Car-Sharing und andere neuere Mobilitätsformen.

 Auch hier können Kommunen gemeinsam mit übergeordneten Ebenen aktiv werden.
- Ökonomische Maßnahmen
 z.B. Marktorientierte Instrumente im Luftverkehr, Weiterentwicklung der Lkw-Maut oder

die Erhöhung der Energiesteuer auf Kraftstoffe.

Der Einfluss von Kommunen auf ökonomische Maßnahmen ist sehr eng begrenzt; dies ist ein klassisches Aufgabenfeld des Bundesgesetzgebers.

- Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrzeug- und Flotteneffizienz
 z.B. Verschärfung der CO₂-Grenzwerte, Verwendung von Leichtlaufölen und –reifen oder der Einsatz "besserer" Biokraftstoffe.
 - Dieser Maßnahmenbereich wird vorrangig vom Gesetzgeber, von der Fahrzeugindustrie sowie von den Fahrzeugbetreibern umgesetzt.
- Verbraucherinformation und Fahrverhalten im Straßenverkehr
 z.B. Schulung zum kraftstoffsparendes Fahren, Tempolimits auf Autobahnen oder Fahrgemeinschaften-Förderung.

In diesem Bereich können Kommunen – gemeinsam mit anderen Akteuren – aktiv werden

Die einzelnen Potenzialbereiche leisten dabei unterschiedliche Beiträge zur Gesamtminderung (vgl. Abbildung 6-2): als besonders wirksam erweisen sich Abgaben und ökonomische Maßnahmen, gefolgt von Gesetzgebung zur Verbesserung der Fahrzeugeffizienz.

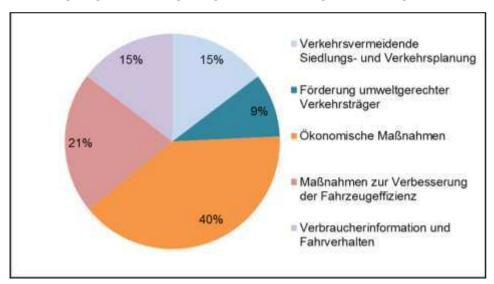


Abbildung 6-2: Verteilung der CO₂-Einsparungen auf die verschiedenen Instrumente bezogen auf das Jahr 2025

Szenarienvergleich

Das Minderungsziel von 20% weniger CO_2 -Emissionen im Vergleich zu 1990 bedeutet für Böhllggelheim einen angestrebten Ausstoß von 10.000 Tonnen CO_2 für das Jahr 2020, das entspricht 0,87 t CO_2 pro Einwohner.

Die Berechnungen ergeben für das "Trend-Szenario" nur eine geringe Emissionsreduktion um $1.000\,t\,CO_2$ bis zum Jahr 2025.

Auch bei Umsetzung der Maßnahmen des "Aktiv-Szenario" ist eine Reduktion der Emissionen nur auf den Stand von 1990 möglich, das angestrebte Ziel für 2020 bleibt jedoch ebenfalls unerreichbar.

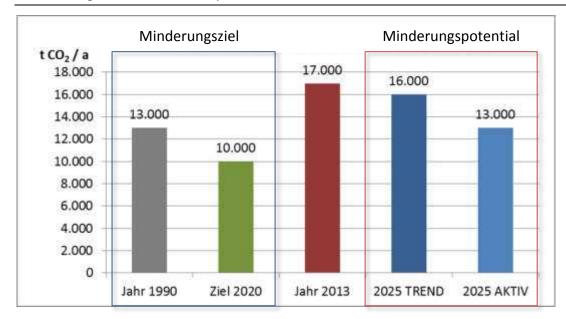


Abbildung 6-3: Vergleich der angestrebten und potential möglichen CO2-Emissionen im Verkehr

Festzustellen ist, dass auch bei intensiven Klimaschutzanstrengungen es derzeit nicht realistisch scheint, die Ziele des Konvent der Bürgermeister bis 2020 zu erreichen. Dies ist der allgemeinen Entwicklung im Verkehrssektor geschuldet: Im Vergleich zu anderen Sektoren wie Haushalte oder Gewerbe wurden hier die geringsten Einsparungen erzielt. In diesem Sektor ist stattdessen der CO₂-Ausstoß seit 1990 deutschlandweit sogar gestiegen.

Von den möglichen Instrumenten im Verkehrssektor liegen allerdings die ökonomischen Maßnahmen sowie die Maßnahmen zur Steigerung der Fahrzeugeffizienz nur zu einem Teil in der Hand von Kommunen: Hier sind gesetzgeberische Initiativen von Bund und EU notwendig. Diese Maßnahmen könnten zu rund 60% zu den Emissionsreduktionen beitragen.

Trotzdem haben Kommunen eine wichtige Rolle bei der Förderung von nachhaltigem Verkehr: Denn Maßnahmen, die in der Hand der Kommunen liegen, tragen insbesondere zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität und der Mobilitätschancen der Menschen vor Ort bei (siehe Abbildung 6-4).



Abbildung 6-4: Umweltwirkungen des Verkehrs im Drei Säulen Modell der Nachhaltigkeit

6.3 Zusammenfassende Beurteilung

Grundlegende Handlungsansätze zur Minderung des Ausstoßes an Treibhausgasen im Verkehr sind

- Verringerung des Verkehrsaufwands für die Teilhabe am Gesellschafts- und Wirtschaftsleben, .
- die Verringerung der Energieintensität des Verkehrs und
- die Verringerung der CO2-Intensität des Energieeinsatzes.

Zur Umsetzung dieser Handlungsansätze stehen in erster Linie monetäre, technologische, planerische und ordnungsrechtliche Instrumente und Maßnahmen zur Verfügung. Die Handlungsoptionen der kommunalen Ebene konzentrieren sich dabei weitgehend auf die planerischen sowie eingeschränkt auch auf die monetären und ordnungsrechtlichen Instrumente.

Für eine Abschätzung der Potenziale von Maßnahmen werden zwei Szenarien betrachtet und miteinander verglichen. Das "Trend-Szenario" gibt als Referenzszenario die Entwicklung des Verkehrs und der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen wieder, wenn gegenüber der Praxis der zurückliegenden Dekade keine verstärkten Klimaschutzanstrengungen erfolgen. Im "Aktiv-Szenario" wird angenommen, dass sehr weitgehende Maßnahmen im Klimaschutz getroffen würden und der Kern der Verkehrspolitik auf nachhaltigere Mobilität ausgerichtet würde. Dieses Szenario zeigt auf, welche CO₂-Einsparungen mit umfassenden Klimaschutzanstrengungen theoretisch möglich wären.

Im "Trend-Szenario" gehen die CO_2 -Emissionen des Verkehrs in Böhl-Iggelheim von 17.000 t/a im Jahr 2013 um knapp 6,0% auf 16.000 t/a im Jahr 2025 zurück. Im ambitionierten, aber durchaus realistischen "Aktiv-Szenario" können die Emissionen demgegenüber um 23,5% auf 13.000 t/a im Jahr 2025 reduziert werden. Eine Reduktion der Emissionen auf 10.000 t CO_2/a – wie es von der Gemeinde mit dem Beitritt zum Konvent der Bürgermeister als Ziel formuliert wurde – ist für den Verkehrsbereich unwahrscheinlich.

Zum Erreichen einer Minderung der CO₂-Emissionen des Verkehrs sind Maßnahmen sowohl auf internationaler und nationaler als auch auf regionaler bzw. lokaler Ebene zu ergreifen. Der kommunale Anteil kann planerisch auf etwa ein Drittel der Gesamtminderung, also rund 7% im Vergleich zum "Trend-Szenario" abgeschätzt werden. Auch wenn dieser kommunale Anteil gering erscheint, ist er doch unverzichtbar, da die kommunalen Maßnahmen

- die Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene flankieren und in ihrer Wirkung verstärken,
- positive Effekte auch in Wirkungsfeldern jenseits des Klimaschutzes haben (Senkung der Unfallzahlen, des Lärms und der Luftschadstoffemissionen) und
- ein Erreichen der Klimaschutzziele nur dann denkbar ist, wenn auch kleine, für sich genommen gering erscheinende Beiträge geleistet werden.

7 Leitlinien der Verkehrsentwicklung

Mobilität ist unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft sowie für deren Entwicklung. Zugleich hat der mit der Mobilität einhergehende Verkehr negative Folgen für die natürliche Umwelt und für die Lebensqualität, und er erzeugt hohe Kosten.

Die Gestaltung und die künftige Weiterentwicklung des Mobilitätssystems in der Gemeinde Böhl-Iggelheim richten sich daher nach dem übergeordneten Leitbild der Nachhaltigkeit: Böhl-Iggelheim soll eine attraktive, klimafreundliche und gesunde Gemeinde zum Wohnen und Arbeiten, für Ausbildung, Versorgung und Freizeit sein.

Als Mobilitätssystem werden dabei integriert und zuständigkeitsübergreifend alle Infrastrukturen, Dienste und Angebote für die Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bussen und Bahnen sowie mit Kraftfahrzeugen einschließlich ihrer Verknüpfungen untereinander verstanden, die die einfache Nutzung des jeweils geeignetsten Verkehrsmittels bzw. von Kombinationen verschiedener Verkehrsmittel erleichtern und unterstützen.

Angesprochen werden so alle Nachhaltigkeitsdimensionen – soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit – angesprochen:

Das Ziel der **sozialen Nachhaltigkeit** soll bei der Weiterentwicklung des Mobilitätssystems durch die Orientierung an den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen der Bewohner und Besucher der Gemeinde verfolgt werden. Das Mobilitätssystem soll es Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen ermöglichen, am sozialen und wirtschaftlichen Leben in der Gemeinde und in den angrenzenden Regionen teilzuhaben. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Aspekte der Verkehrssicherheit, der Barrierefreiheit und des Gender Mainstreaming.

Das Ziel der **ökologischen Nachhaltigkeit** soll mittels Verringerung der Umweltbelastungen des Verkehrs auf zwei Ebenen verfolgt werden: durch Verlagerung möglichst großer Anteile des Kfz-Verkehrsaufkommens auf Fuß, Fahrrad, Busse und Bahnen sowie durch die Reduzierung der negativen Umweltwirkungen des motorisierten Verkehrs, also beispielsweise seiner Lärmund Abgasemissionen.

Das Ziel der **ökonomischen Nachhaltigkeit** beinhaltet eine wirtschaftliche Ausgestaltung des Mobilitätssystems, die Orientierung des Ressourceneinsatzes an der Mobilitätsnachfrage und eine dauerhafte Sicherung der Finanzierung des Mobilitätssystems, insbesondere des Öffentlichen Verkehrs. Dabei sind auch neue Formen der Nutzer- bzw. der Nutznießerfinanzierung7 einzubeziehen.

Neben der Gestaltung und Weiterentwicklung des Mobilitätssystems ist es erforderlich, die Entwicklung einer nachhaltigeren **Mobilitätskultur** bei Einwohnerinnen und Einwohnern wie Besuchern zu unterstützen und hierfür die Instrumente des Marketings, des Mobilitätsmanagements sowie auch der Verkehrsüberwachung zu nutzen. Dabei ist eine kontinuierliche **Zu-**

Verkehrslösungen Seite 41

_

⁷ Unter Nutznießerfinanzierung versteht man die Einbindung von natürlichen oder juristischen Personen in die Finanzierung des ÖPNV, die indirekt durch eine ÖPNV -Erschließung profitieren. Solche Nutznießer sind beispielsweise Arbeitgeber, der Einzelhandel oder Immobilienbesitzer. Sie profitieren u.a. durch verbesserte Erreichbarkeit, eine verringerte Anzahl vorzuhaltender PKW Stellplätze oder steigende Mieten.

sammenarbeit der verschiedenen Akteure über räumliche und sachliche Zuständigkeitsgrenzen hinweg erforderlich.

Die Gemeindeverwaltung hat bereits in den letzten Jahren wichtige Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Mobilität angegangen und realisiert sowie aktuelle Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Anlass genommen, konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Hierzu zählen:

- Neu- und Umgestaltung des Straßenraums im Zuge der Kanalsanierung (Haupt- und Hochdorfer Straße, Bahnhofstraße, Kirchenstraße im Bereich der Schule, Speyerer Straße, Luitpoldstraße, Friedrich-Ebert-Straße und Buschgasse)
- Aufwertung der Fußgängerbereiche im Rahmen der Straßenumbaumaßnahmen (Niveauangleichung der Bürgersteige), Errichtung von Pollern, Buskaps, Blindenleitsystem
- Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 auf gemeindeeigenen Straßen
- Aufbau und Erweiterung moderner Bike-and-Ride-Anlagen sowie der Park-and-Ride-Anlagen am Bahnhof
- Einführung und Erhalt des Bürgerbusses
- Kostenloser Verleih von Pedelecs an interessierte Bürgerinnen und Bürger
- Bau eines Radwegs entlang der Hanhofer Straße
- Beschilderung der überörtlichen Radrouten
- Erstellung eines Schulwegeplans und Herausgabe eines Kinderstadtplans
- Beantragung von 30 km/h auf der Ortsdurchfahrt L 532 beim LBM
- Beantragung von LKW-Durchfahrtsverbot beim LBM
- Formulierung der Anregungen zum ÖPNV aus der Bürgerumfrage als Stellungnahmen zum Nahverkehrsplan
- Der Bau einer Westumgehung wurde beim Land im Jahr 2007 beantragt.

Auch der Rhein-Pfalz-Kreis ist aktiv geworden und hat im Juli 2015 ein Integriertes Klimaschutzkonzept verabschiedet. Auf entsprechende Maßnahmen aus diesem Konzept (Themenbereiche Verkehr und Öffentlichkeitsarbeit) wird in **Kapitel 9** in den Maßnahmenbeschreibungen verwiesen.

8 Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen sind Ergebnis der fachlichen Bestandsanalyse der Gemeinde Böhl-Iggelheim sowie der Anregungen der Bürgerbeteiligung (Interviews, Begehung und Workshops). Die Empfehlungen richten sich an die Gemeindeverwaltung mit ihren verschiedenen Fachbereichen, aber auch an weitere Akteure. Weitere Adressaten sind die Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises; der Landesbetrieb Mobilität und der Verkehrsverbund Rhein-Neckar, in diesem Fall sind sie als Leitlinien und Handlungsempfehlungen ohne bindende Wirkung zu verstehen.

Viele der aufgeführten Empfehlungen dienen dabei nicht allein der CO₂-Minderung und damit einer Verbesserung der Luftqualität. Die Stärkung des Umweltverbundes und eine effizientere motorisierte Mobilität tragen auch bei

- zur Verringerung des Verkehrslärms,
- zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit und
- zu einer Erhöhung der Chancen zur Teilhabe am öffentlichen Leben.

Diese Ziele gemeinsam liefern eine breite Argumentationsbasis für eine rasche und zielorientierte Umsetzung.

Bei den Handlungsempfehlungen für Kinder und Jugendliche bzw. an Schulen ist zudem hervorzuheben, dass kindliche Erfahrungen und Lernergebnisse oft bis in die Erwachsenenzeit anhalten – wer also bereits als Schülerin oder Schüler erfahren hat, dass Radfahren Spaß machen kann oder gelernt hat, wie Busfahren geht, der wird auch später eher diese Verkehrsmittel nutzen.

Die Empfehlungen und Maßnahmen können dabei drei ineinander greifenden Handlungsfeldern zugeordnet werden:

- A. Infrastruktur & Verkehrsangebot (21 Maßnahmen),
- B. Informieren & motivieren (13 Maßnahmen),
- C. Prozesse steuern (4 Maßnahmen).

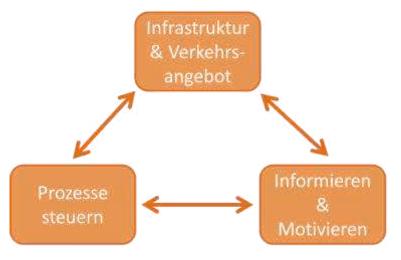


Abbildung 8-1: Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern

Die folgenden Tabellen geben eine Übersicht über alle Maßnahmen der Handlungsfelder. Nach der aktuellen Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums förderfähige Handlungsansätze sind **fett in blau** markiert. Die Kommunalrichtlinie für das Jahr 2016 wurde am 22.09.2015 veröffentlicht (www.klimaschutz.de/de/programm/kommunalrichtlinie). Daneben stehen für andere, insbesondere bauliche Maßnahmen die bekannten Fördermöglichkeiten des Landes zu Verfügung (z.B. GVFG-Mittel).

Maßnahmenvorschläge, die in der tabellarischen Übersicht <u>orange unterstrichen</u> sind, überschneiden sich mit entsprechenden Empfehlungen aus dem Maßnahmenkatalog des Integrierten Klimaschutzkonzepts des Rhein-Pfalz-Kreises. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen können Synergieeffekte im Zusammenhang mit Klimaschutzaktivitäten der Kreisverwaltung genutzt werden.

Die Maßnahmen A14 – A16 zu "Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten" nehmen dabei eine Sonderrolle ein: Voraussichtlich in 2016 wird der Nahverkehrsplan des Rhein-Pfalz-Kreises fortgeschrieben und dabei detaillierte Vorgaben zur Gestaltung des ÖPNV gemacht. Die formulierten Maßnahmen sind im Zuge der Fortschreibung nach Möglichkeit zu berücksichtigen und festzuschreiben, um so den ÖPNV für Böhl-Iggelheim zu attraktiveren.

In Kapitel 9 werden die einzelnen Maßnahmen in Form von Steckbriefen beschrieben.

A. Infrastruktur und Verkehrsangebot Kfz-Verkehr verstetigen, auf das notwendige Maß reduzieren und ggfs. verlangsamen Zulässige Höchstgeschwindigkeit auf den engen Abschnitten der Hauptverkehrsstraßen / Ortsdurchfahrten auf 30 km/h beschränken A 2 LKW-Durchfahrtsverbot und Routenkonzept prüfen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum erhöhen Einhaltung der Parkregelungen durch regelmäßige Kontrollen sichern 4 Hauptverkehrs- und Wohnstraßen und Knotenpunktbereiche umgestalten und Rückbauen A 5 Ortseingänge gestalten und betonen A 6 Straßenraum begrünen Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen Radverkehrsverbindungen herstellen und ertüchtigen, systematische Umsetzung sichern 7 Durch Beschilderung innerörtliche Radrouten sichtbar machen A 8 9 Barrieren für den Radverkehr beseitigen und geeignete Querungshilfen herstellen Α 10 Witterungsgeschützte, sichere und komfortable Radabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen und wichtigen Zielen herstellen A 11 Elektroladestationen für Pedelecs einrichten A 12 Serviceangebote für den Radverkehr ausbauen A 13 Einrichtung einer Radstation am Bahnhof fördern Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten A 14 Verbesserung des bestehenden ÖPNV-Angebots prüfen A 15 Fahrtenangebot der Busse prüfen und ggf. verdichten A 16 S-Bahn-Kapazitäten entsprechend der Nachfrage ertüchtigen A 17 Kommunalen Bürgerbus erhalten und ausbauen Verkehrsmittel vernetzen und flexible Angebote ausbauen A 18 Bike+Ride-Angebote an wichtigen ÖPNV-Haltestellen in ausreichender Zahl herstellen A 19 Erweiterung der Park+Ride Anlagen prüfen A 20 Aufbau von Car-Sharing-Angeboten prüfen 21 Fahrradverleihsystem an allen S-Bahnhöfen einrichten

Tabelle 8-1: Handlungsfeld Infrastruktur und Verkehrsangebot

B. Informieren & Motivieren Zu Nutzung von Mitfahrsystemen / Angeboten informieren B 1 B 2 ÖPNV-Informationen an Haltestellen verbessern В 3 Zielgruppen-Kampagnen für nachhaltige Mobilität durchführen Unterstützen der Maßnahmen im Kfz-Verkehr durch Geschwindigkeitsanzeigetafeln В 4 В 5 Internetauftritt der Kommune um den Themenbereich Mobilitätsmanagement ergänzen В 6 Spritsparkurse für Unternehmen und Bürger bewerben 7 В Information für Neubürgerinnen und Neubürger sowie Eltern von Neugeborenen hinsichtlich Möglichkeiten nachhaltiger Mobilitätsformen erweitern B 8 Aktionen und Information zu Mobilitätsthemen in die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie die Vereinsförderung integrieren Laufbusse für Grundschüler einrichten B 9 10 Radelnde Schulbusse für weiterführende Schulen initiieren B 11 Regelmäßig in den lokalen Medien über Mobilitätsthemen und Aktivitäten der Gemeinde berichten B 12 Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Gemeindeverwaltung entwickeln und umsetzen B 13 Kommunalen Fuhrpark umweltfreundlich entwickeln

Tabelle 8-2: Handlungsfeld: Infomieren & Motivieren

c.	C. Prozesse steuern		
C	1	Klimaschutzmanager/in zur Koordination und Beratung einsetzen	
С	2	Kommunales Netzwerk "Nachhaltige Mobilität" initiieren und betreuen	
С	3	Kommunale Stellplatzsatzung anpassen und hinsichtlich der Errichtung zeitgemäßer	
		Fahrradabstellanlagen erweitern	
С	4	Kostenwahrheit im Verkehr fördern	

Tabelle 8-3: Handlungsfeld: Prozesse steuern

9 Maßnahmensteckbriefe

Die einzelnen Maßnahmen werden im Folgenden in Form von Steckbriefen konkretisiert. Piktogramme der Verkehrsarten erlauben es, einen schnellen Überblick über den Typ der Handlungsempfehlung zu bekommen, diese sind in Abbildung 9-1 erläutert.

=	Kfz-Verkehr		Schienenverkehr	Ť	Fußverkehr	Information,
	ÖPNV/Bus	₫	Fahrrad		Organisation	Motivation, Beratung

Abbildung 9-1: Piktogramme der verschiedenen Typen von Handlungsempfehlungen

Für die Handlungsempfehlungen werden **Prioritäten** angegeben: hoch, mittel und niedrig. Maßgebliche Kriterien für die Priorisierung sind der Aufwand (finanziell und personell), der Nutzen sowie Anknüpfungsmöglichkeiten an bereits laufende oder geplante Aktivitäten.

Einen Überblick über die Priorisierung der Maßnahmen, den Wirkansatz und den entstehenden Aufwand zur Umsetzung wie auch den Betrieb gibt Tabelle 13-1.

Bei der **Umsetzbarkeit** erfolgt eine Einschätzung, wie schnell eine Umsetzung bzw. ein Start der Maßnahme möglich ist. Kurzfristig entspricht dabei etwa einem Zeitraum von einem Jahr, mittelfristig von bis zu drei Jahren und langfristig von drei Jahren und mehr. Bei manchen Handlungsempfehlungen sind mehrere Angaben zu finden: Dies ist so zu verstehen, dass die Empfehlung in verschiedenen Etappen umzusetzen ist, für die unterschiedliche Zeithorizonte gelten.

Ist der **Aufgabentyp** als Einmalaufgabe gekennzeichnet, kann die Maßnahme innerhalb eines einmaligen Projekts umgesetzt werden, während Daueraufgabe eine langfristige Maßnahme beschreibt.

Baulicher Aufwand: Die Kosten zur Umsetzung einer Maßnahmen sind unterschiedlich, bauliche Maßnahmen sind teuer, der Aufwand also hoch, das Anbringen einer Wegweisung ist i.d.R. nur mit geringen Kosten verbunden, der Aufwand also gering. Der betriebliche Aufwand wird ebenfalls in hoch, mittel und niedrig eingeteilt. Beide Angaben zum Aufwand sind als grober Richtwert zu verstehen. Da die Handlungsempfehlungen in deutlich unterschiedlicher Intensität umgesetzt werden können, genaue Ausführungsempfehlungen im vorliegenden Konzept jedoch nicht enthalten sind, sind keine genauen quantitativen Angaben möglich.

Der Wirkansatz beschreibt die Wirkung der Maßnahmenansätze als

- · Verkehrsvermeidung (Werden die zurückgelegten Kilometer reduziert?),
- modale Verlagerung (Wird der Verkehr auf emissionsarme oder emissionsfreie Verkehrsmittel wie ÖPNV, Fahrrad und Füße verlagert?),
- und die verträgliche Abwicklung (Wird der verbleibende emittierende Verkehr möglichst emissionsarm abgewickelt?).

9.1 Infrastruktur & Verkehrsangebot

Die Maßnahmen des Handlungsfelds "Infrastruktur & Verkehrsangebot" zielen darauf ab, sowohl durch infrastrukturelle Veränderungen als auch durch Anpassungen auf planerischer Ebene den motorisierten Individualverkehr effizienter zu gestalten und den Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) zu stärken. Wenn durch sehr gute Angebote im ÖPNV und im Rad- und Fußverkehr das eigene Auto an Bedeutung verliert und der Autobesitz abnimmt, sind nach einer Studie des Umweltbundesamtes eine Reduktion der CO₂-Emissionen um bis zu 13% möglich (Ahrens/Becker 2013).

Kfz-Verkehr verstetigen, auf das notwendige Maß reduzieren und ggfs. verlangsamen

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde deutlich, dass insbesondere im Bereich der Eisenbahnstraße, Langgasse und Haßlocher Straße das Aufkommen an motorisiertem Individualverkehr MIV und Güterverkehr als starke Belastung wahrgenommen wird. So wurde z. B. der Maßnahmenvorschlag "Tempo 30 auf Landesstraßen" von allen Beteiligten des Workshops mit hoher Priorität gekennzeichnet. Geschwindigkeitsbeschränkungen können den Verkehr verstetigen und somit den CO₂-Ausstoß reduzieren, weil weniger angehalten und wieder losgefahren werden muss.

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 1	Kfz-Verkehr verstetigen, auf das notwendige Maß reduzieren und ggfs.
	verlangsamen
	Zulässige Höchstgeschwindigkeit auf den engeren Abschnitten von
	Hauptverkehrsstraßen / Ortsdurchfahrten auf 30 km/h
	beschränken
Priorität	sehr hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	An Ortsdurchfahrten wohnen und leben viele Menschen, hier finden sich auch wichtige Ziele für den Fuß- und Radverkehr. Gleichzeitig sind die Gehwege oft schmal, die Querungsstellen in Kurvenbereichen unübersichtlich, die Aufenthaltsqualität gering und Grün nur wenig vorhanden. Durch eine niedrigere Geschwindigkeit wird die Lärmbelastung gesenkt, die Nutzung der Seitenräume und der Querungsstellen sicherer. Gleichzeitig wird durch eine geringere Geschwindigkeit in engen Abschnitten der Verkehrsfluss harmonisiert.
Beispiele/Hinweise	Zustimmung des Landesbetriebs Mobiliät (LBM) notwendig. Entscheidung nach Untersuchungen zu Schallmessungen und Fahrzeugzählungen.
Nächste Schritte	Initiierung wurde gestartet. Antrag beim LBM wurde eingereicht (Stand 11/2015).
Beteiligte/Zuständige	LBM Speyer, Kommune

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 2	Kfz-Verkehr verstetigen, auf das notwendige Maß reduzieren und ggfs.
	verlangsamen
=	Lkw-Durchfahrtberbot einführen und Routenkonzept prüfen
Priorität	sehr hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Für stark belastete innerörtliche Straßen können Lkw-Durchfahrtsverbote in Verbindung mit einem Routenkonzept (Verkehrsleitsystem) geprüft werden. Der Lkw-Verkehr wird so gebündelt und zielgenau mittels einerWegweisung auf geeigneten Routen um die bebaute Ortslage geleitet.
	Durch ein Lkw-Durchfahrtsverbot können die sensiblen Gebiete der engen Langgasse mit dem Schulstandort am alten Rathaus entlastet werden.
Beispiele/Hinweise	Zustimmung des Landesbetriebs Mobiliät (LBM) notwendig. Entscheidung nach Untersuchungen zu Fahrzeugzählungen. Voraussetzung für die Durchsetzbarkeit eines Lkw-Durchfahrtsverbots ist ein hoher Anteil an LKW Durchfahrtsverkehr, der zur Überschreitung von Immissionsrichtwerten führt.
Nächste Schritte	Initiierung wurde gestartet. Antrag beim LBM wurde bereits eingereicht (Stand 11/2015)
Beteiligte/Zuständige	LBM Speyer, Kommune

Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum erhöhen

Die Gemeinde Böhl-Iggelheim hat im Rahmen von Straßenumbaumaßnahmen die Aufenthaltsqualität bereits in mehreren Straßenzügen deutlich erhöht. Die baulichen Maßnahmen umfassten z.B. die niveaugleiche Anpassung der Gehwege, der Umbau der Bushaltestellen sowie beispielsweise die Neuordnung der Parkplätze. Die Gestaltungsmöglichkeit der Gemeindeverwaltung auf der Ortsdurchfahrtsstraße des Ortsteils Iggelheim ist jedoch stark eingeschränkt, da diese als Landesstraße in der Planungsverantwortung des LBM Speyer liegt.

A 3	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 3	Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum erhöhen
i 👄	Einhaltung der Parkregelungen durch regelmäßige Kontrollen
11 000	sichern
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Regelwidriges Gehwegparken behindert den Fußverkehr im Längsverkehr ⁸ und kann insbesondere für Kinder wegen der eingeschränkten Sichtbeziehungen beim Queren der Straße gefährlich sein. Durch das Unterbinden des regelwidrigen Gehwegparkens wird die Situation für zu Fußgehende, insbesondere im Bereich der Hauptstraße, verbessert.
Beispiele/Hinweise	Das Unterbinden von regelwidrigem Gehwegparken ist ein etabliertes Instrument der Verwaltungen. Als Begleitmaßnahme sollten die anliegenden Einzelhändler informiert werden.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 4	Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum erhöhen
† ₩ 🖨	Hauptverkehrs- und Wohnstraßen und Knotenpunktbereiche umgestalten und rückbauen
Priorität	hoch (weiter so)
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Zahlreiche Straßenabschnitte wurden in den vergangenen Jahren in den Ortskernen erneuert und barrierefrei gestaltet. Die Aufenthaltsqualität hat sich dadurch erhöht. Zur Verbesserung der Überquerbarkeit können Straßenabschnitte und Kreuzungsbereiche auch als Mischverkehrsflächen (Shared Space) niveaugleich umgebaut werden und so auch eine geänderte Geschwindigkeitsregelung (siehe A 1) verdeutlicht werden. Gleichzeitig ist in einem solchen Bereich eine Querung gerade für Geh-Eingeschränkte sehr komfortabel.
Hinweise/Beispiele	Insgesamt empfielt es sich, den Umbau weiterer Straßenabschnitte im Rahmen von anfallenden Kanal- und Wasserbauarbeiten umzusetzen.
Nächste Schritte	Gestaltungsplanung für Langgasse erstellen
Beteiligte/Zuständige	LBM Speyer, Kommune, AK Verkehr, AK Ortsentwicklung

8 nach DIN18040-3: nutzbare Gehwegbreite min 1,80 m $\,$

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 5	Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum erhöhen
₫ 🛉	Ortseingänge gestalten und betonen
Priorität	mittel bis hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Eine gestaltete Orteinfahrt macht deutlich: hier ändert sich etwas, hier muss ich als Autofahrender achtsam sein und langsamer fahren. Gleichzeitig können Einbauten als Querungsanlage genutzt werden.
Hinweise/Beispiele	Die Gestaltung der Ortseingänge wurde im Zuge der Ausbaumaßnahme Hauptstraße untersucht. Aus Kostengründen wurden hier Rankgitter abgelehnt. Andere Gestaltungselemente sind daher zu entwickeln.
Nächste Schritte	Planung erstellen
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Planungsbüro, bei klassifizierten Straßen das LBM Speyer

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 6	Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum erhöhen
& † ①	Straßenraum begrünen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Bepflanzung ist ein wichtiges Element der Straßenraumgestaltung, das den Grundcharakter eines Ortsbildes prägt. Sie haben zudem positiven Einfluß auf den das Ortsklima (Luftverbesserung, Staubbindung und Kühlung). Bei zukünftigen Umbaumaßnahmen sind Bäume im Straßenraum sinnvoll mit einzuplanen.
Hinweise/Beispiele	Häufig ist eine ablehnende Haltung der Anwohner gegen Baumpflanzungen im Straßenraum anzutreffen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann dem entgegengewirkt werden (zunehmend heißere Sommerperioden, positiver Einfluß auf Kleinklima und Ortsbild, Einführung von Baumpatenschaften).
Nächste Schritte	Konkrete Bereiche identifizieren und überplanen
Beteiligte/Zuständige	Kommune, AK Ökologie und Ortsentwicklung

Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen

Ein wichtiges Ziel für den Klimaschutz ist stets, durch attraktive Angebote mehr Menschen zum Radfahren zu motivieren und den Anteil der mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege zu erhöhen. Neben den positiven Wirkungen für den Klimaschutz und die Luftqualität sind bei diesem Maßnahmenbündel auch die positiven Effekte des Radfahrens auf die Gesundheit hervorzuheben. All dies kommt dem Gemeinwesen zugute. Entgegen verbreiteter Befürchtungen profitiert auch die lokale Wirtschaft, insbesondere der innerörtliche Einzelhandel, von einer gestärkten Nahmobilität: Rad- und Fußverkehr belebt Straßen und öffentliche Plätze, Radfahrende und zu Fuß Gehende fahren nicht mit dem Auto vorbei, sondern bleiben eher stehen und kaufen ein.

Die vom Umweltbundesamt herausgegebene Studie "Potenziale des Radverkehrs für den Klimaschutz" zeigt, dass bei einer Verlagerung von 50% der kurzen Wege vom Motorisierten Individualverkehr auf das Fahrrad der Radverkehrsanteil um elf Prozentpunkte erhöht werden kann. (Der Anteil der zu Fuß und mit dem ÖPNV zurückgelegten Wege wird dabei als konstant angenommen.) Der Ausstoß von CO₂ und Partikeln wird dadurch um jeweils 3% verringert. Noch größer sind die Wirkungen, wenn alle mit dem Rad sehr gut und gut erreichbaren Ziele tatsächlich mit dem Fahrrad zurückgelegt werden: Das entsprechende Szenario "Wahrnehmung des Rads als Option" geht von einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um bis zu 11% aus (Ahrens/Becker 2013).

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
Α7	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen
<i>₫</i> ₩	Radverkehrsverbindungen herstellen und ertüchtigen,
90	systematische Umsetzung sichern
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Durchgängige Radverkehrsverbindungen sind eine Voraussetzung für die Nutzung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel. Sichtbare Radrouten dienen der besseren Orientierung für Radfahrende und erhöhen die Sicherheit. Möglich sind Markierungen als Radfahr- oder Angebotsstreifen; in beengten Verhältnissen können Fahrrad-Symbole auf der Fahrbahn markiert werden. Vor Lichtsignalanlagen (Ampeln) sind Aufstellflächen für den Radverkehr vorzusehen. Folgende konkrete Maßnahmen sollen umgesetzt werden: • Erweiterung des gemeinsamen Rad-/Fußwegs vom Bahnhof zum Rathaus/Ortsmittelpunkt; • Radfahr-/Angebotsstreifen Schutzstreifen in folgenden Straßen einrichten: Holzweg, Haßlocher Straße, evtl. Eisenbahnstraße • Inner- und überörtliche Radwege im Winter räumen und streuen
Hinweise/Beispiele	Anregungen im Handbuch der ivm GmbH "Förderung des Rad- und Fußverkehrs, Kosteneffiziente Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum". Maßnahme ist unter bestimmten Voraussetzungen nach der Kommunalrichtlinie 2015 förderfähig.
Nächste Schritte	Planung zur Umgestaltung des Rad-/Fußwegs vom Bahnhof nach Iggelheim
Beteiligte/Zuständige	Kommune, AK Verkehr, örtlicher Radfahrer-Club "Vorwärts"

	Infrastruktur & Verkehrsangebot	
A 8	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen	
∳ ⁄o	Durch Beschilderung innerörtliche Radrouten sichtbar machen	
Priorität	hoch	
Aufgabentyp	Einmalaufgabe	
Beschreibung	Für die Nahmobilität ist eine Beschilderung des lokalen und regionalen Radwegenetzes von hoher Bedeutung. Wichtig ist die Beschilderung der Radrouten zu den Ortsteilen wie auch zu den benachbarten Orten. Eine Beschilderung ist insbesondere am Bahnhof notwendig.	
Hinweise/Beispiele	Konkrete Standorte für Beschilderungen ergeben sich aus dem Radverkehrskonzept (siehe A 7). Es gibt in der Gemeinde "inoffizielle" Radrouten abseits der vielbefahrenen Straßen, die durch entspechende Beschilderung sichtbar gemacht werden sollen. Auch können entsprechenden Kilometerangaben die Schwelle für die Nutzung des Fahrrads herabsetzen. Die Beschilderung muss nach bundeseinheitlichem FGSV-Standard erfolgen. Diese Maßnahme ist unter bestimmten Voraussetzungen nach der Kommunalrichtlinie 2015 förderfähig.	
Nächste Schritte	Erstellung eines Beschilderungsplans auf Grundlage des Radverkehrskonzepts	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, AK Verkehr, örtlicher Radfahrer-Club "Vorwärts"	

VERKEHRSLÖSUNGEN Seite 53

	Infrastruktur & Verkehrsangebot
A 9	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen
<i>₫</i> ₩	Barrieren für den Radverkehr beseitigen und geeignete
	Querungsangebote herstellen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Kreuzungssituationen von Straße und Radweg bzw. Geh-/Radweg sind Gefahrenstellen für den Radverkehr, die durch Querungsangebote beseitigt werden können. Auch Umlauf- oder Drängelgitter stellen Hindernisse für den Radfahrenden dar und können insbesondere mit Fahrrädern mit Kinder- oder Lastenanhänger oft nicht durchfahren werden.
	Konkrete Gefahrenstellen sind die Einmündung des Radwegs vom/zum Bahnhof an der Straße "Am Schwarzweiher" sowie in Richtung Bahnhof am Radwegende Iggelheimer Straße. Hierzu gibt es eine Fachbroschüre der AGFS (Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.) für Querungsstellen für den Radverkehr unter www.agfs-nrw.de
Hinweise/Beispiele	Umlaufgitter müssen auch ein Durchkommen von Fahrradanhängern oder transportfahrrädern ermöglichen. Daher sollte die Notwendigkeit und Ausstattung an folgenden Orten geprüft werden: Bahnhoftsunterfühung, Buschgasse/Kornblumenstr., Langgasse/Kurt-Schumacher-Str., Oberkreuzstr./Kastanienstr. An der Unterführung Ludwigstraße/Holzweg sollte geprüft werden, ob sie für den Radverkehr freigegeben werden kann. Auch am Einkaufsmarkt (Wasgau) und an der Post in Iggelheim ist die Zufahrt für Radfahrer künstlich verengt.
Nächste Schritte	Bekannte Mängel beseitigen
Beteiligte/Zuständige	Kommune, AK Verkehr, örtlicher Radfahrer-Club "Vorwärts"

	Infrastruktur & Verkehrsangebot		
A 10	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen		
₫	Witterungsgeschützte, sichere und komfortable Radabstellanlagen		
90	an öffentlichen Einrichtungen und wichtigen Zielen herstellen		
Priorität	mittel		
Aufgabentyp	Einmalaufgabe		
Beschreibung	Durch sichere und komfortable Fahrradabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen und wichtigen Zielen werden Wege mit dem Fahrrad gefördert. Gleichzeitig kann die öffentliche Hand eine Vorbild- und Vorreiterrolle einnehmen. Moderne und attraktive Fahrradstellplätze sollen kurzfristig in ausreichender Anzahl an wichtigen Einrichtungen und Zielen eingerichtet werden z.B. Rathaus, Schulen, Sportanlagen usw.		
Hinweise/Beispiele	Die Fahrradabstellanlagen am Bahnhof Böhl-Iggelheim sind ein sehr gutes Beispiel für attaktive Abstellanlagen. Für die Attraktivität und Akzeptanz von Fahrradstellplätzen sind unter anderem die Erkennbarkeit und direkte Erreichbarkeit von der Straße aus, die Nähe zum Gebäudeeingang, eine ausreichende Dimensionierung zum bequemen Ein- und Ausparken sowie die sichere Anschließbarkeit des Fahrrades maßgebend. Hierzu sollen die "Hinweise zum Fahrradparken" [FGSV 2012] berücksichtigt werden. Siehe auch C 4: Kommunale Stellplatzsatzung hinsichtlich der Errichtung zeitgemäßer Fahrradabstellanlagen erweitern. Investive Maßnahmen für Abstellanlagen sind nach der Kommunalrichtlinie 2015 des Bundesumweltministeriums als Klimaschutzprojekte förderfähig.		
Nächste Schritte	Radabstellanlagen bedarfsgerecht errichten		
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Schulen		
5 ,			

VERKEHRSLÖSUNGEN Seite 55

A 11	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen
₫	Elektroladestationen für Pedelecs einrichten
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Elektroladestationen machen die Nutzung von elektrisch angetriebenen Fahrrädern (Pedelecs) attraktiver, da sie eine höhere Reichweite ermöglichen. Sinnvoll sind sie an überregionalen Radrouten wie dem Kaiser-Konrad-Radweg/Salierradweg. Die von den Pfalzwerken im Rahmen des Konzessionsvertrags angebotenen Tankstellen für Pedelecs könnten am Naturfreundehaus oder am Vogelpark eingerichtet werden.
Hinweise/Beispiele	Die Zapfsäulen müssen die Möglichkeit haben sowohl das Fahrrad als auch den Akku sicher anzuschließen. Die Ladestandorte sollen gut auffindbar sein und auch im Internet auf bestehenden Plattformen eingetragen werden (z.B. unter www.lemnet.org). Auch das Integrierte Klimaschutzkonzept empfiehlt den Ausbau von Ladestationen für E-Fahrzeuge (Maßnahmenkatalog Nr. 2.2.03).
Nächste Schritte	Ortstermin für konkrete Standortfindung
Beteiligte/Zuständige	Kommune, KlimaschutzmanagerIn, Pfalzwerke

A 12	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen
₫	Serviceangebote für den Radverkehr ausbauen
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Serviceangebote machen das Radfahren komfortabler und schaffen dadurch Anreize zu einer modalen Verlagerung. Zudem erhöhen sie die Aufmerksamkeit für das Radfahren. Beispiele für Serviceangebote: Fahrradortsplan, Servicezentrum Fahrrad mit Reparatur, Verkauf, Informationen, Literatur, öffentliche Luftpumpen, Schlauchautomaten, Angebote für Selbsthilfe-Fahrradreparatur, Fahrradwaschanlage (stationär oder mobil). Sie sollen nach und nach ausgebaut werden, kleinere Maßnahmen wie öffentliche Luftpumpen und Schlauch-automaten kurzfristig, größere wie ein Servicezentrum z.B. am Bahnhof mittel- bis langfristig.
Hinweise/Beispiele	An der Peter-Gärnter-Realschule gibt es bereits eine AG Fahrradwerkstatt, in der einmal pro Woche gegen Unkosten, Fahrräder von Schülern (oder Eltern oder Geschwistern) repariert werden.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, örtlicher Radfahrer-Club "Vorwärts", ADFC Kreisverband, Fahrradhandel.

A 13	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Attraktive und geschlossene Netze für den Radverkehr schaffen
⊕ ₽	Einrichtung einer Radstation am Bahnhof fördern
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Eine Radstation liegt idealerweise am Bahnhof (Verknüpfungspunkt zum ÖPNV) und bietet ein kostenpflichtiges, bewachtes Abstellen von Fahrrädern in geschlossenen Räumen Zusätzlich werden meist sowohl Leihfahrräder wie auch kleinere Reparaturleistungen angeboten. Betreiber von Radstationen können gemeinnützige Einrichtungen oder Vereine sein, die über Arbeits- und Qualifizierungsprojekte zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen beitragen.
Hinweise/Beispiele	In der Gemeinde Warendorf (Nordrhein-Westfalen) wird über den regionalen Caritasverband eine Radstation betrieben. http://www.radstation-waf.de.
Nächste Schritte	Machbarkeitsstudie beauftragen
Beteiligte/Zuständige	Kommune, ADFC Kreisverband, gemeinnützige Einrichtungen in der Region

Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten

Während durch individuelle Verkehrsmittel (Fuß, Fahrrad, Pkw) eine flächendeckende Erschließung des Gemeindegebietes und jede beliebige Verbindung gewährleistet wird, kann der ÖPNV diese Ansprüche nur sehr bedingt befriedigen. Das ÖPNV-Angebot in der Gemeinde Böhl-Iggelheim mit Linienbussen umfasst hauptsächlich die Anbindung der verschiedenen Schulstandorte und Bildungseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler sowie des Arbeitsplatzschwerpunkts BASF für Berufspendler. Die Einrichtung des Bürgerbusses war ein erster wichtiger Schritt die Lücken im ÖPNV-Angebot zu schließen.

Die Handlungsempfehlungen A 14 bis A 16 sind wichtige Hinweise auf konkrete Anforderungen, die im Zuge der Fortschreibung des neuen Nahverkehrsplans berücksichtigt, geprüft und konkret formuliert werden sollten.

Nahverkehrsplan wird fortgeschrieben: gestiegenen Attraktivität im Busbereich, weg vom betrieblich und nachfrageorientierten Fahrplan hin zum angebotsorientierten Fahrplanangebot, geführt haben. Zielsetzung dabei war die Entwicklung eines Grundangebotes im Sinne der Daseinsvorsorge für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Mobilität

VERKEHRSLÖSUNGEN Seite 57

A 14	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten
	Verbesserung des bestehenden ÖPNV-Angebots prüfen
Priorität	mittel
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Eine gute ÖPNV-Erschließung über das komplette Gemeindegebiet entscheidet über den Stellenwert des ÖPNV bei den Bürgern. Je besser das ÖPNV-Angebot ist, desto attraktiver wird die ÖPNV-Nutzung für die Bürger/innen und desto höher sind die Nutzerzahlen. Hierzu zählen auch ein übersichtliches Tarifsystem und benuzterfreundliche Fahrkahrtenautomaten.
Hinweise/Beispiele	Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde die Verbindung nach Speyer mit dem ÖPNV als unzureichend eingestuft.
Nächste Schritte	Weiteren Bedarf analysieren, Stellungnahme zum Nahverkehrsplan
Beteiligte/Zuständige	VRN, Kreis, Kommune

A 15	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten
A	Fahrtenangebot der Busse prüfen und ggf. verdichten
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Ein regelmäßiges Fahrtenangebot (z.B. stündlich, in der Hauptverkehrszeit halbstündlich) ist attraktiv und für Fahrgäste leicht zu merken. Die Busfahrpläne müssen sich an Ankunfts- und Abfahrtszeiten des regionalen S-Bahnverkehrs orientieren.
Hinweise/Beispiele	Die Abfahrtszeiten der Buslinien für Schüler/innen nach Haßloch sind zu überprüfen. Es gibt durchgehende regionale Busverbindungen in west-östlicher Richtung, jedoch fehlt eine überregionale Busanbindung an die S-Bahn an folgenden Bahnhöfen: Böhl-Iggelheim, Schifferstadt, Haßloch.
Nächste Schritte	Fahrpläne hinsichtlich Anbindung analysieren, Stellungnahme zum Nahverkehrsplan
Beteiligte/Zuständige	VRN, Kreis, Kommune

A 16	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten
	S-Bahn-Kapazitäten entsprechend der Nachfrage ertüchtigen
Priorität	mittel
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Während der Stoßzeiten im Berufsverkehr sind die S-Bahnen Richtung Ludwigshafen/Mannheim in der Regel überlastet. Für Berufspendelnde sinkt die Motivation statt Auto die S-Bahn zu benutzen, wenn alle Sitz- und Stehplätze beim Einstieg bereits belegt sind.
Hinweise/Beispiele	
Nächste Schritte	Stellungnahme zum Nahverkehrsplan
Beteiligte/Zuständige	VRN, Kreis

A 17	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Angebote im Öffentlichen Nahverkehr ausweiten
=	Kommunalen Bürgerbus erhalten und ausbauen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Der kommunale Bürgerbus verkehrt seit Frühjahr 2014 zweimal pro Woche und ist eine wichtige Ergänzung zum lückenhaften Angebot des Verkehrsverbundes. Die Nutzung ist kostenlos und wird vor allem von älteren, mobilitätseingeschränkten Personen gut angenommen, die dadurch die Möglichkeit erhalten, am öffentlichen Leben teilzuhaben. Der Betrieb des Bürgerbusses muss auch für die Zukunft sichergestellt werden.
Hinweise/Beispiele	Die Fahrtage und Routenführung soll bedarfsgerecht ausgebaut werden.
Nächste Schritte	Umfrage zu Bedarfsanalyse
Beteiligte/Zuständige	Kommune

Verkehrsmittel vernetzen und neue flexible Verkehrsangebote ausbauen

Die Vernetzung von Verkehrsmitteln erleichtert die Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel auf einem Weg (Intermodalität) sowie die situationsangepasste Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für unterschiedliche Wege (Multimodalität).

Ein Beispiel für Intermodalität ist, mit dem Fahrrad zum Bahnhof zu fahren, dort den Zug zu nehmen und am Zielort mit einem Leihfahrrad weiterzufahren. Um Intermodalität zu erleichtern, bedarf es in diesem Beispiel einer sicheren Fahrradabstellanlage am Startort und eines Leihfahrradsystems am Zielort.

Multimodales Verhalten legt beispielsweise jemand an den Tag, der für seine Wege im Nahbereich überwiegend Fuß und Fahrrad nutzt und nur für den Transport größerer Waren auf ein Auto zurückgreift. In diesem Fall erleichtern beispielsweise Car-Sharing-Angebote und Mitfahrsysteme den Verzicht auf ein eigenes Auto. Generell bedeutet also eine Vernetzung von Verkehrsmitteln ein Mehr an Mobilitätsangeboten und individuellen Mobilitätsoptionen.

Konkrete und differenzierte Einsparberechnungen bezüglich Emissionen existieren für dieses Handlungsfeld bisher nicht. Zu beachten ist jedoch, dass durch eine zunehmende Vielfalt an Mobilitätsangeboten die Abhängigkeit von einem eigenen Privat-Pkw sinkt. So können also mehr Menschen nicht nur bestimmte Wege vom Pkw auf andere Verkehrsmittel verlagern, sondern auf längere Sicht auf ein eigenes Auto verzichten. Wer jedoch auf keinen eigenen Pkw hat, ist verkehrssparsamer und umweltfreundlicher unterwegs: Im Szenario "Autonutzung statt Besitz" ermittelt eine vom Umweltbundesamt herausgegebene Studie eine Reduktion der CO₂-Emission um 13% bei konservativen Annahmen (Ahrens/Becker 2013).

Die Handlungsempfehlungen A 18 bis A 21 sind wichtige Hinweise auf konkrete Anforderungen, die im Zuge der Fortschreibung des neuen Nahverkehrsplans berücksichtigt, geprüft und konkret formuliert werden sollten.

A 18	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Verkehrsmittel vernetzen und flexible Angebote ausbauen
	Bike+Ride-Angebote an wichtigen ÖPNV-Haltestellen in
- 90	ausreichender Zahl herstellen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	An Knotenpunkten des ÖPNV werden durch Fahrradabstellanlagen intermodale Wege erleichtert (Bike&Ride). Besonders sichere Abstellanlagen (Fahrradboxen, Fahrradparkhaus) evtl. kombiniert mit Serviceangeboten machen das Fahrradparken für längere Zeiträume attraktiv. Auch die Fahrradmitnahme im ÖPNV dient einer besseren Verknüpfung der beiden Verkehrsmittel. Die Fahrradabstellanlagen am Bahnhof Böhl-Iggelheim sind ein positives Beispiel für diesen Knotenpunkt. Im Gemeindegebiet gibt es jedoch weitere stark frequentierte Bushaltestellen (Schülerverkehr), an denen sichere Fahrradabstellanlagen eingerichtet werden sollen (z.B. Schüler aus dem Wochenendhausgebiet, die an der Bushaltestelle Mühle zusteigen).
Hinweise/Beispiele	Der Bahnhof Böhl-Iggelheim verfügt über gute Fahrradstellplätze sowie sichere Fahrradboxen. Die Stellplätze an der Bahnhofssüdseite sind jedoch häufig ausgelastet. Investive Maßnahmen für Abstellanlagen sind nach der Kommunalrichtlinie 2015 des Bundesumweltministeriums als Klimaschutzprojekte förderfähig.
Nächste Schritte	Erweiterungsmöglichkeiten analysieren (Siehe auch A11)
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Kreis, VRN

A 19	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Verkehrsmittel vernetzen und flexible Angebote ausbauen
₽ ₩ =	Erweiterung der Park+Ride Anlagen prüfen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Park+Ride- (P+R-)Angebote befinden sich an Bahnhöfen: Das eigene Auto kann dort kostenlos abgestellt und anschließend der Zug genutzt werden. Es sind ausreichend Flächen an geeigneten Standorten bereitzustellen. Die vorhandenen Angebote sollen auf ihre Auslastung hin untersucht und ggf. ergänzt werden.
Hinweise/Beispiele	Die Park-Ride Anlage auf der Südseite des Bahnhofs ist oft überlastet. Hier ist zu prüfen, ob noch weitere Flächen für eine Erweiterung verfügbar sind.
Nächste Schritte	Erweiterungsmöglichkeiten analysieren
Beteiligte/Zuständige	Kommune

A 20	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Verkehrsmittel vernetzen und flexible Angebote ausbauen
=	Aufbau von Car-Sharing-Angeboten prüfen
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Car-Sharing ist eine organisierte, gemeinsame Verwendung von Pkw durch mehrere Nutzende. Gegen ein zeit- und/oder entfernungsabhängiges Entgelt erhalten die Nutzenden ein Car-Sharingfahrzeug, das vom Anbieter unterhalten wird. Der Aufbau einer Car-Sharing-Station in kleinen Gemeinden ist nur dann attraktiv, wenn es eine Zusammenarbeit mit der Verwaltung gibt. Gemeindefahrzeuge mit einer Fahrleistung unter 10.000 km/Jahr sollten durch ein Car-Sharing Fahrzeug ersetzt werden. Um die aktuellen tatsächlichen Auslastungen der Dienstfahrzeuge in einer Verwaltung und daraus mögliche Kosteneinsparungen durch Car-Sharing zu ermitteln, bieten Car-Sharing-Anbieter interessierten Verwaltungen beispielsweise ein Excel-basiertes Berechnungstool an. Voraussetzung für eine Car-Sharing-Nutzung in der Verwaltung ist eine allgemeine Bereitschaft zu Veränderungen. Auch engagierte Bürger können eine Verein für Car-Sharing gründen.
Hinweise/Beispiele	Gemeinde Leingarten bei Heilbronn: Gemeindemitarbeiter und Car-Sharing-Mitglieder nutzen gemeinsam ein Elektro Car-Sharing Fahrzeug (http://www.leingarten.de/index.php?id=262). Vaterstetten bei München: Der Verein VAT betreibt in einer Gemeinde mit 24.000 Einwohnern ein Car-Sharing System und unterstützt andere Gemeinden bei der Einrichtung (http://www.carsharing-vaterstetten.de). Auch das Integrierte Klimaschutzkonzept empfiehlt die Einrichtung von Car-Sharing Systemen (Maßnahmenkatalog Nr. 2.2.04). Diese Maßnahme ist unter bestimmten Voraussetzungen nach der Kommunalrichtlinie 2015 förderfähig.
Nächste Schritte	Testphase initieren
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Klimaschutzmanager/in, Car-Sharing-Anbieter, ggf. VRN.

VERKEHRSLÖSUNGEN Seite 62

A 21	Infrastruktur & Verkehrsangebot
	Verkehrsmittel vernetzen und flexible Angebote ausbauen
∳ ⁄o	Fahrradverleihsystem an allen S-Bahnhöfen einrichten
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Fahrradverleihsysteme erleben gerade einen Boom: In größeren Städten prägen sie das Stadtbild und können dadurch zu einer höheren Akzeptanz des Fahrrads beitragen. An Bahnhöfen ermöglichen sie es, die letzte Teilstrecke des Weges mit dem Fahrrad zurückzulegen und sind daher auch für Pendler interessant. Mietfahrräder sind rund um die Uhr verfügbar und schließen somit Lücken in Liniennetzen und Fahrplänen von Bus und Bahn. Das System VRNnextbike ist in der Metropolregion erfolgreich und bietet grundsätzlich gute Voraussetzungen für die Einrichtung eines regional eingebetteten Systems. Der Aufbau eines Fahrradverleihsystems an S-Bahn-Stationen soll kommunenübergreifend geprüft und bei positiver Beurteilung umgesetzt werden.
Hinweise/Beispiele	Bei der Prüfung und Planung kann auf dem Leitfaden der ivm GmbH zu Leihfahrradangeboten aufgebaut werden. Ein Fahrradverleihsystem in Böhl- Iggelheim ist nur dann sinnvoll, wenn an allen S-Bahn-Haltestellen der Region Fahrradverleihsysteme eingerichtet werden, so dass für ÖPNV-Nutzer stets und überall ein Anschlussverkehrsmittel verfügbar ist.
Nächste Schritte	Stellungnahme zum Nahverkehrsplan
Beteiligte/Zuständige	Kommunen, Kreis, Klimaschutzmanager/in, ggf. VRN. Ggf. außerdem Betreiber von anderen Systemen und weitere Verkehrsdienstleister wie Fahrradfachhandel.

9.2 Informieren & motivieren

Die empfohlenen Maßnahmen im Handlungsfeld "Informieren & Motivieren" beziehen sich sowohl auf die Sicherstellung und Erweiterung der Mobilitätsinformationen der Bürger/innen (beispielsweise: ÖPNV-Fahrplanheft für Böhl-Iggelheim, welches jährlich an alle Haushalte verteilt wird oder verbesserte ÖPNV-Informationen an Haltestellen) als auch auf Maßnahmen, die Bürger/innen zur Veränderung ihres persönlichen Mobilitätsverhaltens "anstiften" sollen sowie auf Mobilitätsmanagement für bestimmte Zielgruppen.

Mobilitätsmanagement bezeichnet abgestimmte Mobilitätskonzepte, die die Mobilität von bestimmten Gruppen wie Beschäftigten, Besuchern, Schülern u.a. effizienter gestalten können. Seine besondere Wirksamkeit erreicht es durch den konkreten Zielgruppenbezug, der auch das Marketing erleichtert. Mobilitätsmanagement erfordert eine Beratung der jeweiligen Zielgruppe sowie die Umsetzung unterschiedlicher Maßnahmen – von kurzfristig umsetzbaren organisatorischen und informationellen bis hin zu aufwändigeren infrastrukturellen Maßnahmen. Besonders etabliert ist Mobilitätsmanagement und das Einbinden von Mobilitätsthemen in der

Kinder- und Jugendarbeit, um die Heranwachsenden schon früh auf ein umweltfreundliches Mobilitätsverhalten zu sensibilisieren.

B 1	Informieren & motivieren
=	Zu Nutzung von Mitfahrsystemen/ -angeboten informieren
Priorität	mittel bis niedrig
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Mitfahrsysteme steigern den Besetzungsgrad der Pkw. Flexible Mitfahrsysteme funktionieren ähnlich wie Mitfahrzentralen, sind jedoch durch Web 2.0-Anwendungen und die Nutzung von Smartphones flexibler nutzbar und daher auch für kürzere Strecken im Nachbarortsund Regionalverkehr geeignet.
	Das Mitfahrsystem flinc baut beispielsweise auf der Idee der konventionellen Mitfahrsysteme auf und erweitert diese. Die Nutzenden können auf einer gemeinsamen Internetplattform miteinander kommunizieren und bekommen dort Fahrten bzw. Mitfahrende angeboten. Teilstrecken werden bei der Suche automatisch berücksichtigt, auch ist eine Verbindung mit dem Navigationsgerät möglich. Das System kann wegen der genauen Start- und Zieleingabe auch für kurze Strecken genutzt werden. Es gibt bereits Nutzungsmodelle für Unternehmen und Landkreise. Dafür müssen diese einen Beitrag zahlen und erhalten im Gegenzug ein eigenes flinc-Vertrauens-Netzwerk, Marketing-Unterstützung, einen Live-Fahrplan, Support u.v.m. Derzeit hat flinc 150.000 angemeldete Nutzer und monatlich 500.000 Fahrtangebote.
Hinweise/Beispiele	14 Gemeinden in den baden-württembergischen Landkreisen Rems-Murr, Schwäbisch-Hall und Hohenlohe haben sich zusammengeschlossen um eine gemeinsame Online-Plattform für Fahrgemeinschaften zu etablieren. Für Berufspendler exisitiert bereits das Pendlerportal Rheinland-Pfalz oder TwoGo (SAP). Auch das Integrierte Klimaschutzkonzept empfiehlt die Verknüpfung bzw. Einrichtung einer Onlineplattform zur Bildung von Fahrgemeinschaften (Maßnahmenkatalog Nr. 2.2.02). Es gibt jedoch auch flexible Mitfahrsysteme für alle Bürgerinnen und Bürger wie z.B. flinc.
Nächste Schritte	Es ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Aufwand die Gemeinde evtl. zusammen mit Nachbargemeinden oder dem Kreis mit einer auf ihn zugeschnittenen Online-Plattform das System einführen und verbreiten kann. Ggf. sind alternative Wege zur Förderung einer Mitfahrsystem-Plattform zu identifizieren und zu verfolgen.
Beteiligte/Zuständige	Kreis, KlimaschutzmanagerIn, Kommunen, Anbieter von Mitfahrsystemen.

B 2	Informieren & motivieren
	ÖPNV-Informationen an Haltestellen verbessern
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Gute ÖPNV-Informationen an Haltestellen beinhalten mindestens große, gut lesbare Aushänge, einen Liniennetzplan, Tarifinformationen, eine Karte mit der Haltestellenumgebung. Zusätzlich sind digitale Anzeigetafeln möglich, idealerweise mit Sprechansage für Schlechtsehende. Die Aushänge müssen stets aktuell sein.
Hinweise/Beispiele	Auch die Abfahrtszeiten und Fahrtroute des Bürgerbusses soll an allen Haltestellen gut sichtbar und witterungsbeständig aushängen.
Nächste Schritte	Mängelerhebung
Beteiligte/Zuständige	VRN, Kommune, Bahn

В 3	Informieren & motivieren
① # †	Zielgruppen-Kampagnen für nachhaltige Mobilität durchführen
Priorität	hoch bis mittel
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	 Politik und Verwaltung als Vorbild und Vorreiter: Nur wer selbst klimafreundlich unterwegs ist, kann überzeugend für ein klimafreundliches Mobilitätsverhalten werben. Teilnahme an Wettbewerben schafft Aufmerksamkeit für gute Beispiele und wirkt identitätsstiftend. Wettbewerbe können auch den Sportsgeist anregen und zum Mitmachen ermuntern. Ein geeigneter Wettbewerb ist z.B. die jährlich stattfindene Kampagne "Stadtradeln" des Klima-Bündnisses. Die Kampagne ist bereits fertig ausgearbeitet und kann von jeder Kommune gegen einen Kostenbeitrag übernommen werden (www.stadtradeln.de). Aktionen zu umweltfreundlichem Verkehr: Kreisweite oder Kommunale Aktionen wie z.B. "Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten" (www.zu-fuss-zur-schule.de) oder ein autofreier Sonntag im Rahmen Raderlebnistage Rheinland-Pfalz ermöglichen positive Erfahrungen mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Insbesondere das Jubiläumsjahr 2016 für Kampagnen nutzen: Durchführen einer Kampagne "Hofparken", um regelwidrigem Parken und Stellplatzknappheit im öffentlichen Raum zu begegnen (Vorschlag aus der Öffentlichkeitsbeteiligung, wurde in Schifferstadt bereits durchgeführt)
Hinweise/Beispiele	In immer mehr Städten fahren Bedienstete Dienstpedelec statt Dienstauto oder nutzen kleine, sparsame Dienstautos. Unter dem Motto "Böhl-Iggelheim steigt auf - Mein Auto hat Urlaub" könnte der Bürgermeister (nach dem Vorbild der Gemeinde Mörfelden-Walldorf) sein Auto für drei Wochen "einmotten" und öffentlichkeitswirksam den Schlüssel abgegeben.
Nächste Schritte	Anmeldung für die Teilnahme am "Stadtradeln" 2016
Beteiligte/Zuständige	Kreis, Kommunen, KlimaschutzmanagerIn, möglichst viele Vereine, Organisationen, Gewerbetreibende usw. einbeziehen.

B 4	Informieren & motivieren
	Unterstützen der Maßnahmen im Kfz-Verkehr durch
Ψ	Geschwindigkeitsanzeigetafeln
Priorität	hoch bis mittel
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Eine Geschwindigkeitsanzeigetafel informiert symbolhaft über hohe Geschwindigkeit und hohe CO2-Emission. Zu schnelles Fahren wird mit einem traurigen Gesicht (Sadly) gestraft, das Einhalten des Tempolimits wird hingegen mit einem Smiley belohnt
	Die Gemeindeverwaltung verfügt bereits über zwei Geschwindigkeitsmessgeräte. Insbesondere die Anzeige über Symbole (Smiley) hat im Einsatz Einfluss auf die Verlangsamung der Geschwindigkeit.
Hinweise/Beispiele	Die Gemeinde Espenau (Kreis Kassel) konnte durch die Installation von symbolgestützten Geschwindigkeitsdisplays Geschwindigkeitsüberschreitungen um über die Hälfte reduzieren. Die Kosten für die Anschaffung können durch Leasing gering gehalten werden. Die mobilen Anzeigegeräte werden über ein Solarmodul mit Energie versorgt.
Nächste Schritte	Verfügbare Messgeräte mit Anzeigetafel aufstellen und Geschwindigkeitskontrollen durchführen.
Beteiligte/Zuständige	Kommune

B 5	Informieren & motivieren
\bigcirc	Internetauftritt der Kommune um den Themenbereich
•	Mobilitätsmanagement ergänzen
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Internetauftritte von Städten und Gemeinden sind zu einer wichtigen Informationsquelle für ihre Einwohner/innen geworden. Das Themenfeld Mobilität soll ausgebaut werden und mindestens folgendes beinhalten: Gut auffindbare Hinweise auf den ÖPNV-Fahrplan auf der RNV-Seite, den Radroutenplaner Rheinland-Pfalz, das Pendlerportal und/oder flinc, lokale Vereine/Initiativen aus dem Mobilitätsbereich, mögliche aktuelle Kampagnen wie z.B. "Mit dem Rad zur Arbeit" und "bike&business" sowie aktuelle Veranstaltungen zu klimafreundlicher Mobilität. Der Einzelhandel kann gezielt über Fahrradfahrer als Kunden und die Errichtung von modernen Fahrradstellplätzen informiert werden. Bauherren können ebenfalls über die Bedeutung und Ausführung von modernen Fahrradabstellanlagen informiert werden.
Hinweise/Beispiele	Internetauftritte der Stadt Frankfurt zu Radfahren: http://www.radfahren-ffm.de oder zum City-Bus in Alzey: http://www.alzey.de/de/leben/citybus.php
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, KlimaschutzmanagerIn.

В 6	Informieren & motivieren
① ≒	Spritsparkurse für Unternehmen und Bürger bewerben
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	In Spritsparkursen, auch Öko-Fahrtraining genannt, wird Kraftfahrern in ein- bis zweitägigen Kursen eine kraftstoffsparende Fahrweise vermittelt. Sie stellen für die Teilnehmer und für die Umwelt einen Gewinn dar, ohne dass spritsparendes Fahren mit irgendwelchen Einschränkungen verbunden wäre. Flankierend können durch Wettbewerbe o.ä. Anreize zum Spritsparen geschaffen werden. Der Kreis kann koordinierend tätig werden, damit für alle Interessierten Spritspartrainings angeboten werden können, und dieses Angebot bei Privatpersonen wie auch bei Unternehmen bewerben.
Hinweise/Beispiele	In vielen Kommunen führt die Kreisverkehrswacht zusammen mit dem ADAC Spritspartrainings durch. Im Allgemeinen sind auch Fahrschulen dafür geeignet Spritspartrainings anzubieten. Die hohe Priorität ergibt sich aus dem hohen – häufig unterschätzten – Einsparpotential.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kreis, Kommune, KlimaschutzmanagerIn, Kreisverkehrswacht, weitere Akteure zur Durchführung der Trainings (z.B. Fahrschulen).

В 7	Informieren & motivieren
(I)	Information für Neubürgerinnen und Neubürger sowie Eltern von Neugeborenen hinsichtlich Möglichkeiten nachhaltiger Mobilitätsformen erweitern
Priorität Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Bei der Anmeldung bzw. der Empfangsveranstaltung in der Gemeinde erhalten Neubürger und Neubürgerinnen bereits ein Infopaket zu Mobilität. Dies kann bspw. durch ein Schnupperticket des VRN, Information zum Radfahren, P+R-Plätzen u.a. erweitert werden. Möglich sind auch Kennenlern-Radtouren oder Spaziergänge für NeubürgerInnen, bei denen sie die beiden Ortsteile und die Naherholungsgebiete kennenlernen. Auch der "Neugeborenen-Empfang" kann mit hilfreichen Information über Transportmöglichkeit von Säuglingen und Kleinkindern in Fahrrad-Kinderanhänger, Kindersitzen, Nachläufer-Fahrräder ergänzt werden (z.B. ADFC-Infobroschüre).
Hinweise/Beispiele	Der VRN bietet bereits Schnupperfahrkarten für Neuzugezogene an (stark vergünstigtes verbundweites "Entdecker-Ticket" für einen Monat, www.vrn.de). Für die Kennenlerntouren ("Neubürgertouren") kann ggf. der örtliche Radfahrer-Club einbezogen werden.
Nächste Schritte	Angebot für VRN "Entdecker-Ticket" einholen, Infopaket. erweitern
Beteiligte/Zuständige	Kommune , KlimaschutzmanagerIn, Ggf. Organisationen/Vereine

B 8	Informieren & motivieren
•	Aktionen und Information zu Mobilitätsthemen in die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie die Vereinsförderung integrieren
Priorität	mittel bis niedrig
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Um auch in zukünftigen Generationen ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu generieren, sollen Kinder und Jugendliche für dieses Thema bereits früh sensibilisiert werden. Die Aspekte Selbststänigkeit und Gesundheitsförderung sowie soziales Miteinander sind besonders bei Kindern, aber auch bei Senioren weitere Argumente für das Zufußgehen und Radfahren. Nur durch gezielte Förderung in Vereinen und Schulen kann dieses Ziel erreicht werden.
Hinweise/Beispiele	Es ist sehr empfehlenswert, das Themenfeld Mobilität verstärkt in den Schul- und Unterrichtsalltag aufzunehmen. Das Handbuch "Schulisches Mobilitätsmanagement" der ivm GmbH bietet umfassende Informationen aus Theorie und Praxis. Sportvereine sollen zu Aktionen wie z.B. "Sportlich zum Sport" motiviert werden. Die Maßnahmen B 9 und B 10 sind Beispiele für diese übergeordnete Maßnahme. Das Integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises weist im Kapitel Öffentlichkeitsarbeit darauf hin, dass Schulen und Vereine als wichtige Multiplikatoren fungieren, um eine breite Bevölkerungsschicht für den Klimaschutz zu sensibilisieren und zu aktivieren.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Seniorenheime, Vereine

В 9	Informieren & motivieren
①	Laufbusse für Grundschüler einrichten
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Der sogenannte "Laufbus" ist eine organisierte Laufgemeinschaft zur Schule. So können insbesondere Kinder im Grundschulalter den Weg zur Schule selbstständig sicher und in Gemeinschaft zurücklegen. Es werden Haltestellen (Treffpunkte) durch Schilder gekennzeichnet, an denen sich die Schüler treffen und gemeinsam evtl. in Begleitung eines Erwachsenen zur Schule gehen können.
Hinweise/Beispiele	Das Integrierte Klimaschutzkonzept des Rhein-Pfalz-Kreises empfiehlt u.a. die Einrichtung von "Laufbussen" (Maßnahmenkatalog Nr. 2.2.06). In Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis ist der Laufende Schulbus bereits erfolgreich etabliert. Ein Leitfaden zur Einführung ist unter www.cleverunterwegs.de zu finden.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Schulen (Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern)

B 10	Informieren & motivieren
①	Radelnde Schulbusse für weiterführende Schulen initiieren
Priorität	niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Ein radelnder Schulbus ist im Vergleich zum sogenannten "Laufbus" ist eine organisierte Gemeinschaft von radfahrenden Schülern zu einer weiterführenden Schule.
Hinweise/Beispiele	Auch das Integrierte Klimaschutzkonzept des Rhein-Pfalz-Kreises empfiehlt die Einrichtung von "Radelbussen" (Maßnahmenkatalog Nr. 2.2.06). Beispiel: http://www.adfc-bremen.de/fahrradschule/fahrradpooling.html
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Schulen (Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern), ADFC Kreisverband

B 11	Informieren & motivieren
\bigcirc	Regelmäßig in den lokalen Medien über Mobilitätsthemen
•	und Aktivitäten der Gemeinde berichten
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Eine förderliche Berichterstattung in den lokalen Medien zum Thema klimafreundliche Mobilität spielt eine große Rolle, da durch die lokalen Medien ein Großteil der Bevölkerung erreicht wird. Deshalb sollte - wie bisher bereits erfolgt - regelmäßig über "kleinere" Projekte/Maßnahmen, die durchgeführt werden im Amtsblatt berichtet werden.
Hinweise/Beispiele	Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde ist bereits sehr gut. Zu den Sitzungen des AK Verkehr soll öffentlich eingeladen werden.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune, lokale Medien

B 12	Informieren & motivieren
①	Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Gemeindeverwaltung entwickeln und umsetzen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
	Durchführen einer Mobilitätsbefragung der Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung. Diese Analyse dient als Grundlage ein betriebliches Mobilitätsmanagement für die Gemeindeverwaltung zu entwickeln und Empfehlungen zu erarbeiten, das Mobilitätsverhalten der Mitarbeiter/innen zu verbessern.
Beschreibung	Diese Maßnahme fällt vor allem unter den Gesichtspunkt "Mit gutem Beispiel voran gehen". Nur wenn seitens der Gemeinde ein gutes Mobilitätsverhalten vorgelebt wird, können die Bürger/innen für eben jenes begeistert werden. Auch die Außenwirkung wird verbessert. So werden vielleicht auch andere Kommunen motiviert ihr Mobilitätsverhalten zu überdenken. Die Maßnahme B 15 "Kommunalen Fuhrpark umweltfreundlich entwickeln" ist ein Beispiel für diese übergeordnete Maßnahme.
Hinweise/Beispiele	
Nächste Schritte	Durchführen einer Mobilitätsbefragung
Beteiligte/Zuständige	Kommune

B 13	Informieren & motivieren
2	Kommunalen Fuhrpark umweltfreundlich entwickeln
Priorität	sehr hoch
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Fahrzeuge in einem umweltfreundlichen Fuhrpark sind emissionsfrei (Fahrräder) oder emissionsarm (sparsame Kraftfahrzeuge, ggf. mit neuen Antriebstechniken). Es werden nur so viele Fahrzeuge vorgehalten wie tatsächlich gebraucht werden. Ein umweltfreundlicher Fuhrpark ist effizient, kostensparend und gesundheitsfördernd. Die Gemeindeverwaltung soll ihre Fahrzeugflotte und deren Auslastung prüfen und entsprechend umstellen. Ggf. kann auch Car-Sharing eingeführt werden (siehe auch A 20 "Aufbau von Car-Sharing-Angeboten prüfen"). Wo möglich soll ein gemeinsamer Fahrzeugpool eingerichtet werden, da dies effizienter ist als einzelne Fahrzeuge für einzelne Ämter. Bei notwendigen Neuanschaffungen sollen sparsame Fahrzeuge gekauft werden.
Hinweise/Beispiele	Für Kommunen sind Elektrofahrzeuge insbesondere als Nutzfahrzeuge im eigenen Fuhrpark interessant: Diese sind nur wenig teurer (etwa 10%) als solche mit Verbrennungsmotor, zudem fördern sie Gesundheit der Mitarbeiter, da lokal keine Abgase entstehen. Auch das Integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises empfiehlt, die Fahrzeuge der Kommunen und deren Bauhöfe zu überprüfen und eine Umstellung auf alternative Antriebstechnologien (Hybrid-, Gas- oder Elektrofahrzeuge) voranzutreiben (Maßnahmenkatalog Nr. 2.1.01 sowie 2.1.03).
Nächste Schritte	Fuhrparkanalyse
Beteiligte/Zuständige	Kommune, Kreis kann unterstützen.

9.3 Prozesse steuern

Nur eine institutionelle Verankerung von nachhaltiger Mobilität in der Planung (Organisation und Prozesse) gewährleistet, dass dieses Themenfeld dauerhaft berücksichtigt wird und eine Steuerungswirkung entfaltet. Sie schafft überhaupt erst die Voraussetzungen, die inhaltlichen Handlungsfelder systematisch und effizient umzusetzen. Die Verankerung von kreisweiten Austauschmöglichkeiten ermöglicht zudem ein effizientes und effektives Vorgehen in Politik und Verwaltung.

 CO_2 -Einsparmöglichkeiten sind nicht bezifferbar, das Handlungsfeld ist jedoch aufgrund seiner Funktion, Strukturen für eine nachhaltige Mobilität zu schaffen, grundlegend für eine nachhaltige Mobilität.

C 1	Prozesse steuern
	Klimaschutzmanager/in zur Koordination und Beratung einsetzen
Priorität	hoch
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Um die in diesem Konzept empfohlenen Maßnahmen umsetzen zu können, ist eine personelle Aufstockung in der Gemeindeverwaltung unerlässlich. Ein/e Klimaschutzmanager/in soll Prozesse und Projekte des Klimaschutzteilkonzepts für die übergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung wichtiger Akteure initiieren. Durch Information/Öffentlichkeitsarbeit, Moderation und Management soll die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen unterstützt werden.
Hinweise/Beispiele	Die Gemeinde Mörfelden-Walldorf setzt ihr Klimaschutzkonzept mit Unterstützung eines Klimamangers um. Diese Maßnahme ist nach der Kommunalrichtlinie 2015 förderfähig. Der derzeitige Fördersatz liegt bei 65%, für finanzschwache Gebietskörperschaften ist eine Aufstockung möglich. Der Förderzeitraum beträgt zwei Jahre und kann um ein Jahr verlängert werden. Auch das Integrierte Klimaschutzkonzept empfiehlt die Schaffung einer entsprechenden Selle in der Kreisverwaltung (Maßnahmenkatalog Nr. 7.2.01). Der Antrag muss mit der Kreisverwaltung abgestimmt werden.
Nächste Schritte	Abstimmung mit der Kreisverwaltung.
Beteiligte/Zuständige	Kreis, Kommune

C 2	Prozesse steuern
	Kommunales Netzwerk "Nachhaltige Mobilität" initiieren und betreuen
Priorität	mittel bis niedrig
Aufgabentyp	Daueraufgabe
Beschreibung	Ein vom Kreis initiiertes kommunales Netzwerk kann informieren und den Austausch von guten Beispielen fördern. Gerade kleinere Kommunen haben häufig nicht die personelle Kapazität, sich bei allen Entwicklungen auf den neuesten Stand zu bringen. Eine gute Voraussetzung hierfür bildet die vom Rhein-Pfalz-Kreis und der Metropolregion Rhein-Neckar zusammen mit der Energieagentur Rheinland Pfalz vereinbarte Kooperation für den kommunalen Klimaschutz. Ziel der Kooperation ist die gegenseitige Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen sowie eine enge Abstimmung und Koordination der Aktivitäten in Zusammenhang mit bestehenden Energieund Klimaschutzkonzepten. Im Rahmen dieser ebenenübergreifende Zusammenarbeit kann ein kommunales Netzwerk "Nachhaltige Mobilität" initiiert und betreut werden.
Hinweise/Beispiele	Ein ähnliches Netzwerk existiert im Kreis bereits als "Effizienznetz Rheinland-Pfalz" zur Förderung der Ressourcen- und Energieeffizienz. Als relevante Themen für "Nachhaltige Mobilität" können u.a. genannt werden: Kreisverkehre, Mobilitätsmanagement für Betriebe, Mobilität in der Kommunalverwaltung, Informationen zu Fördermöglichkeiten/gemeinsame Förderanträge, Aushandeln von Konditionen bei lokalen oder regionalen Unternehmen (z.B. für kommunale Elektrofahrzeuge), Straßenraumgestaltung, Barrierefreiheit, Bushaltestellen, Lärmsanierungen, Luftschadstoffe, Vorgehen bei großen Projekten, P+R, Mobilitätsbildung.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Energieagentur Rheinland-Pfalz, Kreis, Kommunen

C 3	Prozesse steuern
翻	Kommunale Stellplatzsatzung anpassen und hinsichtlich der
	Errichtung zeitgemäßer Fahrradabstellanlagen erweitern
Priorität	mittel bis niedrig
Aufgabentyp	Einmalaufgabe
Beschreibung	Zur Förderung des Radverkehrs sind sichere und komfortable Fahrradabstellanlagen an relevanten Quell- und Zielorten (Wohnung, Arbeitsplatz, Einkaufsziele,) unverzichtbar. Sind keine geeigneten Fahrradstellplätze vorhanden, ist die Diebstahlgefahr deutlich höher, was die Nutzung des Fahrrads hemmt. Die kommunale Stellplatzsatzung soll um quantitative und qualitative Anforderungen an ergänzt werden.
Hinweise/Beispiele	Die Anzahl der Stellplätze sollte in der Stellplatzsatzung (Stand 2012) angepasst werden (Verwaltungsvorschrift:1-1,5 Stellplätze pro Whg. in Mehrfamilienhäusern; 1-2 Stellplätze pro Whg. in Einfamilienhäusern). Weitere Informationen: FGSV-Leitfaden "Hinweise zum Fahrradparken" (2013) und. " und wo steht Ihr Fahrrad?" unter www.nationaler-radverkehrsplan.de/neuigkeiten/news.php?id=1013.
Nächste Schritte	
Beteiligte/Zuständige	Kommune

C 4	Prozesse steuern	
图	Kostenwahrheit im Verkehr fördern	
Priorität	niedrig	
Aufgabentyp	Daueraufgabe	
Beschreibung	Die Finanzierung des Verkehrs erfolgt aus einer Vielzahl von Quellen und ist häufig intransparent. Nicht alle Kosten, die der Verkehr verursacht, werden von den Verkehrsteilnehmenden getragen. Auch der Haushalt der Gemeinde soll regelmäßig hinsichtlich der verkehrsbezogenen Ausgaben und Einnahmen analysiert werden.	
Hinweise/Beispiele	Für die Analyse kommunaler Haushalte haben das weltweite Städtenetzwerk ICLEI und das Umweltbundesamt ein Verfahren entwickelt, mit dessen Hilfe Kommunen ihre tatsächlichen Ausgaben für Verkehr ermitteln können: http://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr- laerm/verkehrsplanung/kommunale-verkehrsplanung/least-cost- transportation-planning	
Nächste Schritte	Ermittlung der verkehrsbezogenen Ausgaben und Einnahmen	
Beteiligte/Zuständige	Kommune	

10 Controlling

Klimaschutz ist auf das Erreichen konkreter, quantitativer Ziele ausgerichtet. Es ist daher erforderlich, regelmäßig bzw. kontinuierlich im Rahmen eines Controllings zu überprüfen, ob und in welchem Maße die gesteckten Ziele erreicht werden. Böhl-Iggelheim hat sich zum Ziel gesetzt, im Zeitraum von 2010 bis 2020 die CO₂-Emissionen um 20% zu reduzieren. Die im Rahmen dieser Konzepterstellung durchgeführte CO₂-Bilanzierung und Potentialanalyse ergab, dass für den Verkehrssektor dieses Ziel nur sehr schwer zu erreichen ist. Das von der Gemeinde formulierte Reduktionsziel sollte für diesen Sektor überdacht und ggf. neu definiert werden.

Ein Controlling sollte sich auf zwei Ebenen beziehen: auf die Emissionen selbst und auf die Maßnahmenumsetzung.

Ein Controlling der Emissionen ist nur indirekt möglich, indem die bei der CO₂-Bilanzierung über die Software ECORegion verwendeten Kenngrößen für die Folgejahre fortgeschrieben und daraus die Emissionen hochgerechnet werden. Zusätzlich bietet die Studie "Mobilität in Deutschland (MiD)" komplexe und sehr umfassende Mobilitätsuntersuchung für Gemeinden und Regionen an. Die Gemeinde Böhl-Iggelheim sollte in Abstimmung mit dem Rhein-Pfalz-Kreis eine Stichprobenaufstockungen für die nächste MID-Studie beauftragen, die 2016 durchgeführt wird. Die zweite Ebene ist das Controlling der Maßnahmenumsetzung: es muss kontinuierlich überprüft werden, ob, in welchem Maße und in welcher Qualität die empfohlenen Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Für die Klimaschutzmaßnahmen insgesamt bietet sich hierfür ein jährlicher Statusbericht an, in dem dargestellt ist, in welchem Umsetzungsstand die einzelnen Handlungsempfehlungen bei der Kommune sind. Der Statusbericht dient zugleich als Instrument, um Hemmnisse und Hindernisse bei der Maßnahmenrealisierung erkennen zu können und um ggf. Modifikationen am Handlungsprogramm vorzunehmen, falls einzelne Maßnahmen sich nicht wie empfohlen als umsetzbar erweisen. Zuständig für die Erstellung des Statusberichts kann der/die Klimaschutzmanager/in sein. In der folgenden Tabelle 10-1 werden darüber hinaus für die einzelnen Maßnahmen entsprechende Hinweise gegeben.

Tabelle 10-1: Hinweise zum Maßnahmen-Controlling

Maßnahme	Controllingansätze und Messgrößen		
Allgemeine, maßnahmenübergreifende Controllingansätze			
Radverkehr	periodisch wiederkehrende Zählung des Radverkehrs an mehreren Punkten in der Gemeinde. Fahrradzählstellen kön- nen gleichzeitig eine Maßnahme für Controlling wie auch für Öffentlichkeitsarbeit sein. Die Zahl der täglich vorfahrenden Radler wird durch einen Sensor ermittelt und per Display an- gezeigt.		
ÖPNV	Abfrage der ÖPNV-Nutzung in Böhl-Iggelheim		

Maßnahme	Controllingansätze und Messgrößen		
A. Infrastruktur & Verkehrsangebot			
A 1: Zulässige Höchstgeschwindigkeit auf den engen Abschnitten der Haupt-	Regelmäßige (z.B. jährliche) Umsetzungsbilanz von Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Nahmobilität.		
verkehrsstraßen / Ortsdurchfahrten auf 30 km/h beschränken	Beurteilung von durchgeführten Straßenbaumaßnahmen hinsichtlich der Berücksichtigung der Aspekte		
A 2: LKW-Durchfahrtsverbot und Routenkonzept prüfen	jährliche Umsetzungsbilanz durchperiodisch wiederkehrende Zählungen und Kontrollen		
A 3: Einhaltung der Parkregelungen	jährliche Umsetzungsbilanz von Kontrollen		
durch regelmäßige Kontrollen sichern	periodisch wiederkehrende Zählung von Falschparkern		
A 4: Hauptverkehrs- und Wohnstraßen	jährliche Umsetzungsbilanz		
und Knotenpunktbereiche umgestalten und Rückbauen	Beurteilung der Planung und Ausführung von umzubauenden bzw. neuen Straßen		
A 5: Ortseingänge gestalten und beto-	jährliche Umsetzungsbilanz		
nen	Beurteilung von durchgeführten Straßenbaumaßnahmen hinsichtlich der Berücksichtigung der Aspekte		
A 6: Straßenraum begrünen	jährliche Umsetzungsbilanz		
	Beurteilung von durchgeführten Straßenbaumaßnahmen hinsichtlich der Berücksichtigung der Aspekte		
A 7: Radverkehrsverbindungen herstel-	Umsetzungsbilanz		
len und ertüchtigen, systematische Umsetzung sichern	Beurteilung von durchgeführten Maßnahmen hinsichtlich der Berücksichtigung der Aspekte		
A 8: Durch Beschilderung innerörtliche Radrouten sichtbar machen	jährliche Umsetzungsbilanz der sichtbargemachten Radrouten		
A 9: Barrieren für den Radverkehr beseitigen und geeignete Querungshilfen herstellen	jährliche Umsetzungsbilanz der beseitigten Barrieren		
A 10: Witterungsgeschützte, sichere und komfortable Radabstellanlagen an öf-	jährliche Umsetzungsbilanz der neuen bzw. aufgewerteten Fahr- radstellplätze bzgl. Qualität und Anzahl		
fentlichen Einrichtungen und wichtigen			
Zielen herstellen	Periodisch wiederholte Stichprobenzählungen des Aufkommens abgestellter Fahrräder		
A 11: Elektroladestationen für Pedelecs einrichten	Umsetzungsbilanz bzw. Status des Projektes		
A 12: Serviceangebote für den Radver- kehr ausbauen	Umsetzungsbilanz bzw. Status des Projektes		
A 13: Einrichtung einer Radstation fördern	Umsetzungsbilanz bzw. Status des Projektes		

Maßnahme	Controllingansätze und Messgrößen
A. Infrastruktur & Verkehrsangebot	
A 14: Verbesserung des bestehenden ÖPNV-Angebots prüfen	Umsetzungsbilanz des Prüfauftrags
A 15: Fahrtenangebot der Busse prüfen und ggf. verdichten	jährliche Umsetzungsbilanz
A 16: S-Bahn-Kapazitäten entsprechend der Nachfrage ertüchtigen	Umsetzungsbilanz
A 17: Kommunalen Bürgerbus erhalten und ausbauen	UmsetzungsbilanzRegelmäßige Zählungen des Fahrgastaufkommens
A 18: Bike+Ride-Angebote an wichtigen ÖPNV-Haltestellen in ausreichender Zahl herstellen	jährliche Umsetzungsbilanz der realisierten Bike+Ride-Plätze bzgl. Qualität und Anzahl
Zani nerstellen	Periodisch wiederholte Stichprobenzählungen des Aufkommens abgestellter Fahrräder
A 19: Erweiterung der Park+Ride Anlagen prüfen	Umsetzungsbilanz des Prüfauftrags
A 20: Aufbau von Car-Sharing- Angeboten prüfen	 Umsetzungsbilanz der Anzahl angebotener Car-Sharing- Fahrzeuge Evaluation der Car-Sharing-Nutzung (Kunden, Ausleihvorgänge usw.)
A 21: Fahrradverleihsystem an allen S- Bahnhöfen einrichten	Umsetzungsbilanz bzw. Status des Projektes
B. Informieren & motivieren	
B 1: Zu Nutzung von Mitfahrsystemen / Angeboten informieren	UmsetzungsbilanzErfassung der Nachfrage und Akzeptanz
B 2: ÖPNV-Informationen an Haltestellen verbessern	jährliche Umsetzungsbilanz
B 3: Zielgruppen-Kampagnen für nach- haltige Mobilität durchführen	jährliche Umsetzungsbilanz mit Angaben zu Anzahl der Teil- nehmenden
B 4: Unterstützen der Maßnahmen im Kfz-Verkehr durch Geschwindigkeitsanzeigetafeln	jährliche Umsetzungsbilanz, dokumentieren der Einsätze und Standorte sowie des Verkehrsverhalten
B 5: Internetauftritt der Kommune um den Themenbereich Mobilitätsmanagement ergänzen	jährliche UmsetzungsbilanzStichprobenprüfung der Aktualität
B 6: Spritsparkurse für Unternehmen und Bürger bewerben	 Erfassung der Nachfrage nach Spritsparkurse Evaluation der Zufriedenheit der Teilnehmenden, auch in längerem zeitlichem Abstand zur Kursteilnahme

Maßnahme	Controllingansätze und Messgrößen		
B. Informieren & motivieren			
B 7: Information für Neubürgerinnen und Neubürger sowie Eltern von Neugeborenen hinsichtlich Möglichkeiten nachhaltiger Mobilitätsformen erweitern	 Umsetzungsbilanz der Angebote für Neubürger Evaluation der Zufriedenheit der Neubürger und der Annahme der Angebote 		
B 8: Aktionen und Information zu Mobilitätsthemen in die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie die Vereinsförderung integrieren	 Umsetzungsbilanz Evaluation der Zufriedenheit der Zielgruppen 		
B 9: Laufbusse für Grundschüler einrichten	 Umsetzungsbilanz des Laufbusses an Schulen einschließlich Evaluation der Zufriedenheit bei Lehrkräften, Eltern und Schülern Evaluation des Mobilitätsverhaltens der Schüler/innen, bspw. in jährlichen Schüler-Projekten 		
B 10: RadeInde Schulbusse für weiterführende Schulen initiieren	 Umsetzungsbilanz des Radelnden Schulbusses an Schulen einschließlich Evaluation der Zufriedenheit bei Lehrkräften, Eltern und Schülern Evaluation des Mobilitätsverhaltens der Schüler/innen, bspw. in jährlichen Schüler-Projekten durch die Schüler selbst 		
B 11: Regelmäßig in den lokalen Medien über Mobilitätsthemen und Aktivitäten der Gemeinde berichten	Dokumentation der BerichteJährliche Umsetzungsbilanz		
B 12: Betriebliches Mobilitätsmanagement entwickeln	Umsetzungsbilanz der durchgeführten Beratungen für Unter- nehmen bzw. der realisierten Maßnahmen einschließlich Evalua- tion der Zufriedenheit der teilnehmenden Unternehmen Mittelfristig Evaluation des Mobilitätsverhaltens durch Beschäftigtenbefragungen		
B 13: Kommunalen Fuhrpark umwelt- freundlich entwickeln	Periodische Berichterstattung zur Zusammensetzung des kommunalen Fuhrparks und den fahrleistungsspezifischen sowie den absoluten Energieverbräuchen bzw. Emissionen		

Maßnahme	Controllingansätze und Messgrößen
C. Prozesse steuern	
C 1: Klimaschutzmanager/in zur Koordi-	Umsetzungsbilanz der Maßnahme
nation und Beratung einsetzen	Regelmäßige Tätigkeits- und Erfolgsberichte
C 2: Kommunales Netzwerk "Nachhaltige Mobilität" initiieren und betreuen	 Regelmäßige Berichterstattung zu den durchgeführten Netzwerkaktivitäten und der Resonanz in der Kommunen Erhebung der Zufriedenheit der Teilnehmenden
C 3: Kommunale Stellplatzsatzung anpassen und hinsichtlich der Errichtung zeitgemäßer Fahrradabstellanlagen erweitern	 Umsetzungsbilanz der Verankerung von qualitätsvollen Standards in der kommunalen Fahrradabstellplatzsatzungen Evaluation der Erfahrungen der Baugenehmigungsbehörden
C 4: Kostenwahrheit im Verkehr fördern	Umsetzungsbilanz bezüglich des analysierten Kommunalhaushalts und der durchgeführten Verkehrsfolgekostenschätzungen Zusammenfassung und Beurteilung der Ergebnisse aus der vorgenannten Untersuchung

Fortsetzung Tabelle 10-1: Hinweise zum Maßnahmen-Controlling

11 Öffentlichkeitsarbeit

Nachhaltige Veränderungen des Mobilitäts- und Verkehrsgeschehens erfordern nicht allein entsprechender Verkehrsinfrastrukturen und -angebote, sondern auch eine Verankerung in den Plänen und Programmen der Gemeinde, des Kreises und der Region (vgl. , ab Seite 75) sowie den Institutionen und in den Köpfen der Menschen (siehe Abbildung 11-1).

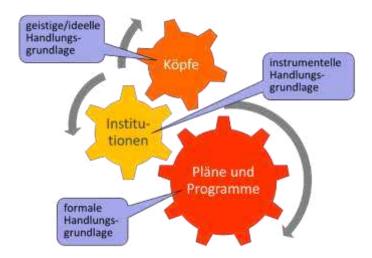


Abbildung 11-1: Verankerung der Idee von nachhaltiger Mobilität in Köpfen, Institutionen, Plänen und Programmen

Eine intensive und professionelle Kommunikation gegenüber und mit der Öffentlichkeit und Marketing müssen daher inhärente Bestandteile einer Gesamtstrategie sein. In den Handlungsempfehlungen sind bereits folgende Maßnahmen enthalten, die dem Feld Öffentlichkeitsarbeit und Marketing zugeordnet werden können:

- B 1: Zu Nutzung von Mitfahrsystemen / -angeboten informieren
- B 2: ÖPNV-Informationen an Haltestellen verbessern
- B 4: Zielgruppen-Kampagnen für nachhaltige Mobilität durchführen
- B 6: Internetauftritt der Kommune um den Themenbereich Mobilitätsmanagement ergänzen
- B 7: Neubürger bei Anmeldung über Mobilitätsangebot informieren
- B 8: Aktionen und Informationen zu Mobilitätsthemen in die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie die Vereinsförderung integrieren
- B 11: Regelmäßig in den lokalen Medien über Mobilitätsthemen und Aktivitäten der Gemeinde berichten

Aufgrund der Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit werden nachfolgend weitere Hinweise gegeben.

Anforderungen an die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sind nach den aktuellen "Hinweise zur Beteiligung und Kooperation in der Verkehrsplanung" (FGSV 2012) Systematik, Vielseitigkeit, Aktualität, Kontinuität, Glaubwürdigkeit und Integration. Auf Böhl-Iggelheim angewendet führt dies zu den in Tabelle 11-1 dargestellten Umsetzungshinweisen:

Anforderung	Umsetzung (Beispiele/Hinweise)		
Systematik	Erstellung eines Jahresprogramms für die Öffentlichkeitsarbeit zur Mobilität		
Medienvielfalt	Aufstellung eines Informations- und Kommunikationsangebots auf verschiedenen Ebenen:		
	Online- und Printmedien Weiterentwicklung der Homepages der Gemeinde Böhl-Iggelheim mit nutzerfreundlichen Informationen zur Mobilität		
	 Presse Presse regelmäßig und anlassbezogen mit Informationen zur Mobilität versorgen. Mobilitätsthemen wie Mobilitätsmanagement bei Unternehmen und in Schulen im Kreisgebiet durch die Presse begleiten 		
	Jährliche oder einmalige Events		
	 Aktionen z.B. im Frühjahr zum Start der Fahrradsaison 		
	Radfahrwettbewerb		
	o "Stadtradeln"		
	 "Mit dem Rad zur Arbeit" in der Gemeindeverwaltung durch- führen sowie bei Unternehmen bewerben und zur Teilnahme anregen 		
	Kampagnen		
	 Zielgruppenbezogene Werbekampagnen zu Teilthemen nach- haltiger Mobilität durchführen 		
	Entwicklung von Online- und Printinformationen für verschiedene Ziel- gruppen		
	 Fahrplanheft für Böhl-Iggelheim 		
	 Infobroschüre zu privaten Fahrradabstellanlagen 		
	o z.B. "mit dem Rad zum Einkaufen", "mit dem Rad ins Büro"		
	o z.B. zur Bewerbung von Neubürgerradtouren		
Aktualität	Qualitätsmanagement zur Sicherstellung, dass Informationen in Online- und Print-Medien aktuell sind → Klare Zuständigkeiten		
Kontinuität	Medien regelmäßig mit Informationen versorgen. Den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass Böhl-Iggelheim am Thema dran bleibt und aktiv ist.		
Glaubwürdigkeit	Keine unrealistischen Erwartungen wecken.		
Integration	Aktivitäten übergeordneter Planungsebenen und örtlicher Akteure werden aufgenommen und gefördert (z.B. Unterstützung bundesweiter Kampagnen und Aktionen, Angebote wie Radtouren des ADFC mitbewerben)		

Tabelle 11-1: Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit

12 Quellen

- Ahrens, Gerd-Axel / Becker, Udo u.a., 2013: Potenziale des Radverkehrs für den Klimaschutz; Berlin, (= Texte 19/2013, hrsg. vom Umweltbundesamt)
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), 2015: Indikatoren und Karten zur Raum und Stadtentwicklung (INKAR). Online verfügbar unter www.inkar.de (Zugriff April 2015).
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung) (Hrsg.) 2010: Mobilität in Deutschland 2008. Tabellenband. (Eigene Auswertungen)
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), 2015: Merkblatt Investive Klimaschutzmaßnahmen, Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative,
 - http://www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/mb_investive_massnah men.pdf (Zugriff Okt. 2015)
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), 2015: Merkblatt Förderung einer Stelle für Klimaschutzmanagement. Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative; online verfügbar unter: www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/mb_klimaschutzmanagement.p df (Zugriff Okt. 2015)
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) / BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)(Hrsg.), 2011: Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. 28. September 2010. Berlin. [inklusive Vorwort anlässlich der Änderung des Atomgesetzes und der Einführung des Energiepakets im Jahr 2011 "Das Energiekonzept der Bundesregierung 2010 und die Energiewende 2011"]
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2013: Beschäftigungsstatistik. Online verfügbar unter http://statistik.arbeitsagentur.de/ (Zugriff Dez. 2014).
- Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV), 2012: Hinweise zum Fahrradparken, Köln
- Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV), 2012: Hinweise zur Beteiligung und Kooperation in der Verkehrsplanung, Köln
- Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV), 2010: Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA). Köln
- IfaS (Institut für angewandtes Stoffstrommanagement), 2015: Abschlussbericht Integriertes Klimaschutzkonzept, Rhein-Pfalz-Kreis. Ludwigshafen, Birkenfeld
- ivm GmbH (Hrsg.), 2014: Förderung des Rad- und Fußverkehrs, Kosteneffiziente Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum. Handbuch für die kommunale Praxis. Schriftenreihe des ivm Nr. 3. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter www.ivm-rheinmain.de/die-ivm/download (Zugriff Okt. 2015)

- ivm GmbH (Hrsg.), 2013: Schulisches Mobilitätsmanagement, Sichere und Nachhaltige Mobilität für Kinder und Jugendliche. Handbuch für die kommunale Praxis. Schriftenreihe des ivm Nr. 2. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter www.ivm-rheinmain.de/dieivm/download (Zugriff Okt. 2015).
- Kirschey, Th., 2012: Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2030. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 12/2012. S. 1091-1100.
- KlimAktiv 2015: Wie gut ist Ihre CO2-Bilanz? http://uba.klimaktiv-co2-rechner.de/de_de/page (Zugriff Okt. 2015).
- Kraftfahrt-Bundesamt, 2008-2015: Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes. Fahrzeugzulassungen (FZ), Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Gemeinden, Stand zum 1. Januar des jeweiligen Jahres. Flensburg.
- LBM (Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz) (Hrsg.): Verkehrsstärkenkarte. Straßenverkehrszählung 2005, 2010. Speyer.
- Lehnert, Dr. N. M., 2014: Umweltbelastungen durch den Straßenverkehr. Die statistische Erfassung nachhaltiger Mobilität. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 08/2014. S. 743-750.
- Öko-Institut, 2012: Renewbility II. Szenario für einen anspruchsvollen Klimaschutzbeitrag des Verkehrs. Zentrale Ergebnisse. Berlin.
- Planungsbüro Piske, 2005: Erläuterungsbericht zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans. Flächennutzungsplan II der Gemeinde Böhl-Iggelheim. Ludwighafen.
- Planungsbüro Piske, 2014: Änderung 1 zum Flächennutzungsplan II. Ludwigshafen.
- Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz, 2015: Kommunaldatenprofil Rhein-Pfalz-Kreis 06/2015: Bad Ems.
- TU (Technische Universität) Dresden, 2010: Interdependenzen zwischen Fahrrad -und ÖPNV-Nutzung – Analysen, Strategien und Maßnahmen einer integrierten Förderung in Städten. Endbericht des Forschungsvorhabens im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans. Dresden.
- UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.), 2010: CO₂-Emissionsminderung im Verkehr in Deutschland Mögliche Maßnahmen und ihre Minderungspotenziale. UBA-Texte 05/2010. Dessau-Roßlau.
- UBA (Umweltbundesamt), 2012: Daten zum Verkehr 2012. Dessau-Roßlau.
- UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.), 2013: Weiterentwicklung des Analyseinstruments Renewbility. RENEWBILITY II Szenario für einen anspruchsvollen Klimaschutzbeitrag des Verkehrs. UBA-Texte 84/2013. Dessau-Roßlau.
- UBA (Umweltbundesamt) 2015:UBA-Emissionsdaten zeigen Trendwende beim Klimaschutz. Emissionen sinken auf niedrigsten Wert seit 2010. (=Presseinfo Nr. 14 vom 31.03.2015) http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/381/dokumente/pi_2015_

- 31_03_uba-emissionsdaten_2014_zeigen_trendwende_beim_klimaschutz.pdf (Zugriff Okt. 2015).
- V-KON (Ingenieursbüro für Straßen- und Verkehrsplanung), 2007: Verkehrsuntersuchung Böhllggelheim, Stand 05/2007. Trier.
- VRN (Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH) (Hrsg.), 2015: Liniennetzplan Vorder-/Südpfalz. Mannheim.

VRRN (Verband Region Rhein-Neckar) (Hrsg.), 2014: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar. Mannheim 2014.

13 Anhang

13.1 Interviewpartnerinnen und Interviewpartner

Funktion	Name	Interviewtermin
Bürgerinitiative Westumgehung	Gerda Bruch	09.02.2015
Bürgermeister	Peter Christ	09.02.2015
Arbeitskreis Ökologie und Ortsentwicklung	Agnes Conrad	09.02.2015
Gemeinderatsmitglied SPD	Burkhard Grüninger	13.02.2015
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen	Joachim Heidinger	13.02.2015
Vorsitzender des Arbeitskreises Verkehr	Gerd Hemmer	09.02.2015
Fraktionsvorsitzender CDU	Michael Knebel	13.02.2015
Böhl-Iggelheimer Liste	Jürgen Schweitzer	09.02.2015

13.2 Interviewleitfaden

1) Aktivitäten

- a. Welche Berührungspunkte haben Sie mit dem Thema Verkehr in der Gemeinde Böhl-Iggelheim?
- b. Welches sind Ihre bisherigen (Haupt-) Aktivitäten für einen umwelt- und klimafreundlichen Verkehr / mehr Verkehrssicherheit / Luftreinhaltung im Verkehr? Ggf.: Was sind die Hintergründe / wie kommt es dazu?
- c. Gibt es in Ihrer Institution eine Zielsetzung / Strategie in Bezug auf einen umwelt- und klimafreundlichen Verkehr/ Verkehrssicherheit/Luftreinhaltung im Verkehr?

2) Kooperationen/Kontakte

- a) Haben Sie in Fragen von Mobilität und Verkehr Kontakt oder bestehen Kooperationen mit anderen Institutionen wie etwa benachbarten Kommunen oder dem Rhein-Pfalz Kreis, Verbänden oder Firmen?
- b) Wie beurteilen Sie diese Kontakte bzw. Kooperationen? Was war besonders gut? Was besonders verbesserungswürdig?
- c) Was benötigen Sie, um Ihre Vorhaben / Ihre neuen Ideen zu verwirklichen bzw. leichter umzusetzen? (Kooperationen/Finanzen/Informationen/Kontakte/Fortbildungen/Ideelle Unterstützung etc.)

3) Ausblick, was müsste verbessert werden?

- a) Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll / hilfreich, um den umwelt- und klimafreundlichen Verkehr in Böhl-Iggelheim zu verbessern? (auch bestehende Maßnahmen benennbar)
- b) Wie sehen Sie Ihre Rolle beim umwelt- und klimafreundlichen Verkehr in Böhl-Iggelheim zukünftig?
- c) Wie sehen Sie die Rolle von anderen Akteuren (z.B. Verwaltung, Einwohner, Politik, ...)?
- d) Wo sehen Sie darüber hinaus noch Potenziale in Ihrem Wirkungsfeld?
- 4) Evtl. schon Vertiefung einer ersten Idee (je nach Gesprächsverlauf)

5) <u>Fazit/Abschluss</u>

- a) Was sind für Sie die wichtigsten neuen Punkte aus diesem Gespräch? Woran hätten Sie (am meisten) Interesse weiter mitzuwirken/zu profitieren?
- b) Gibt es noch Punkte, die Ihnen wichtig sind, die wir bisher nicht angesprochen haben?

13.3 Fragebogen (veröffentlicht im örtlichen Amtsblatt 02 und 03/2015)

Klimafreundliche Mobilität in Böhl-Iggelheim

Die Gemeinde Böhl-Iggelheim möchte mehr für den Klimaschutz tun! Ein hoher Anteil des klimaschädlichen CO₂ wird durch die Abgase des motorisierten Verkehrs verursacht. Wenn wir unser Klima schützen wollen, ist es wichtig, diesen Kohlendioxid-Ausstoß so schnell wie möglich und dauerhaft zu reduzieren.

Arbeit/Schule, Eink Bus S-Bahn/Zug	(fast) täglich	NO.		ent	
		1-3 Tage pro Woche	1-3 Tage pro Monat	seltener als monatlich	nie oder fast nie
S-Bahn/Zug					
o Danie Lag					
Auto					
Fahrrad					
zu Fuß			п		
b) Können Sie uns ist?	Beispiele nenr	nen, was nach	Ihrer Ansicht	in Böhl-Iggell	neim zu diesem Thema pos
	vorstellen sta	tt Auto zu fahr	en, häufiger a	uf Fahrrad oo	ler öffentlichen Nahverkehr
umzusteigen?			72.		ici olichiliciicii ivalivciicii
		□ Nein	78.	□ weiß nic	
umzusteigen?		□ Nein	hres <mark>Erachten</mark>		cht



Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

13.4 Öffentlichkeitsbeteiligung durch Ortsbegehung

Ankündigung im Amtsblatt

"Die Gemeinde Böhl-Iggelheim erstellt ein Klimaschutzkonzept, das umweltfreundliche Mobilität fördern und für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen soll. In diesem Rahmen findet am Samstag, den 21.03.2015 zwischen 9.30 und 13.00 Uhr eine öffentliche Ortsbegehung statt. Während der Begehung besteht die Möglichkeit, persönliche Erfahrungen zu positiven Beispielen für klimafreundlichen Ortsverkehr wie auch zu aktuellen Problemlagen anzusprechen und Ideen für mögliche Lösungsansätze einzubringen. Zum Mitlaufen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

9.30 Uhr: Start der Begehung für den Ortsteil Iggelheim, Treffpunkt ist an der Bushaltestelle in der Luitpoldstraße (im Bereich Luitpoldstraße 16)

11.30 Uhr: Start der Begehung für den Ortsteil Böhl, Treffpunkt Rathaus

Für alle Bürgerinnen und Bürger, die nicht an der Begehung teilnehmen können, besteht die Möglichkeit, zwischen 11.00 und 11.30 Uhr im Rathaus Anregungen und Vorschläge an Hand von aushängenden Plänen mitzuteilen.

Die Route in Iggelheim wird voraussichtlich über Luitpoldstraße, Buschgasse, Langgasse, Ortsmittelpunkt, Eisenbahnstr., Oberkreuzstr., Durchgang zur Fichtenstraße und am Schwarzweiher verlaufen. In Böhl wird die Begehung über Bahnhof, Bahnhofstraße, Bismarckstr., Schulstr., Kirchenstr. und Hauptstraße führen.

Die Ortsbegehung findet wetterunabhängig statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, wäre aber für unsere Planung wünschenswert. Bei Fragen können Sie sich an Frau Eisel, Tel. 06324/963-219, oder per E-Mail martina.eisel@boehl-iggelheim.de wenden."

Artikel im Amtsblatt zur Ortsbegehung vom 21.03.2015

"Die Gemeindeverwaltung Böhl-Iggelheim stellt gemeinsam mit der Ingenieurgruppe Verkehrslösungen aus Darmstadt in den nächsten Monaten ein Klimaschutzteilkonzept Mobilität auf. Dieses Konzept befasst sich mit allen Verkehrsmitteln. Ziel ist es, die Verkehrsplanung unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes weiterzuentwickeln und Maßnahmen zu initiieren, die zu einer klimafreundlichen Verkehrsmittelwahl motivieren.

Während des Erarbeitungsprozesses findet eine intensive Öffentlichkeitsarbeit statt. Im ersten Schritt wurde in den vergangenen Wochen über einen Bürgerfragebogen das Mobilitätsverhalten abgefragt. In diesem Zusammenhang konnten aber auch bereits Verbesserungen für klimafreundlichen Verkehr in Böhl-Iggelheim eingebracht werden.

Am vergangenen Samstag, 21.03.2015, fand eine öffentliche Ortsbegehung statt. Gestartet ist die 23-köpfige Interessensgruppe an der Bushaltestelle in der Luitpoldstraße. Auf dem Weg in Richtung Rathaus haben immer wieder kurze Gesprächsrunden stattgefunden, in der die Teilnehmer Vorschläge unterbreiten konnten.

Eine wichtige Voraussetzung für die Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs sind direkte und durchgängige Wege. Die Hindernisse für Fußgänger, die durch regelwidriges Gehwegparken entstehen, konnten alle Beteiligten bei der Begehung leider recht häufig feststellen. Wichtig waren in diesem Zusammenhang die Hinweise der ortskundigen Fahrradnutzer/innen auf mehrere Umlaufsperren. Solche umgangssprachlich auch als "Drängelgitter" bezeichneten

Absperrungen, haben an Kreuzungsstellen von Fuß- und Fahrradwegen eine bremsende Funktion und sollen auch verhindern, dass unberechtigte Fahrzeuge einen Weg benutzen. So kann beispielsweise der Verbindungsweg zwischen Buschgasse und Kornblumenstraße mit einem Fahrrad mit Anhänger nicht genutzt werden, wodurch Umwege in Kauf genommen werden müssen. Auch die "Absteige-Regel" für Radfahrer an der Bahnunterführung wurde während der Begehung diskutiert. Die Querungshilfe in Höhe der Tierarztpraxis an der Eisenbahnstraße wurde für den Fußverkehr als wichtig und hilfreich angesehen und die positive Wirkung auf die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs diskutiert. Auch die überdachten Fahrradabstell-anlagen und abschließbaren Boxen am Bahnhof wurden als besonders positiv angesehen. Auf der gesamten begangenen Route war die Überschreitung der Geschwindigkeiten in den Tempo 30 Zonen ein Thema. Als mögliche Lösungsvorschläge wurden von den Beteiligten Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise das Installieren von Geschwindigkeitsanzeigern und die Ausweisung von versetzten Parkzonen genannt.

Im Rathaus konnten anhand von Plänen weitere Punkte benannt und Vorschläge unterbreitet werden.

Die Pläne im Rathaus bleiben noch hängen und es besteht für Sie bis zum 15. April 2015 die Möglichkeit weitere Anregungen und Ideen im Plan kenntlich zu machen."



Halt der Interessensgruppe auf dem





Kurzer Zwischenstopp im Rathaus

13.5 Dokumentation der Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsbeteiligung

Ergebnisse aus Interviews und Ortsbegehung



Abbildung 13-1: Karte mit Hinweisen aus der Öffentlichkeit auf Problemsituationen im Ortsteil Böhl (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)



Abbildung 13-2: Karte mit Hinweisen aus der Öffentlichkeit auf Problemsituationen im Ortsteil (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)



Abbildung 13-3: Karte der positiven Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge für den Ortsteil Böhl (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)



Abbildung 13-4: Karte der positiven Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge für den Ortsteil Iggelheim (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

Ergebnisse aus Fragebogenrückläufen

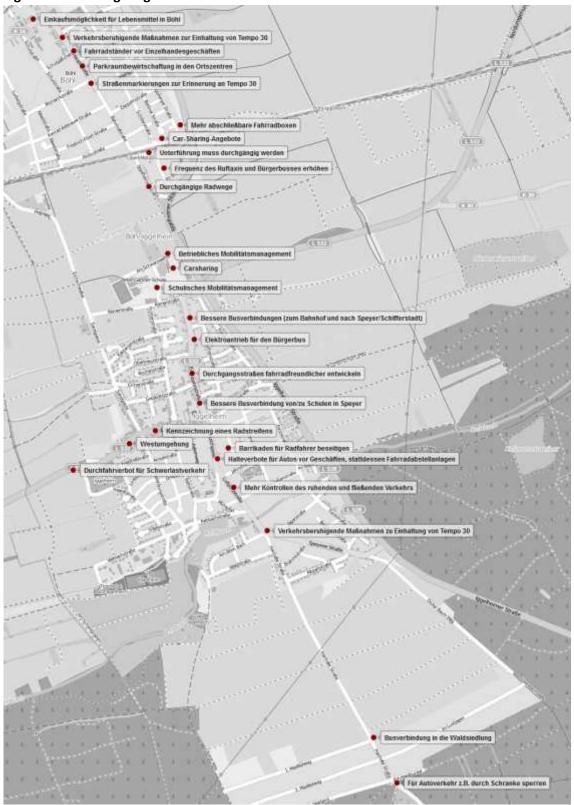


Abbildung 13-5: Kartographische Zusammenfassung der Hinweise auf Problemsituationen aus den Fragebogenrückläufen (Kartengrundlage: © OpenStreetMap-Mitwirkende 2015)

- Zusammenfassung der Rückmeldungen aus der Fragebogenaktion (50 Teilnehmer, keine repräsentative Umfrage) Über 90% der Teilnehmer können sich vorstellen statt Auto zu fahren, auf Fahrrad oder ÖPNV umzusteigen
- 44 % der Teilnehmer nutzen das Fahrrad täglich
- 74 % nutzen das Auto täglich bzw. 1-3 Tage die Woche

Am häufigsten genannte bisherige positive Maßnahmen für den Klimaschutz:

- Bürgerbus
- Ruftaxi
- S-Bahn-Anbindung
- Tempo 30 Zonen
- Radwege

Auswahl aus Verbesserungsvorschlägen

- Takt-Verbesserungen Ruftaxi/Bürgerbus
- Regelmäßige Busverbindung zum Bahnhof
- Häufigere Busverbindung nach Speyer
- Bessere Informationen im ÖPNV
- Fahrradstellplätze statt Parkplätze
- · Verbesserung der Fahrradwegweisung
- Fahrradschutzstreifen
- Bahnunterführung für Radverkehr freigeben
- Durchfahrverbot LKW-Verkehr
- Sperrung der Straße zum Vogelpark durch Schranke
- E-Car-Sharing Angebot

13.6 Dokumentation des Workshops am 13. Juli 2015

Ziel und Anlass

Die Zusammenkunft dient dazu, die bisherigen Analyseergebnisse vorzustellen und zu diskutieren sowie erste Handlungsempfehlungen für Maßnahmen zur Klimaschutzstrategien zu sammeln.

Begrüßung

Herr Bürgermeister Christ begrüßt die rund fünfzehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops zum Klimaschutz-Teilkonzept Verkehr. Er verweist auf den Beschluss des Haupt-ausschusses im Dezember 2014 zur Beauftragung des Klimaschutzkonzepts an das Büro Verkehrslösungen, um eine klimafreundliche Mobilität in Böhl-Iggelheim zu stärken Nach der bisher erfolgten Bürgerbeteiligung in Form von Interviews und Ortsbegehung liegt nun die Bestandsaufnahme und Analyse in Form eines Zwischenberichts vor.

Vorstellung des Zwischenberichts

Hannah Eberhardt vom Büro VERKEHRSLÖSUNGEN gibt zuerst einen Überblick über die Grundlagen und Ergebnisse der CO₂-Bilanz des Verkehrssektors für Böhl-Iggelheim, die mit der Software ECOSPEED Region erstellt wurde. Ein Ergebnis der Potentialanalyse und der Minderungsziele ist, dass für den Verkehrssektor das Minderungsziel von 20% CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2020 sehr schwierig zu erreichen ist. Aus dem Publikum wird die Zwischenfrage gestellt, dass es heute zwar mehr Autos als von 20 Jahren gäbe, diese aber doch im Vergleich energieeffizienter seien, so dass eine CO₂-Reduktion möglich sein müsste? Hierzu merkt Frau Eberhardt an, dass die Jahresfahrleistungen nur z.T. gestiegen und die Emissionen pro Fahrzeug durch technische Erweiterungen wie z.B. Klimaanlagen kaum gesunken sind.

Im Anschluss geht Frau Eberhardt auf die strukturellen Rahmenbedingungen der Gemeinde hinsichtlich Siedlungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung, Pendlerbeziehungen, Fahrzeugbestand und Modal Split ein. Die Werte des Modal Split geben den Anteil der verschiedenen Verkehrsmittel an den zurückgelegten Wegen an und stammen aus der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung beauftragten Studie Mobilität in Deutschland (MiD) aus dem Jahr 2008. Da keine gemeindegenauen Daten vorliegen, muss auf die Ergebniswerte einer Durchschnittsgemeinde in der Größenklasse 5.000 – 20.000 Einwohner zurückgegriffen werden. Um zukünftig genauere Daten (z.B. auf Landes- oder Kreisebene) zu erhalten, wäre eine regionale Aufstockung bei der nächsten MiD-Erhebung (geplant für 2015/16) notwendig.



Die anschließende Vorstellung der Ergebnisse der Analyse der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsangebots gliedert sich in die Unterpunkte Motorisierter Individualverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr, Fußverkehr und inter- bzw. multimodale Verkehrsangebote. Eine Bürgerin

kommentiert, dass sie eine Stagnation oder gar einen Rückgang des Verkehrs aus ihrer subjektiven Wahrnehmung auch wegen der zahlreichen LKW-Durchfahrten nicht bestätigen kann und

trifft damit auf Zustimmung weiterer Teilnehmender. Frau Eberhardt erläutert, dass die Zahlen durch den Landesbetrieb Mobilität erhoben worden seien, und dass in ganz Deutschlandeine Stagnation des Verkehrsaufkommens festzustellen sei, auch wenn subjektiv häufig ein anderer Eindruck entstehe, z.B. durch einen im Verhältnis zunehmenden Schwerverkehrsanteil. Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Teilkonzept sollten die Zahlen vorrangig verdeutlichen, dass sich der jahrzehntelange Anstieg des Verkehrs seit etwa zehn Jahren nicht mehr fortsetze.

Die Vorstellung des ÖPNV-Angebots führt zu folgenden Einwürfen von Seite der Zuhörerschaft: Das Wochenendhausgebiet ist (mit Ausnahme der Ruftaxi-Verbindung am Wochenende) nicht an das ÖPNV-Netz angeschlossen, obwohl hier großer Bedarf bestünde. Die Verkehrsbetriebe des VRN sind in Zusammenarbeit mit dem Landkreis für die Erschließung zuständig, lehnen diese jedoch immer wieder ab, da es sich offiziell nicht um eine Dauerwohnsiedlung handelt. Von Seite eines Bürgers wird vorgeschlagen, im Erschließungsantrag auf das Naherholungsgebiet hinzuweisen um die Erfolgsaussichten zu verbessern.

Ein weiterer Hinweis betrifft das örtliche Ruftaxi. Die Nutzung dieses Ruftaxis sei nicht sehr kundenfreundlich, da unter der angegebenen Telefonnummer nicht das zuständige Taxiunternehmen erreichbar sei, sondern eine Zentralstelle, die keine weiter Auskunft geben könnte und an eine andere Telefonnummer verweisen würde. Nur wenn man ein "Dauerfahrgast" sei, könnte man diesen ÖPNV-Service erfolgreich nutzen.

Aus dem Publikum gibt es im Anschluss an die Vorstellung der Daten und Fakten weitere Anregungen und Hinweise:

- Es gibt in Böhl-Iggelheim weitere intermodale Verknüpfungspunkte als den Bahnhof, z.B.
 Bushaltestellen.
- Die Verwaltung verleiht 2 Elektrofahrräder
- Gibt es eine Statistik zu den Nutzungszahlen des Bürgerbusses? Frau Eisel erläutert, dass der Bürgerbus sehr gut angenommen werde.
- Könnte im Zwischenbericht eine Arbeitsfolie mit Verbesserungspotential aufgenommen werden? Dies wird über den Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen abgedeckt, der in den nächsten Monaten erarbeitet wird.
- Gerade im Verkehrsbereich hat eine Gemeinde nur einen begrenzten Einfluss auf einen klimafreundlichen Verkehr, der stärker als andere Sektoren wie Haushalte oder Industrie im überörtlichen Zusammenhang zu sehen ist. Z.B. gab es in Ludwigshafen viele Einsparungen, so dass das ÖPNV-Angebot für Pendler zur BASF nun weniger attraktiv ist als früher. Dieses Dilemma ist mit einem Klimaschutzteilkonzept auf Gemeindeebene nicht zu lösen. Es können lediglich Hinweise und Empfehlungen an die Kreisebene gerichtet werden. Der Kreis und die Stadt Ludwigshafen planen ein regionales Mobilitätskonzept zu erstellen; dieses könnte dann die Anregungen aus Böhl-Iggelheim aufnehmen.

Vorstellung der Ergebnisse der bisherigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Annette Woithon vom Büro VERKEHRSLÖSUNGEN stellt die Ergebnisse der bisherigen Öffentlichkeitsbeteiligung vor, die in Form von Interviews, einer zweimaligen Fragebogen-Veröffentlichung im Amtsblatt und einer Ortsbegehung stattfand. Die bisher vorgeschlagenen Maßnahmen werden auf Karten an die bereitgestellten Pinnwände geheftet, untergeteilt in die

Kategorien "ÖPNV", "Radverkehr", "Intermodale Mobilitätsformen", "Straßenraumgestaltung und Fußverkehr", "Gewerbe- und Güterverkehr", "Organisations- und Planungsprozesse", "Schulisches und betriebliches Mobilitätsmanagement" sowie "Bewusstseinsbildung".

Workshop-Phase

Der nächste Programmpunkt ist die Workshop-Phase, in der die Teilnehmenden selbst aktiv werden. Die ersten Maßnahmenvorschläge, die auf Grundlage der Interviews, der Ortsbegehung sowie der Fragebogenrückläufe vom Büro VERKEHRSLÖSUNGEN zusammengefasst wurden, sollen nun ergänzt und ggf. erläutert werden. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, auf bereitliegenden Karten Vorschläge zu notieren und sie an die Pinnwände zu heften. Danach haben alle Anwesenden die Möglichkeit die Maßnahmenvorschläge zu priorisieren. Die Teilnehmenden erhalten fünf Klebepunkte, die sie frei an den drei Pinnwänden auf die verschiedenen Maßnahmen verteilen können. Dabei darf pro Person nur ein Punkt auf einen Maßnahmenvorschlag geklebt werden.



Als Ergebnis der Workshop-Phase ergeben sich folgende Maßnahmen mit jeweiliger Priorisierung:

Maßnahmenvorschlag	Priorisierung
A. Straßenraumgestaltung und Fußverkehr	
A.1: Tempo 30 auf Landesstraßen	••••••
A.2: Einrichtung/Erweiterung von verkehrsberuhigten Zonen	
A.3: Verstärkte Kontrollen des ruhenden Verkehrs	••
A.4: Baumpatenschaften	•
A.5: Treffpunkte/Aufenthaltsräume" für Bürgerinnen und Bürger	
Zusätzlicher Vorschlag: Beseitigung der Problematik: Fahrzeuge weichen im Begegnungsverkehr auf die Fußwege aus	••
Zusätzlicher Vorschlag: Grüninseln als Begrenzung von Parkstreifen	••
Zusätzlicher Vorschlag: "Shared Space" an Kreuzungen in verkehrsberuhigten Bereichen	•
B. Motorisierter Individualverkehr	

Maßnahmenvorschlag	Priorisierung
B.1: Förderung der Elektromobilität	•
B.2: Fahrgemeinschaften stärken	
C. ÖPNV	
C.1: Erweiterung des Bürgerbusses	
C.2: ÖPNV-Anbindung des Naherholungsgebiets Vogelpark	••
C.3: Busverbindung von/nach Hochdorf und Speyer	
Zusätzlicher Vorschlag: Bustakt zum Bahnhof	•
Zusätzlicher Vorschlag: Erweiterung der S-Bahn-Kapazität im Berufsverkehr	••
Zusätzlicher Vorschlag: Prüfung der Abfahrtszeiten nach Haßloch für Schüler	
D. Radverkehr	
D.1: Wegekonzept und Beschilderung der innerörtlichen Radverkehrsrouten	
D.2: Verbesserung der Infrastruktur	
D.3: Förderung der Elektromobilität	
Zusätzlicher Vorschlag: Radrouten zu den Nachbarorten beschildern	•
Zusätzlicher Vorschlag: Fahrradspur auf viel befahrenen Straßen	••••
Zusätzlicher Vorschlag: Abbau von Barrieren für Radfahrer (Bahnhofsunterführung, Drängelgitter)	••••
Zusätzlicher Vorschlag: Verbreiterung des Fuß-/Radwegs vom Bahnhof bis zur Tankstelle	•
Zusätzlicher Vorschlag: Radweg am Holzweg ist zu schmal	
E. Intermodale Mobilitätsformen	
E.1: Erweiterung der Bike+Ride und Park+Ride Anlagen	••••
E.2: Car-Sharing-Angebote nach Böhl-Iggelheim holen	
E.3: Einführung eines Fahrradverleihsystems prüfen	
E.4: Intermodaler Knotenpunkt an Bushaltestelle "Mühle"	
Zusätzlicher Vorschlag: Weitere intermodale Knotenpunkte unterstützen	
F. Gewerbe- und Güterverkehr	
F.1: LKW-Durchfahrtverbot	••
F.2. Lieferdienst für Nahversorgung	

Maßnahmenvorschlag	Priorisierung
G. Schulisches und betriebliches Mobilitätsmanagement	
G.1: Einsatz von Elektrofahrzeugen in der Verwaltung	•
G.2: Verbesserung der Schulwegverbindung Bahnhof - Realschule	
H. Organisations- und Planungsprozesse	
H.1: Öffentliche Einladung zu den Sitzungen das AK Verkehr	••
I. Bewusstseinsbildung	
I.1: Problem "Eltern-Taxi" - Untersuchung der Motivation für Elternbring-Dienste	•••
I.2: Bewusstseinsbildung bei Kindern und Jugendlichen	•
I.3: Sensibilisierung der Bevölkerung	•
I.4: Fahrradkampagne	
Zusätzlicher Vorschlag: Sensibilisieren für schwächere Verkehrsteilnehmer	••
Zusätzlicher Vorschlag: Geschwindigkeitsanzeige mit Smileys u.ä.	
Zusätzlicher Vorschlag: Herausgeber von Radkarten: Routenführung in Radwegekarten vereinheitlichen	

Tabelle Workshopergebnis

Katalin Saary vom Büro Verkehrslösungen stellt die Ergebnisse an den Pinnwänden vor.



Abschließend bedankt sich Herr Bürgermeister Christ bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die rege Beteiligung und informiert bereits über den nächsten Bürgerworkshop am 03. November, bei dem das Maßnahmenkonzept vorgestellt werden soll.

13.7 Dokumentation des Workshops am 03. November 2015

Ziel und Anlass der Veranstaltung

In dem Workshop wurden die verschiedenen potentiellen Maßnahmen für das Klimaschutzteilkonzept kurz und knapp vorgestellt. In der jeweils darauffolgenden Diskussionsphase ging es um die Fragen, ob diese für die Gemeinde Böhl-Iggelheim sinnvoll sind und was bei einer Einführung beachtet werden sollte.

Begrüßung

Herr Bürgermeister Christ begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des zweiten Workshops zum Klimaschutz-Teilkonzept Verkehr. In seinen einleitenden Sätzen betont er, dass es gerade in Böhl-Iggelheim notwendig ist, den Bürgerinnen und Bürger Alternativen zur Mobilität mit dem eigenen Kraftfahrzeug aufzuzeigen und Verhaltensänderungen für die Zukunft anzuregen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die gestiegene Zahl an Pkw-Zulassungen und die damit verbundene Parkraumknappheit auf dem Gemeindegebiet. Als anschauliches Beispiel gibt er den Fall einer kürzlich stattgefundenen Bürgerversammlung zur Gestaltung der Konrad-Adenauer-Straße wieder, auf der deutlich wurde, dass auf 140 Anwohner und Anwohnerinnen im Alter zwischen 17 und 80 Jahren 110 Fahrzeuge entfallen. Bevor er das Wort an Katalin Saary von VERKEHRSLÖSUNGEN übergibt, verweist er auf die guten infrastrukturellen Bedingungen wie z.B. ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz, die im hochverdichteten Raum in der Südpfalz im Gegensatz zum Norden des Bundeslandes gegeben sind.

Katalin Saary stellt sich kurz vor und erklärt, dass sie die Aufgabenbereiche zur Konzepterstellung des Klimaschutzteilkonzepts von Hannah Eberhardt übernommen hat, die gerade in Elternzeit ist. Sie bittet die Teilnehmenden vorab zu entschuldigen, falls sie über örtliche Gegebenheiten nicht in der zu erwartenden Detailtiefe in Kenntnis ist. Im Anschluss daran erläutert sie den Ablauf des Bürgerworkshops. Nach einem Rückblick auf den bisherigen Bearbeitungsprozess und der Vorstellungen des Maßnahmenkatalogs werden die Teilnehmenden in einer Arbeitsphase die Möglichkeit haben, sich näher über die Handlungsempfehlungen zu informieren, sich zu Anregungen hinsichtlich Umsetzbarkeit zu äußern und abschließend eine Priorisierung durchzuführen.

Projektstatus und Zusammenfassung der Bestandsanalyse

Frau Saary gibt als ersten Punkt der Präsentation einen Überblick über die bisher erfolgten Arbeitsschritte, mit deren Abarbeitung die Konzepterstellung kurz vor dem Abschluss steht und zum Einstieg eine kurze Zusammenfassung der Bestandsanalyse.



Vorstellung des Maßnahmenkatalogs

Annette Woithon vom Büro VERKEHRSLÖSUNGEN stellt den Maßnahmenkatalog nach Handlungsfeldern vor, die aus den Anregungen des letzten Workshops erstellt wurden. Der Katalog umfasst insgesamt 39 Maßnahmen, die den drei Handlungsfeldern "Infrastruktur & Verkehrsangebot", "Informieren & Motivieren" und "Prozesse steuern" zuzuordnen sind. Die einzelnen

Maßnahmen sind in Form von Steckbriefen dokumentiert. Bereits während der Auflistung der Maßnahmen auftretende Fragen sind:

- Maßnahmen A 1 und A 2: Bürgermeister Christ erläutert, dass diese von der Gemeinde bereits auf den Weg gebracht wurden. So wurden beim LBM (Landesbetrieb für Mobilität) sowohl ein Antrag auf Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 (enge Abschnitte der Langgasse) wie auch ein Antrag auf Lkw-Durchfahrtsverbot gestellt. Eine Entscheidung bzgl. der Anträge steht noch aus, da im Vorfeld vom LBM Schallmessungen (A 1) und Fahrzeugzählungen (A1 und A 2) vorgenommen werden müssen.
- Maßnahme A 6 "Straßenraum begrünen" wird von der Gemeinde als schwer umsetzbar eingestuft, da im Zuge bereits durchgeführter Straßenumbaumaßnahmen während der Planungsphasen immer wieder eine starke ablehnende Haltung der Anwohner gegenüber Baumpflanzungen wegen Laubfall festgestellt wird. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die Gemeinde keine Reinigungsarbeiten übernehmen kann.
- Maßnahme B 7 "Neubürgerinnen und Neubürger bei Anmeldung über Mobilitätsangebote informieren" wird bereits umgesetzt. Hier sollte zusätzlich das "Schnupperticket" der S-Bahn-Rhein Neckar angeboten werden.
- Zu Maßnahme B 9 taucht die Frage auf, was ein "Laufbus" ist. Frau Saary erläutert das Prinzip der über die Elternschaft organisierten Laufgemeinschaft für Grundschüler.
- Hinweis der Gemeindeverwaltung zu Maßnahme B 11: ein Kinderstadtplan existiert bereits.

Arbeitsphase Klimaschutz-Vernissage – Teil 1 Anmerkungen

Nach der Kurzvorstellung der Maßnahmen haben alle Teilnehmenden die Möglichkeit, sich die Handlungsempfehlungen an den Pinnwänden genauer anzuschauen und auf beiliegenden Karten Fragen und Anmerkungen zu notieren.

Im Anschluss daran werden im Plenum folgende Anmerkungen und Fragen diskutiert und erläutert:

 Hat die Gemeinde die Möglichkeit, über ein Anreizsystem die Bürger zu S-Bahn-Nutzung zu motivieren?



- Die Gemeindeverwaltung wird die Anregung aufnehmen.
- Welche Möglichkeit hat die Gemeinde, die Einhaltung der Tempo 30 Regelung auf den Landesstraßen zu überwachen?
 - Die Überwachung der Landesstraßen übernimmt das LBM. Bürgermeister Christ erläutert, dass die Voraussetzung für die Installation einer festen Blitzanlage eine Gemeindegröße von 20.000 Einwohnern ist, bzw. das Auftreten von Unfallhäufigkeiten.
- Die Kreuzung am Alten Rathaus ist immer wieder Thema bei besorgten Eltern und sollte hinsichtlich Schulwegsicherheit überplant werden.

Auch dieser Bereich unterliegt dem LBM als Baulastträger, weshalb die Gemeinde in ihren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt ist.

• Der ÖPNV oder evtl. der Bürgerbus sollte auch Ausflugsziele in der Region anbinden.

Der kommunale Bürgerbus ist so konzipiert, dass alltägliche Ziele im Ort angefahren werden. Die Anregungen zur Anbindung von Ausflugszielen kann als Empfehlung für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans aufgenommen werden.

Einige der Anmerkungen stellen ergänzende Maßnahmenvorschläge, die direkt den passenden Maßnahmen zugeordnet werden können.

Arbeitsphase Klimaschutz-Vernissage – Teil 2 Priorisierung

Nach der Erörterung der Fragen und Anmerkungen erhalten die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, die einzelnen Maßnahmenvorschläge über Klebepunkte zu priorisieren. Dafür erhalten sie vier rote Punkte um die Maßnahmen zu kennzeichnen, die aus ihrer Sicht vordringlich umgesetzt werden sollen und einen schwarzen Punkt für Empfehlungen, die aus ihrer Sicht nicht weiter verfolgt werden sollen. Die nachfolgenden Bilder zeigen die vorgestellten Maßnahmen, die Ergänzungen und Anmerkungen der Teilnehmenden sowie die vorgenommenen Bewertung. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über das Ergebnis.

Maßnahme	Anmerkung	Priori- sierung
A. Infrastruktur & Verkehrsangebot		
A 1: Zulässige Höchstgeschwindigkeit auf den engen Abschnitten der Haupt- verkehrsstraßen / Ortsdurchfahrten auf 30 km/h beschränken	 Verstärkte Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung notwendig Verbreiterung der Gehwege auf der Landesstraße 	•••
A 2: LKW-Durchfahrtsverbot und Routenkonzept prüfen		•••
A 3: Einhaltung der Parkregelungen durch regelmäßige Kontrollen sichern		•••
A 4: Hauptverkehrs- und Wohnstraßen und Knotenpunktbereiche umgestalten und Rückbauen	 Kreuzung Ampelanlage Ortsmitte überplanen: Gehwege schützen 	••
A 5: Ortseingänge gestalten und beto- nen		•
A 6: Straßenraum begrünen		•••
A 7: Radverkehrskonzept erstellen	Überörtliches Radverkehrskonzept liegt vor	
A 8: Radverkehrsverbindungen her- stellen und ertüchtigen, systematische Umsetzung sichern	Radwege im Winter räumen und streuen auch in Nachbargemeinden und den Wegen dorthin (Radrouten nach Speyer und Neustadt)	•••
A 9: Durch Beschilderung inner- und überörtliche Radrouten in Nachbarorte sichtbar machen	 Betrifft innerörtliche Beschilderung Die Beschilderung der Radrouten zu Nachbarorten/Zielen in der Region wurde vor kurzem fertiggestellt 	••

Maßnahme	Anmerkung	Priori- sierung
A 10: Barrieren für den Radverkehr beseitigen und geeignete Querungs- hilfen herstellen	 Umlaufgitter, die Pkw abhalten sollen, müssen unbedingt so gestaltet werden, dass Fahrräder mit Anhänger durchkommen (seit der Ortsbegehung sind am Spielplatz an der Forststr. und an der Post, Langgasse neue Umlaufgitter installiert worden) Einfahrt zum WASGAU Einkaufsmarkt ist für Fahrrad künstlich verengt → schwieriges Durchkommen für Fahrräder mit Anhänger 	••
A 11: Witterungsgeschützte, sichere und komfortable Radabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen und wichtigen Zielen herstellen		••
A 12: Elektroladestationen für Pedelecs einrichten		
A 13: Serviceangebote für den Radverkehr ausbauen	Adressen örtlicher Fahrradwerkstätten bekannt ma- chen (z.B. Rosenstr.)	
A 14: Verbesserung des bestehenden ÖPNV-Angebots prüfen	 VRN Ticketautomaten sind zu kompliziert und unübersichtlich. Die komplizierte Nutzeroberfläche kann Bürgerinnen und Bürger davon abhalten, die S-Bahn zu nutzen Die Tarifstruktur muss transparenter gestaltet werden 	•
A 15: Fahrtenangebot der Busse prü- fen und ggf. verdichten	Es gibt durchgehende regionale Busverbindungen in West-Östlicher Richtung, jedoch fehlt eine überregionale Busanbindung an die S-Bahn an folgenden Bahnhöfen: Böhl-Iggelheim, Schifferstadt, Haßloch	••••
A 16: S-Bahn-Kapazitäten entspre- chend der Nachfrage ertüchtigen		
A 17: Kommunalen Bürgerbus erhalten und ausbauen		••
A 18: Bike+Ride-Angebote an wichtigen ÖPNV-Haltestellen in ausreichender Zahl herstellen		•
A 19: Erweiterung der Park+Ride Anlagen prüfen		••
A 20: Aufbau von Car-Sharing- Angeboten prüfen		•
A 21: Fahrradverleihsystem an allen S- Bahnhöfen einrichten	Vorschlag für ergänzende Maßnahme	•••
Vorschlag für Ergänzende Maßnahme	 Private Radstation am Bahnhof einrichten, Träger könnte ein gemeinnütziger Verein sein / ggf. ADFC Eine Radstation könnte sowohl Leihfahrräder wie auch Reparaturleistungen anbieten. 	

D. Informationers O. Markinianson		
B. Informieren & Motivieren		
B 1: Zu Nutzung von Mitfahrsystemen		
/ Angeboten informieren		
B 2: ÖPNV-Informationen an		
Haltestellen verbessern		
B 3: Zielgruppen-Kampagnen für	Jubiläumsjahr 2016 für Kampagnen nutzen. Konkreter	
nachhaltige Mobilität durchführen	Vorschlag: Kampagne "Hofparken" (wurde in Schif-	
	ferstadt bereits durchgeführt)	
B 4: Unterstützen der Maßnahmen im		
Kfz-Verkehr durch Geschwindigkeits-		•
anzeigetafeln		
B 5: Internetauftritt der Kommune um		
den Themenbereich Mobilitätsma-		
nagement ergänzen		
B 6: Spritsparkurse für Unternehmen		
und Bürger bewerben		
B 7: Neubürger/innen bei Anmeldung	Über gute S-Bahn-Anbindung / auch an den DB-	
über Mobilitätsangebote informieren	Fernverkehr informieren (Reisezeit nach Frankfurt 1 h)	••
("Neubürgerinfo") einführen	Schnupperticket für S-Bahn verstärkt bewerben	
B 8: Aktionen und Information zu		
Mobilitätsthemen in die Kinder-,		
Jugend- und Seniorenarbeit sowie die		
Vereinsförderung integrieren		
B 9: Laufbusse für Grundschüler		
einrichten		
B 10: Radelnde Schulbusse für		
weiterführende Schulen initiieren		
B 11: Kinderstadt- / Schulwegeplan	Ist aktuell / Maßnahme wird gestrichen	
aktualisieren	-	
B 12: Regelmäßig in den lokalen	Über gute S-Bahn-Anbindung / auch an den DB-	
Medien über Mobilitätsthemen und	Fernverkehr informieren (Reisezeit nach Frankfurt 1 h)	
Aktivitäten der Gemeinde berichten	, · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
B 13: Betriebliches Mobilitätsma-		
nagement in der Gemeindeverwaltung		•
entwickeln		
B 14: Kommunalen Fuhrpark umwelt-	Für Gemeindeaufgaben sind Elektrofahrzeuge einge-	••••
freundlich entwickeln	setzt werden (um mit gutem Beispiel voranzugehen)	
C Prozesse steuern		
C 1: Klimaschutzmanager_in zur Koor-		•
dination und Beratung einsetzen		
C 2: Kommunales Netzwerk "Nachhal-		
tige Mobilität" initiieren und betreuen		
C 3: Kommunale Stellplatzsatzung		
anpassen und hinsichtlich der		_
Errichtung zeitgemäßer		•
Fahrradabstellanlagen erweitern		
C 4: Kostenwahrheit im Verkehr		
fördern		•
Torucin		

Klimaschutz-Teilprojekt klimafreundliche Mobilität für die Gemeinde Böhl-Iggelheim - Endbericht 13 - Anhang

Tabelle Workshopergebnis: Liste der vorgestellten Handlungsempfehlungen mit Anmerkungen und Priorisierung durch Teilnehmende

Am Ende der Veranstaltung bedankt sich Bürgermeister Christ bei allen Beteiligten für die rege Beteiligung. Die Ergänzungen und Bewertungen werden von den Planerinnen aufgenommen und in das Konzept eingearbeitet. Das Klimaschutzteilkonzept wird dann am 24. November 2015 in einer öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses beraten und im Dezember dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.

Dabei betont er, dass die durch die Bürgerbeteiligung entwickelten Maßnahmen für die Gemeinde einen besonderen Wert darstellen, was er auch den Entscheidungsgremien vermitteln will. Positiv ist aus seiner Sicht auch zu werten, dass einige der erarbeiteten Maßnahmen bereits umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht wurden. Gleichzeitig dämpft er die Erwartungen, da andere Maßnahmen, die z.T. nicht im Verantwortungsbereich der Gemeinde liegen, möglicherweise auch trotz Votum des Gemeinderats nicht umgesetzt werden können.

...

13.8 Überblick über die Handlungsempfehlungen und ihre Beurteilung

Zur Interpretation der Angaben siehe Kapitel 9.

Maßnahme	Priorität	Umsetzbarkeit	Wirkansatz	baulicher Aufwand	betrieblicher Auf- wand		
A. Infrastruktur & Verkehrsangebot	A. Infrastruktur & Verkehrsangebot						
A 1: Zulässige Höchstgeschwindigkeit auf den engen Abschnitten der Haupt- verkehrsstraßen / Ortsdurchfahrten auf 30 km/h beschränken	sehr hoch	mittel- bis langfristig	verträgliche Verkehrsabwicklung	gering	gering bis mittel		
A 2: Lkw-Durchfahrtsverbot anordnen und Lkw-Routenkonzept prüfen	sehr hoch	kurz- bis mittelfristig	verträgliche Abwicklung	mittel	gering bis mittel		
A 3: Einhaltung der Parkregelungen durch regelmäßige Kontrollen sichern	hoch	kurz- bis mittelfristig	verträgliche Abwicklung	keiner	gering		
A 4: Hauptverkehrs- und Wohnstraßen und Knotenpunktbereiche umgestalten und rückbauen	hoch	mittelfristig	verträgliche Verkehrsabwicklung modale Verlagerung	hoch	gering		
A 5: Ortseingänge gestalten und betonen	Mittel bis hoch	mittelfristig	verträgliche Verkehrsabwicklung modale Verlagerung	hoch	gering		
A 6: Straßenraum begrünen	hoch	mittelfristig	verträgliche Verkehrsabwicklung modale Verlagerung	hoch	mittel		

Maßnahme	Priorität	Umsetzbarkeit	Wirkansatz	baulicher Aufwand	betrieblicher Auf- wand
A 7: Inner- und überörtliche Radrouten in Nachbarorte attraktiv und sichtbar machen	hoch	kurz bis mittelfristig	modale Verlagerung	gering bis mittel	gering bis mittel
A 8: Radverkehrsverbindungen herstellen und ertüchtigen, systematische Umsetzung sichern	hoch	kurz bis mittelfristig	modale Verlagerung	gering	gering bis mittel
A 9: Barrieren für den Radverkehr beseitigen und geeignete Querungsangebote herstellen	hoch	kurzfristig	modale Verlagerung	gering bis mittel	keiner
A 10: Witterungsgeschützte, sichere und komfortable Radabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen und wichtigen Zielen herstellen	mittel	mittelfristig	modale Verlagerung	gering bis mittel	gering
A 11: Elektroladestationen für Pedelecs einrichten	niedrig	kurz- bis mittelfristig	modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	mittel	gering bis mittel
A 12: Serviceangebote für den Radverkehr ausbauen	niedrig	kurz- bis langfristig (je nach Maßnahme)	modale Verlagerung	gering bis mittel	gering bis mittel
A 13: Einrichtung einer Radstation fördern	niedrig	kurz bis mittelfristig	modale Verlagerung	mittel bis hoch	gering bis mittel

Maßnahme	Priorität	Umsetzbarkeit	Wirkansatz	baulicher Aufwand	betrieblicher Auf- wand
A 14: Verbesserung des bestehenden ÖPNV-Angebots prüfen	mittel	abhängig vom zu erstellenden NVP	modale Verlagerung	keiner	
A 15: Fahrtenangebot der Busse prüfen und ggf. verdichten	hoch	abhängig vom zu erstellenden NVP	modale Verlagerung	keiner	gering bis mittel
A 16: S-Bahn-Kapazitäten entsprechend der Nachfrage ertüchtigen	mittel	abhängig vom zu erstellenden NVP	modale Verlagerung	keiner	
A 17: Kommunalen Bürgerbus erhalten und ausbauen	hoch	kurz- bis mittelfristig	modale Verlagerung	gering	mittel
A 18: Bike+Ride-Angebote an wichtigen ÖPNV-Haltestellen in ausreichender Zahl herstellen	hoch	kurz- bis mittelfristig	modale Verlagerung	mittel	gering
A 19: Erweiterung der Park+Ride Anlagen prüfen	hoch	kurz- bis mittelfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	mittel	gering
A 20: Aufbau von Car-Sharing- Angeboten prüfen	niedrig	kurz- bis mittelfristig	Verkehrsvermeidung, verträgliche Abwicklung	gering	gering
A 21: Fahrradverleihsystem an allen S- Bahnhöfen einrichten	niedrig	kurzfristig	modale Verlagerung	gering	gering

Maßnahme	Priorität	Umsetzbarkeit	Wirkansatz	baulicher Aufwand	betrieblicher Auf- wand
B. Informieren & Motivieren					
B 1 : Zu Nutzung von Mitfahrsystemen / Angeboten informieren	mittel bis niedrig	kurz- bis mittelfristig	Verkehrsvermeidung, verträgliche Abwicklung	keiner	mittel
B 2 : ÖPNV-Informationen an Haltestellen verbessern	niedrig	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	gering	gering
B 3 : Zielgruppen-Kampagnen für nachhaltige Mobilität durchführen	hoch bis mittel	kurz- bis mittelfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	gering	mittel
B 4 : Unterstützen der Maßnahmen im Kfz-Verkehr durch Geschwindigkeitsanzeigetafeln	hoch bis mittel	kurz- bis mittelfristig	verträgliche Abwicklung	gering	gering bis mittel
B 5 : Internetauftritt der Kommune um den Themenbereich Mobilitätsmanagement ergänzen	niedrig	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering
B 6 : Spritsparkurse für Unternehmen und Bürger bewerben	niedrig	kurzfristig	verträgliche Abwicklung	gering	gering bis mittel
B 7 : Neubürgerinnen und Neubürger bei Anmeldung über Mobilitätsangebote informieren	hoch	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering bis mittel

Maßnahme	Priorität	Umsetzbarkeit	Wirkansatz	baulicher Aufwand	betrieblicher Auf- wand
B 8 : Aktionen und Information zu Mobilitätsthemen in die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie die Vereinsförderung integrieren	mittel bis niedrig	kurzfristig	modale Verlagerung	keiner	gering bis mittel
B 9 : Laufbusse für Grundschüler einrichten	hoch	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	gering	gering bis mittel
B 10: Radelnde Schulbusse für weiterführende Schulen initiieren	niedrig	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	gering	gering bis mittel
B 11 : Regelmäßig in den lokalen Medien über Mobilitätsthemen und Aktivitäten der Gemeinde berichten	hoch	kurzfristig	modale Verlagerung	keiner	gering
B 12 : Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Gemeindeverwaltung entwickeln und umsetzen	hoch	mittelfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	gering	gering bis mittel
B 13 : Kommunalen Fuhrpark umweltfreundlich entwickeln	Sehr hoch	kurz- bis mittelfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering
C. Prozesse steuern			,		

Maßnahme	Priorität	Umsetzbarkeit	Wirkansatz	baulicher Aufwand	betrieblicher Auf- wand
C 1: Klimaschutzmanager/in zur Koordination und Beratung einsetzen	hoch	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering
C 2: Kommunales Netzwerk "Nachhaltige Mobilität" initiieren und betreuen	mittel bis niedrig	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering
C 3: Kommunale Stellplatzsatzung anpassen und hinsichtlich der Errich- tung zeitgemäßer Fahrradab- stellanlagen erweitern	mittel bis niedrig	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering
C 4 : Kostenwahrheit im Verkehr fördern	niedrig	kurzfristig	Verkehrsvermeidung, modale Verlagerung, verträgliche Abwicklung	keiner	gering bis mittel

Tabelle 13-1: Übersicht über die einzelnen Maßnahmen mit Priorität, Umsetzbarkeit, Aufwand und Wirkansatz